DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

# CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

230 | 20. JAHRGANG | November 2003 | 4,50 €

AUS DEM INHALT:

**ARBEITSLOSIGKEIT**

Die Arbeitslosigkeit ist das alles beherrschende Thema in der alltäglichen Diskussion. Und die Alternativen, die die Funktionseliten aus Wirtschaft und Politik zu ihrer Bekämpfung aufzeigen, lassen an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. Jede/r Arbeitslose hat gefälligst jeden Drecksjob anzunehmen, jede Zumutung muss geschluckt werden, sonst droht die Leistungskürzung. »Pest und Cholera oder: Die Freiheit der Wahl in der Marktwirtschaft« auf Seite 3.

**RATLOS UNZUFRIEDEN**

Soviel Unzufriedenheit war schon seit Jahrzehnten nicht. So viel Ratlosigkeit auch nicht. Seit einigen Jahren schon gehen auch in den so genannten reichen Ländern Millionen Menschen gegen die kapitalistische Globalisierung und gegen die steigenden Zumutungen der herrschenden Lebens-und Wirtschaftsweise auf die Straßen, Gewerkschaften haben ihre Mitglieder zu großen Streiks aufgerufen – und doch wird eine soziale Errungenschaft nach der anderen demontiert. Warum es eine gute Zukunft nur jenseits von Markt und Staat geben kann auf Seite 5.

**SELBSTBESTIMMT LEBEN & LERNEN**

Gunnar ist neu bei der Kölner »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« (SSM). Vor einiger Zeit lebte er noch in seinem alten Fiat, weil er es in seinem Elternhaus nicht mehr ausgehalten hatte. Als es draußen zu kalt wurde, kam er in eine der täglichen Morgensitzungen der Selbsthilfegruppe der SSM. Er hatte im »Querkopf«, einer Zeitung von Obdachlosen, gelesen, dass man bei der SSM wohnen und mitarbeiten könne. Seite 6

**CROSS BORDER LEASING**

Es handelt sich um einen Steuertrick und eine schillernde Blüte der Privatisierung: US-Konzerne kaufen ausländische kommunale Einrichtungen und vermieten sie sofort zurück an den Verkäufer. So manche Stadt oder Gemeinde erhofft sich daraus die Sanierung ihrer Finanzen. In NRW konnte jetzt erstmals per Bürgerentscheid ein solches Vorhaben gestoppt werden. Mit 96,5% aller abgegebenen Stimmen entschieden sich die Bürger in Bergisch Gladbach dafür, die Cross-Border-Leasing-Verhandlungen zu beenden. Seite 11

**OHNE MOOS WAS LOS**

Die KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG mit Sitz in Halle unterstützt kleine mittelständische Unternehmen und Existenzgründer durch Bereitstellung von Beteiligungskapital. Sie ist bisher die erste und einzige Beteiligungsgenossenschaft Deutschlands. Das Geschäftsmodell der Genossenschaft stößt in eine Marktlükke, die durch den Rückzug der Banken entstanden ist. »Im Moment sind wir mit unserem Angebot konkurrenzlos« kommentiert Vorstandsmitglied Thomas Diedrichsen das Unternehmensmodell. Seite 13

www.contraste.org

**Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg:**

# Das Mietshäuser Syndikat

**Die letzte Dekade war nicht gerade Hochzeit für Baulöwen. Pleiten pflasterten ihren Weg: Die Holzmänner und Schneiders scheiterten an Spekulationsblasen, kriminellen Machenschaften und dem langen Tal der Baurezession. Übrig blieben Investitionsruinen und verzweifelte Anleger. Da überrascht es, dass ausgerechnet für Selbstorganisation im gemeinsamen Wohnen und politischen Leben zur selben Zeit Erfolgsstorys die Runde machen. Seit 10 Jahren blicken VeteranInnen der Hausbesetzungen und die einschlägige Szene zunehmend ins Südbadische, wo ein Modell erst Häusle um Häusle und danach Bundesland um Bundesland eroberte. Wir besuchten das Mietshäuser Syndikat in Freiburg.**

**Von Kurt Regenauer und Dieter Poschen aus Staufen** ● Was ist das denn wohl, ein Syndikat? Klingt so nach Mafia und Glücksspiel. Diese Frage stand am Anfang eines Hintergrundgesprächs, das wir mit Doris, Jochen und Stefan in Freiburg führten. Immerhin gingen die Weltkongresse »des Syndikats« von 1945 und 1946 in die Geschichte ein, als die Cosa Nostra in Havanna tagte. Aber unsere GesprächspartnerInnen winkten ab. Nix Mafia – stinknormaler Kapitalismus ist angesagt und das Mietshäuser Syndikat bedient sich einfach marktgängiger Bewegungs- und Organisationsformen, um eigene politische Inhalte zu verfolgen – »neuer Wein in alten Schläuchen« gewissermaßen.

Rein ökonomisch definiert sich ein Syndikat als eine Art Normen- und Typenkartell, also ein Zusammenschluss selbstständiger Unternehmen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele. Im europäischen Ausland ist der Begriff gang und gäbe, bezeichnet er schließlich auch das, auf was anarchistische Klassiker dem Französischen entlehnt als Ordnungsweise des Wirtschaftslebens anzielten: eine Art Gewerkschaft der Arbeiterräte in ihrer Urform – sowohl kämpferisch, als auch antiautoritär.

Solche theoretischen Vorüberlegungen fechten die FreiburgerInnen indes nicht an. Ein bisschen von all dem mag wohl auch dabei sein. Ihr Syndikat sehen sie hingegen in unserem Gespräch in seiner rein formalen Wirkungsweise eigentlich als nichts anderes als eine »erzkapitalistische Holding«. Und das mit beachtlichem Erfolg: der Verein »Mietshäuser Syndikat« hält mittlerweile gemeinsam mit bald 19 anderen Hausvereinen ganz großen oder auch kleineren Kalibers Anteile an ebenso vielen GmbHs, die die entsprechenden Haus- oder gar Fabrikobjekte besitzen und diese Idee mit tatkräftiger Unterstützung sowie mittels eines Solidarfonds nach dem Prinzip der konzentrischen Kreise inzwischen immerhin bis nach Berlin und Norddeutschland ausgebreitet haben.

Auch Fachleute des Genossenschaftsbereichs wie etwa unser Freiburger Redakteur Burghard Flieger sehen im Syndikat ein beachtliches Modell, weil es sich »kreativ wie eine dezentrale Genossenschaft nach dem ursprünglichen Genossenschaftsgedanken organisiert« (so in einem Interview mit der Syndikatszeitung »Synapse«) und im Gegensatz zu so manch anderen Wohngenossenschaften, die sich aus besetzten Häusern entwickelt hatten, eine Außenwirkung zur Entwicklung neuer Projekte entfaltet.

Da muss es denn mal eben nicht mehr unbedingt in einer relativ unbeweglichen Genossenschaftssatzung stehen, dass (Teil)privatisierungen unmöglich sind, wo einfach die Eigentumsverhältnisse dem Syndikatsverein ein »Wächteramt« übertragen.

## Spargelder in die Bewegung

Das Freiburger Modell wurde erst so richtig bekannt, als das damalige Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen den wichtigsten Finanzierungsarm der Syndikatsprojekte, sogenannte »Direktkredite«, vor drei Jahren kritisch unter die Lupe nahm. Die Häuser werben in ihrem unmittelbaren Umfeld um Sparstrümpfe und u.U. auch einmal größere Projektreserven, die eben nicht auf irgendwelchen anonymen Konten versauern sollen, sondern direkt in Bewegung und in die Bewegung eingebracht werden können: solidarische und direkte Geldbeziehungen, die durch eine treuhänderische Sammelgrundschuld abgesichert sind.

Das Fernsehmagazin »Monitor« schaltete sich mit einem Beitrag ein und brachte enorme Publicity: die Bedenken der Kreditwächter konnten zerstreut werden. Und so kam also eher noch mehr Bewegung in die Bewegung...

Bewegung brauchen derzeit auch die drei Häuser, 4 Bauwägen, 13 Wohngemeinschaften und 110 BewohnerInnen der Schellingstraße in Tübingen. Das Syndikatsprojekt kümmert sich seit Jahren um Instandhaltung und Bewirtschaftung der Objekte, die der Besitzer (das Studentenwerk) verfallen ließ.

Vollständige Selbstverwaltung durch Kauf nach dem Syndikatsmodell wird angestrebt – das Studentenwerk verlangt jedoch einen unangemessenen »Apothekerpreis«. Also wurde demonstriert: am 8. November in Tübingen.●

D 8008

BOUNDARIES-TO-BRIDGES TOUR 2003/2004

# Brücke von Algeciras nach Tanger

**Die Karawane ist ein Schmelztiegel von KünstlerInnen, MedienaktivistInnen, WissenschaftlerInnen und TechnikerInnen aus aller Welt und allen Sparten. Ihr Ziel ist es Menschen, ihre Musik, ihre Kunst und Neugier und somit die unterschiedlichsten Formen der Kommunikation zusammen zu führen und so ein gemeinsames Programm zu entwickeln.**

**indymedia** ● Dies dient dazu Erfahrungen und Schwerpunkte zu sammeln, um altgewohnte Formen der Wahrnehmung aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Dies gleicht einem unbeständigen, ungewohnten und multikulturellen »Circus of Madness«, der gemeinsam und kommerzfrei feiernd auf Reisen geht.

In Südspanien treffen bereits aus ganz Europa und aus Übersee Menschen zusammen, um gemeinsam die erste europäisch-afrikanische Kulturkarawane zu beginnen. Treffpunkt ist Andalusien, das vor der Reconquista im 15. Jahrhundert ein Zentrum hybrider Kultur und der Toleranz war. Muslime, Juden und Christen konnten von ihren gegenseitigen intellektuellen und kulturellen Errungenschaften profitieren, der Austausch brachte eigene neue Formen der Kultur hervor. Und zu Zeiten des historischen Andalusiens war der Übergang über die Strasse von Gibraltar keine Grenze, sondern eine Brücke. Die Menschen, die sich in Südspanien treffen, vermissen diese Brücke. Sie wollen sie wieder errichten. Eine Gruppe aus europäischen und nordafrikanischen AktivistInnen trifft sich im Oktober 2003 in Almeria (Spanien), von wo aus sich eine Karawane über Sevilla (Spanien), Ceuta und vielleicht dem SETI Camp (Marokko), Larache (Marokko), Sahara, Mauretanien nach St. Louis (Senegal) in Bewegung setzen und dort schätzungsweise im März 2004 ankommen wird.

Jede Region, die die Karawane passiert, wird der Platz eines Festivals sein, das durch die Zusammenarbeit der Karawane und ihren lokalen Partnerorganisationen entsteht. Obwohl alle Festivals im Kontext der Karawane stehen, werden sie doch – in ihrem inhaltlichen Focus wie auch in ihrer Form – sehr unterschiedlich sein. Der spezielle Charakter jedes Festivals kommt in der Vorbereitung und dem Verständnis der lokalen und regionalen Partner zum Ausdruck.

Das Konzept der Tour ist es, Gemeinschaften näher zusammen zu führen und Unterstützung bei der Entwicklung anderer durch Informationsaustausch und praktischen Übungen zu fördern. Somit werden in die Tour KünstlerInnen, MedienaktivistInnen, WissenschaftlerInnen und Kollektive involviert sein. Im Laufe der Karawane werden wir den Grundstein für eine langfristige Zusammenarbeit für die Entwicklung verschiedener Gemeinschaften legen. Während der Tour werden eine Reihe gemeinsamer Workshops zur weiteren Bereicherung unserer derzeitigen Erfahrungen sehr bedeutend sein. Außerdem wird technisches Material zur Verfügung stehen um lokale Projekte vor allem in Afrika zu unterstützen, als der BEGINN unseres Prozesses AKTIV EINE BRÜCKE ÜBER DIE DIGITALE KLUFT ZU SCHLAGEN.

## Zum Entwicklungsstand des Projektes

Die Karawane formiert sich im Oktober in Südspanien, Mitte November wird sie nach Marokko übersetzen und von Mitte Februar bis Ende März von Südmarokko bis nach St. Louis in den Senegal ziehen.

## Projektbeschreibung

Die Karawane strebt eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Gruppen aus allen Ländern an, welche sie durchquert. Diese Zusammenarbeit spielt sich in drei Kernbereichen ab:

### 1. Kulturaustausch

Die Karawane wird als eine Plattform für Gespräche, Workshops, Informationsaustausch, Feste, Zirkus und Schauspiel-Aufführungen dienen und wird außerdem ein mobiles Kino dabei haben, das ...

Fortsetzung auf Seite 2

## KURZ BERICHTET: DIE BUNTE LIGA KÖLN

Sonntags, so gegen 15 Uhr, versammelt sich auf den Jahnwiesen allwöchentlich eine fußballhungrige Meute, die den kommerziellen Seiten der Lieblingsnebensache abgeschworen haben. Alle jagen sie dem Fußball nach, bis sie ihn gefunden haben – den Meister der Bunten Liga. Entstanden Ende der 80er aus Spielen zwischen politisch Aktiven und Kneipenmannschaften errfuhr die Liga einen konstanten Aufschwung, so dass heute nunmehr 48 gemeldete Mannschaften nach DFB-Regeln (mehr oder weniger) in einem gewieften Modus den Meister ihrer liebevoll »Champions League« genannten Endrunde ermitteln.

Bierernst geht es dabei allerdings nur nach dem Spiel zu, wenn den gegnerischen StürmerInnen, die vorher noch die Schenkel-Sense zu spüren bekommen haben, bei einem gekühlten Malzgetränk zugeflachst wird. Den Fair Play Gedanken überwachen allerdings die gefürchteten Bunte-Liga-Sitzungen sowie eine Schar von Unparteiischen. Zur Not wird bei einem Spiel über eventuelle Unebenheiten hinweggesehen, ein Eckfahne stört ohnehin nur, fehlende Tornetze maximieren die Kondition beim Ballholen, und wenn das gegenerische Team wegen wochenendlichem Rausch-Ausschlafbedarf zuwenig MitspielerInnen aufweist, dann dürfen sich die WechselspielerInnen zuerst gegen das eigene Team behaupten und müssen sich dann gegen die die massiven Abwerbugsversuche erwehren. Aber egal ob bei »Sprit Connection« (dem amtierenden Meister) oder »Bertis Rache«, »Dreizehn Meter Ohne Kopf« oder »Grasklоppers«, »Lok Libuda« oder »Roter Stern Rathenauplatz«, »THC Schlaff durch Freude« oder »Traktor Grüngürtel«, in puncto Einsatz und Spielfreude stehen die Bunte Liga-KickerInnen den Großen in der Bundesliga in nichts nach und dürften zumindest beim Getränkehandel MeisterInnen der Herzen sein.●

(aus Lokalberichte Köln 15/03
Web: www.bunteligakoeln.de)

## FORTSETZUNG VON SEITE 1

... Dokumentationen und Filme zeigen wird, die alle mit den Themen Immigration und Grenzen zu tun haben werden. Die Karawane ist permanent offen für alle, die sich ihr anschließen wollen, ob nur für einen kurzen Auftritt oder die gesamte Zeit der Tour. Derzeit sind neben einer Reihe unterschiedlicher Einzelpersonen und Gruppen, selbstorganisierte MigrantInnen-Gruppen aus Marokko und Senegal involviert, die in Spanien und Marokko leben.

● **The Circus of Madness:** Der Circus versteht sich als ein kulturübergreifendes Kommunikationsmedium, das durch einfache Mittel Unterhaltung bietet aber auch inhaltliche Themen auf unkonventionelle Art darstellen will. Das Circuszelt wird das runde Dach und der zentrale Versammlungsort der Karawane sein. Elemente sind Theater, Akrobatik, Musik, Pantomime, Performance usw.

● **Mobiles Kino:** Das Ziel des mobilen Kinos ist das permanente Filmen und Vorführen der Kulturen durch die sich die Karawane bewegt: Eindrücke, Interviews, Dokumentation und Unterhaltungsfilme werden an jedem Ort produziert und an den weiteren Stationen wieder präsentiert. Jeder Standort der Karawane wird damit zur Produktionsstätte des mobilen Kinos. Interessenten können lernen mit Video- und Schnittechnik zu arbeiten.

● **Free Parties:** In der Tradition mobiler Soundsystems werden an den jeweiligen Orten Parties veranstaltet, die zusammen mit dem Circus und dem Kino vor allem lokalen KünstlerInnen und MusikerInnen ein Forum bieten soll.

### 2. Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der Karawane wird die Zusammenarbeit mit Gruppen und Initiativen im Maghreb angestrebt. Hierbei geht es vor allem um den Transfer von Hardware und Wissen in den Bereichen alternative Energieformen, Mobilität, Autarkie und Medien-/Informationstechnologie. Im einzelnen ist vorgesehen, Materialien wie auf Gemüseöl umgerüstete Fahrzeuge und Generatoren, Computer, Filmschnittechnik, Solaranlagen, Radiosender und ähnliches in Europa als Spenden zu organisieren und einigen im Kontext der Karawane arbeitenden Gruppen im Maghreb zur Verfügung zu stellen. Hierbei ist die Kooperation mit dem gemeinnützigen Berliner Entwicklungszusammenarbeitsverein *SONED e.V.* ein wichtiger Bestandteil. Weitere Partnerorganisationen mit bereits bestehenden Verbindungen in den Maghreb und nach Westafrika sind aufgerufen, sich zu beteiligen. Jede Form der Material-oder Geldspende (gegen Spendenquittung) ist herzlich willkommen. (info@memenet.de)

### 3. Institute of Nomadology

Zur reflexiven Begleitung der Karawane sind eine Anzahl von wissenschaftlichen Kongressen des »Institute of Nomadology« geplant. Dies ist ein Zusammenschluss freier Wissenschaftler, die sich mit Nomadentum, Migration und Zukunftsforschung beschäftigen.

In den Kongressen werden folgende Schwerpunkte bearbeitet:

- Nordafrikanische MigrantInnen in Europa (Transnationale Räume, Des-Integration)
- Europäische Interessen und Politik gegenüber dem Maghreb (EuroMediterrane Freihandelszone, Schengen)
- Entwicklungspolitik und Kulturaustausch (Antworten auf ökonomische Ungleichheit und den »Kampf der Kulturen«)
- Moderne Politik der Maghreb-Staaten (Postkoloniale Situation, Zivilgesellschaft, Demokratisierung)
- Formen alternativer Energie- und Mobilitätskonzepte
- Zukunftsforschung, Entwicklung von Visionen
- Gemeinsames Lehren und Lernen

Nach dem Eröffnungskongress zu Beginn der Karawane vom 19. bis 21. September 2003 in Berlin werden in ähnlicher Form Veranstaltungen in Tangier (1. bis 10. Dezember 2003), in Südmarokko (25. Januar bis 5. Februar 2004) und in St. Louis im Senegal (21. bis 29. März 2004) geplant. Hierbei werden die Kongresse in die sonstigen Veranstaltungen (Circus, Parties, Workshops) integriert sein. Kooperationspartner wird voraussichtlich das Kulturwissenschaftliche Institut der Humboldt Universität zu Berlin. sein. Weitere Kooperationspartner werden hier und vor Ort dringend gesucht. Das Ziel dieser Kongresse soll sein, mit lokalen wie internationalen Fachleuten und Betroffenen allgemeine Fragen zum Thema mit konkreten Anforderungen und Problemen zu verknüpfen, gegenseitigen inhaltlichen Austausch zu fördern und Impulse für ein neues Denken anzuregen.

...

Alle Projekte die sich mit den Zielen und Inhalten der Boundaries-to-Bridges-Tour identifizieren können, sind herzlich eingeladen und aufgefordert sich an dem permanent in Entwicklung begriffenen und unhierarchisch-kooperativ organisierten Projekt in welcher Form auch immer zu beteiligen!!●

Kontakt:
Web: www.memenet.de
E-Mail: info@memenet.de
c/o Mark Butler, Gubenerstr. 29, D-10425 Berlin
Tel. (0 30) 29 36 57 40

## JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

## AKTION 2003:

# Soliparty für CONTRASTE

**Cocktails und Musik aus den 20ern bis heute wurden den BesucherInnen der ersten Soliparty in unserer Zeitungsgeschichte gereicht. Fast ein Dutzend HelferInnen aus dem Umfeld der Redaktionen Neckar-Odenwald und Heidelberg hatten das Fest im selbstverwaltetet Mannheimer JUZ ermöglicht, bei dem 116 EUR in die Spendenkasse wanderten. Im Oktober 2004 wird CONTRASTE 20 Jahre jung und alle Beteiligten sind wild entschlossen, eine noch größere Fete mit verbesserter Öffentlichkeitsarbeit auf die Beine zu stellen. Die Dresdner Redaktion bereitet eine weitere Party vor und wir hoffen auf NachahmerInnen in anderen Regionen...**

**Redaktion Heidelberg** ● Nun zu den aktuellen Zahlen im Oktober: Weitere 145 EUR gingen auf unserem Spendenkonto ein. Damit erhöht sich der Betrag in diesem Jahr auf 5.966,37 EUR und wir können den geplanten Teilabbau unserer Altschulden fortschreiben: 1.549,87 EUR verbleiben noch, um unser Ziel in diesem Jahr zu erreichen.

Nachfolgend die eingegangenen Spenden, für die wir uns herzlichst bedanken:

- Günter Greuel, Mainz (55 EUR)
- Stefan Pofahl, Berlin (55 EUR)
- N.N. (30 EUR)
- Thomas Siebenmorgen, Bielefeld (5 EUR)
- Soliparty Mannheim (116 EUR)

### ABOKAMPAGNE 100+

Zwei neue Abos kamen im Oktober hinzu. Leider sorgen vier Kündigungen für eine negative Bilanz. Benötigt werden jetzt 122+ Neuabos und eine zusätzliche Fördersumme von 132 EUR über den Förderverein. Eigentlich ist das kein zu hoch gestecktes Ziel, aber mit unseren Mitteln der Abowerbung schwer zu erreichen. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten MultiplikatorInnen.

### AKTION 2004

Im Monat Dezember wird wieder ein Spendenaufruf für das Jahr 2004 dieser Zeitung beiliegen. Wir hoffen, dass Ihr bei Euren Jahresspenden auch unser kleines Zeitungsprojekt berücksichtigen werdet. Wir benötigen Eure Spendengelder auch im Jahr 2004, um weiterhin erscheinen zu können, auch wenn diese Zeitung ehrenamtlich erstellt wird und keine Honorare und Gehälter bezahlt werden.

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Umstellungen helfen, das Zeitungsprojekt zu stabilisieren und wichtig: Fördermitgliedschaften beinhalten keine Mehrwertsteuer (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

## SPENDEN- UND ABOZÄHLER

**Das Zeitungsprojekt benötigt noch 1.549,87 EUR an Spendengeldern.**

**Das Ziel der Abokampagne: 122+ Neuabos**

## IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

## KURT'S SURF CENTER: AMILAND MAL ANDERS

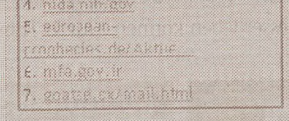
# Anarchie ist machbar

**Was haben die amerikanischen Bundesstaaten Wyoming, Vermont, Alaska, North Dakota, South Dakota, Delaware, Montana, New Hampshire, Idaho und Maine gemeinsam? Sie haben eine freiheitliche Tradition, relativ wenig Bevölkerung und grenzen an den Ozean oder den US-Nachbarstaat Kanada. Damit sind sie sezessionsfähig, findet das »Freie-Staaten-Projekt« (www.freestateproject.org).**

Denn libertärer Sezessionismus im Zeitalter der Globalisierung ist eine der Antworten der Initiative, die vom Yale-Politikwissenschaftler Jason Sorens ausgeht und derzeit in New Hampshire (Bevölkerung: 1.275.000) schon überraschend viel Resonanz findet. Mehr als 5.000 MitstreiterInnen aus diesem Bundesstaat bekennen sich immerhin in Internetabstimmungen zu den Zielen des Projekts, die staatliche Freiheitseinschränkungen nur mehr für Gewalt und Betrug (»force and fraud«) einsehen. Bei 20.000 UnterstützerInnen ist nach solchen Plänen eine Transformation in einen superschlanken Freiheitsstaat möglich, da das amerikanische System der Wählerregistrierung in diesen Ministaaten schlichtweg eine Majorisierung der etablierten Parteien und der unpolitischen Mehrheit ermöglicht.

Da schmunzelt sogar der Gouverneur Craig Benson und will gemeinsam mit dem langjährigen libertären Aktivisten Richard Boddie am 1. November auf einer Liberty Expo in Manchester (New Hampshire) seine Stimme für die Freiheit erheben. Da wird dann die Gängelung durch Bundesgesetze und -steuern gegeißelt und das Loblied auf lokale Ökonomie und lokales Recht angestimmt, vorstellbar eben nur in einem Bundesstaat, der nur durch seine Ratifizierung der Unionsverfassung am 21.6.1788 – so die symbolkräftige historische Wahrheit – die Bildung von »God's own country« überhaupt erst ermöglichte.

Im deutschen Ländle hingegen hat Freiheit einfach auch ein anderes Geschmäckle. Der bekennende Anti-Zensur Aktivist Alvar Freude wurde unlängst von der Staatsanwaltschaft Stuttgart aufs Korn genommen. Grund ist sein satirischer Webdienst FreedomFone mit dem Service, in NRW gefilterte Websites am Telefon unter Nutzung einer 0190-Nummer vorzulesen (http://odem.org/aktuelles/staatsanwalt.de.html).




Die angeblichen Top7 der somit von Düsseldorf zensierten Homepages (willkürlich generierte URLs, unter denen nur www.csu.de mit schöner Regelmäßigkeit auftaucht) werden von den Schergen des Musterländle als Vernetzung zur Volksverhetzung und Nazisites geoutet. Man droht Alvar über seinen Anwalt auch offen damit, neben Haft die »Tatmittel einzuziehen und ein Berufsverbot auszusprechen«.

Sachkundiger ging da schon die Deutsche Bahn mit einem anderen Webdienst des namhaften Kommunikationsguerillero um. Die hatte entdeckt, dass der Service des Assoziationsblasters (www.assoziations-blaster.de/web-blast.html) unweigerlich auch dazu führt, dass bei Eingabe von www.bahn.de u.a. hier assoziierte Anleitungen von »radikal« offenbart werden, wie der Zugverkehr lahmgelegt werden kann. Klar: eben ein Fall für den Kadi, meint die Bahn.

Anarchie soll wohl nicht überall machbar sein und die Assoziationen über solchen Umgang mit der Informationsfreiheit in Deutschland bleiben schlichtweg beängstigend.●

PEST UND CHOLERA ODER:

# Die Freiheit der Wahl in der Marktwirtschaft

**Die Arbeitslosigkeit ist das alles beherrschende Thema in der alltäglichen Diskussion. Und die Alternativen, die die Funktionseliten aus Wirtschaft und Politik zu ihrer Bekämpfung aufzeigen, lassen an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. Jede/r Arbeitslose hat gefälligst jeden Drecksjob anzunehmen, jede Zumutung muss geschluckt werden, sonst droht die Leistungskürzung. Verbindet man dies mit der Streichung aus der Arbeitslosenstatistik, hat man einen eleganten Weg gefunden, die Zahl der Arbeitslosen zu »senken«.**

**Die Montagsgruppe, Stuttgart** ● Doch auch diejenigen, die – noch – Arbeit haben, werden ihr Scherflein beitragen müssen. Es klingt zwar paradox, aber es wird angesichts steigender Arbeitslosenzahlen nur darüber räsoniert, dass die Arbeitszeiten verlängert werden müssen. Sowohl die wöchentlich abzuleistenden Stunden als auch die Lebensarbeitszeit. So stehen arbeitslose Jugendliche vor den Werkstoren, während man den Beschäftigten das Renteneintrittsalter heraufsetzt. Schöne neue Arbeitswelt: Wollen Sie mehr arbeiten bei sinkendem Lohn oder wollen Sie sozial vernichtet werden? Für Kanzlers und Konsorten steht fest; dass wir uns den Sozialstaat nicht länger leisten können. Die Abrissbirne ist das wichtigste Werkzeug beim sogenannten »Umbau« der Sozialsysteme.

Eine Gesundheitskonterreform steht auf der Agenda. Wollen wir massive Beitragserhöhungen oder massive Leistungskürzungen? Oder ein wenig von beidem? Auch wenn die eine oder andere wirkliche Reform (wie z.B. die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung) noch vorübergehend etwas verzögern könnte und auch wenn darum selbstredend gekämpft werden muss: Anders als mit steigenden Beiträgen und sinkenden Leistungen werden Sie unser Gesundheitssystem auf Dauer nicht finanzieren können. Schon heute ist arm und reich am Gebiss zu unterscheiden und glauben Sie nicht, dass im nächsten Wahlkampf auch nur eine Partei dagegen sein wird. Und schon in naher Zukunft werden die Äußerungen eines Herrn Mißfelder, nach denen Leuten ab 85 keine künstlichen Hüftgelenke mehr zustehen, salonfähig sein! Die Rentenkonterreform haut in dieselbe Kerbe. Wollen wir längere Lebensarbeitszeiten oder Rentenkürzungen? Oder ein wenig von beidem? Als kurzfristige Lösung, wohlgemerkt! Denn dass längerfristig die umlagefinanzierte Rente ohnehin am Ende ist, pfeifen die Spatzen schon von den Dächern. Sie werden sich also privat versichern müssen, bei einer Pleite Ihrer Versicherung werden Sie dann auch privat entsichert.

## Gibt es Alternativen in der Alternativlosigkeit?

Haben Sie Bauchschmerzen bei den oben aufgezeigten »Alternativen«? Herrscht bei Ihnen aber auch ein Zustand ratloser Unzufriedenheit vor? Kann es sein, dass die scheinbare Alternativlosigkeit nur deswegen besteht, weil die grundlegenden Eckpfeiler unseres Wirtschaftssystems (Ware, Geld, Arbeit, Markt, Staat) blind vorausgesetzt und somit nicht in Frage gestellt werden? Wir zumindest gehen davon aus, dass es innerhalb des uns beherrschenden und uns umgebenden Systems von Markt und Staat keine mit emanzipatorischer Perspektive ausgestatteten Lösungen mehr geben kann. Das gilt insbesondere für die Umverteilungsillusionen, die gerade auf linker Seite (Attac, Gewerkschaften, etc.) sehr verbreitet sind. Davon ausgehend, dass ja genug Geld da sei, wird messerscharf gefolgert, dass man es eben nur anders verteilen müsse, damit alle Menschen besser leben können. Durch Tobin- und andere Steuern müsse man die Reichen nur ordentlich zur Kasse bitten und alles werde gut.

Was soll denn gut werden, solange in den Kategorien von Finanzierbarkeit und Geld gedacht und gehandelt wird? Wir zumindest könnten nur Geld akzeptieren, an dem kein Blut klebt. Nur hat die Sache einen entscheidenden Haken: so etwas gibt es nicht. Es ist schon zynisch, mit dem Geld den Menschen helfen zu wollen, für dessen Produktion man zuerst einmal sie selber (und die Natur!) verheizt hat. Ziehen Sie doch mal das Geld ab, an dem bei kritischer Prüfung Blut klebt. Ist dann für Sie immer noch genug da? Selbst wenn ja, so geben wir noch etwas Entscheidendes zu bedenken: Geld ist keine Naturkonstante, Geld kann (durch Inflation, durch Börsencrashs, etc.) schlagartig verschwinden, soll heißen, selbst wenn heute genug da sein sollte, so bedeutet dies nichts für morgen. Und wie das Beispiel Argentinien zeigt: Dieses Morgen kann wirklich schon morgen sein. »Geld ist genug da« ist also ein außerordentlich kurzsichtiger Satz, dem wir unser Leben und das unserer Kinder besser nicht anvertrauen sollten. Daher stimmen wir Guillaume Paoli zu: »Solange es Geld gibt, wird es nie genug für alle geben.« Uns scheint da eine andere Orientierung sinnvoller:

## Weg vom Geld, hin zum Leben

Statt auf eine derart windige Luftnummer wie die Finanzierbarkeit unseres Lebens zu setzen, sollten wir uns den wirklichen materiellen Dingen zuwenden, die das Leben erst möglich machen. Wie kommen wir an Kleidung, Nahrung, Wohnung, Bildung, Gesundheit, Genuss und Kultur, ohne uns von der Geldwirtschaft abhängig zu machen? Wie können wir immer mehr Bereiche unserer täglichen Reproduktion der Logik von Geld, Ware und Wert zu entziehen?

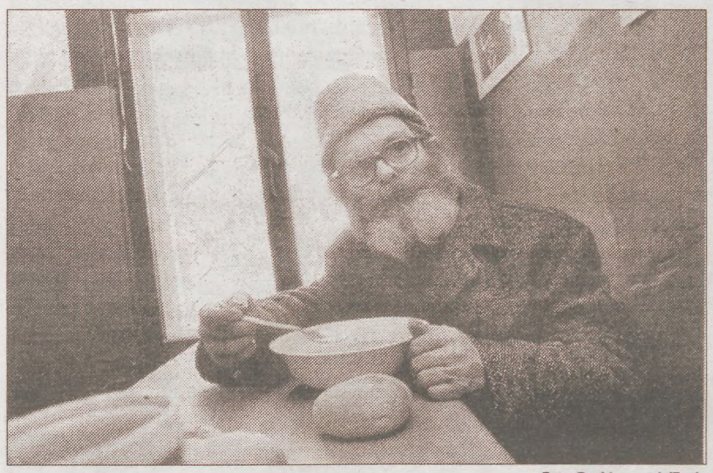


Foto: Paul Langrock/Zenit

Kurzfristig heißt das: wir wollen Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht! Nicht, weil wir Verzicht oder Askese propagieren, sondern weil weniger Arbeitszeit mehr Lebenszeit bedeutet und diese Zeit genutzt werden kann für Sinnvolleres als Geldverdienen. Vor diesem Hintergrund ist – um es an einem Beispiel festzumachen – der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes in Berlin (Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht) immer noch besser als der der Post (längere Arbeitszeit bei gleichem Lohn).

Doch was heißt, sich Geld, Ware und Wert zu »entziehen«? Zurück ins Mittelalter? Sicherlich kann ich, statt die bezahlte Dienstleistung eines Friseurs in Anspruch zu nehmen, mir die Haare von einem Freund oder einer Freundin stutzen lassen. Und auf die Privatlokomotive des Kapitalismus, das Auto, verzichten auch schon viel mehr, als man gemeinhin glaubt. Sogar mit Genuss. Wir glauben jedoch, je mehr und je intensiver solche Ansätze nicht mehr von »Einzelkämpfern«, sondern im Kollektiv verfolgt werden, je mehr sie sich vernetzen, umso schöner und effektiver könnte die Geschichte werden.

Nachdem die großen Versuche (»Sozialismus durch Eroberung der Staatsmacht«, egal in welcher Variante, sozialdemokratisch oder kommunistisch) gründlich gescheitert sind, sollten wir aus den Erfahrungen lernen. Es gibt durchaus sehr konkrete Projekte, bei denen Menschen gemeinsam versuchen, sich so weit als möglich der Marktlogik zu entziehen. Projekte, die deshalb forciert, unterstützt und »nachgemacht« werden müssten. Die Rede ist hier von Umsonstläden, von Gratisringen, die Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim kann hier als Beispiel genauso dienen wie die Kooperative Haina oder abfallGUT in Dresden. Auch die Menschen, die sich auf wertfreie Weise Wohnraum aneignen, im Volksmund Hausbesetzer genannt, widersetzen sich dem System. Dies sind zwar alles (noch) zarte Pflänzchen, aber sie weisen vielleicht den Weg hin zu einer »globalisierten Aneignungs-und Genossenschaftsbewegung« (Lorenz Glatz), einer Bewegung, die die oben gestellten Scheinalternativen zu brennenden sozialen Themen als Fangfragen entlarvt, als Fangfragen eines Wirtschaftssystems, welches Menschen unter Finanzierungsvorbehalt stellt und für ein Wachstum in abstrakten Rechengrößen über Leichen geht.

Foto: Pierre Adenis/G.A.F.F.

»Unserer Wirtschaft« täte das natürlich nicht gut. Aber warum ist es eigentlich »unsere«, wenn sie ein besseres Leben verhindert?●

**Links und Literatur:**

Feierabend – zwölf Attacken gegen die Arbeit; Konkret Literatur Verlag;
P.M. : Subcoma – Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft; Pranoia city Verlag;
Gruppe Krisis: Manifest gegen die Arbeit, Förderverein Krisis, Postfach 2111, 91011 Erlangen;
Gruppe Gegenbilder: Freie Menschen in freien Vereinbarungen – Gegenbilder zur Expo 2000; Projektwerkstatt, Ludwigstraße 11, 35447 Reiskirchen-Saasen http://come.to/projektwerkstatt;
Maria Mies: Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, rotpunktverlag;
Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie; Dietz Verlag;
Karl Marx, Das Kapital; Dietz-Verlag;
Zeitschrift Krisis – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, Horlemann-Verlag, www.krisis.org;
Zeitschrift Streifzüge, Kritischer Kreis, Margaretenstr. 71-73/23, A-1050 Wien www.widerspruch.at/streifzüge;
Robert Kurz; Schwarzbuch Kapitalismus; Eichborn-Verlag;
Robert Kurz: Karl Marx lesen im 21. Jahrhundert; Eichborn-Verlag;
Gratisringe: www.coforum.de/index.php4?GratisRing;
Umsonstläden:
www.alles-und-umsonst.de/kostenlos/umsonstlaeden.html;
abfallGUT Dresden: www.abfallgut.de;
SSM Köln: www.thur.de/philo/ina/ina8.htm;
Kooperative Haina: www.kooperative-haina.de

### Wir sind die MONTAGSGRUPPE

Ein Kreis von Menschen, die sich alle zwei Wochen treffen, um gemeinsam Texte zu lesen, zu debattieren und Veranstaltungen zu organisieren. Unser Thema: Wie könnte ein neuer Ansatz menschlicher Emanzipation jenseits von Markt und Staat aussehen?
Interesse?
Tel. (07 11) 56 02 94, E-Mail: utalothar@z.zgs.de

SELBSTORGANISATION IM ALLTAG

# Gratis-Essen: Essen umsonst organisieren, praktische Gratisökonomie und Aktionsmöglichkeiten

**Teil 2: Sammeln, Selbermachen & Direkte Aktionen**

Im ersten Teil des Praxis-Ratgebers »Gratis-Essen« ging es neben grundsätzlichen Überlegungen vor allem um Containern oder das Reste abgreifen bei Läden oder Großhandel. Hier folgt der zweite und abschließende Teil des Praxisratgebers »Gratis-Essen« – mit weiteren Tipps für »Umsonst«-Nahrungsmittel, außerdem ein paar Ideen für eine widerständige Öffentlichkeitsarbeit. Damit ist unserer Input zu diesem Thema erst einmal am Ende ... natürlich sind alle LeserInnen herzlich aufgefordert, ihren eigen Senf dazu zu geben und Tipps mitzuteilen, die bisher unerwähnt blieben. Ansonsten: Viel Spass mit praktischen Gehversuchen in puncto Gratis-Essen oder -Ökonomie!

## Spendenanfragen

Naturkost-Firmen lassen sich immer wieder für kleine Spenden gewinnen – das reicht sicher nicht für den Alltag, aber ist ein willkommener »Luxus«. Dafür am besten geeignet sind telefonische Anfragen, aber auch ein Massenfax an verschiedene Firmen bringt manchmal Ergebnisse ... praktisch ist, einen Bezug zu aktuellen Projekten (Sommercamp, Hoffeste, Kochkurse, Anti-Gentech-Seminar oder Genfeldbesetzung) herzustellen. Berichte entsprechender Veranstaltungen erhöhen die Chance auf nochmalige Spenden.

## Zocken

Zutaten, Brotaufstriche oder teure Nahrungsmittel, die selten containert oder geschnorrt werden können, lassen sich auch auf Klaubasis organisieren. Als Ziel sollten große Ketten bevorzugt werden, denen dass eh nicht schadet (und wenn, ist das nicht tragisch). Ein, zwei Teile zu zokken ist eigentlich nicht schwer. Wichtig ist dabei, auf Kameras und Detektive zu achten. Es gibt viele Tricks, die diesen Text sprengen würden und die erfahrene ZockerInnen sicher weiter erzählen – wesentlich ist es, mit der Zeit die nötige Coolness zu entwickeln, nicht aufzufallen. Denkbar sind auch Klau-Sessions vieler Leute (senkt das persönliche Risiko), die einen längerfristigen Zusammenhang bilden – und sich gegenseitig helfen, wenn mal wer erwischt wird (z.B. über eine gemeinsame Soli-Kasse oder ähnliche Strukturen).

## Sammeln

Wer aufmerksam durch die Gegend wandert, trifft in der passenden Jahreszeit auf Beeren, freistehende Pflaumenbäume, Pilze (genaue Kenntnis gefragt!) usw., die oft in großer Anzahl zu finden sind. Auch NachbarInnen oder FreundInnen mit größeren Garten freuen sich darüber, wenn Leute etwas mit den Unmengen von Äpfeln, Quitten oder anderem Obst anzufangen wissen. Praktisch ist auch hier, wenn sich KleingärtnerInnen oder SammlerInnen vernetzten und einen gemeinsamen Reichtum herstellen.

## Eigenanbau

Damit gemeint ist nicht etwa die krampfige Total-Selbstversorgung gemeint, sondern der intelligente Anbau von Pflanzen im »eigenen« Garten, die hohen Ertrag mit pflegeleichtem Umgang verbinden. Dazu gehören Obstbäume aller Art, Beeren (als Grundlage für Marmeladen) oder Nüsse. Aber auch Kräuter und Gemüsebeete können eine nette Sache sein, sind aber zeitintensiver aufgrund der Notwendigkeit, sich um die Pflege und z.B. den Schutz vor Schnecken zu kümmern.

## Selbermachen

Die Eigenherstellung von Marmelade, eingemachtes Obst oder Gemüse (Bohnen, Möhren, Gurken usw.) oder Brotaufstrichen lohnt sich. Wer z.B. mehrere Stiegen eines Gemüses vom Großhandel bekommt, wird schnell darauf zurück greifen, um diese haltbar zu machen. Dabei können mit relativ geringem Aufwand größeren Mengen verarbeitet werden – das ist nicht nur billiger, sondern schmeckt auch besser: Mit einer Runde von drei, vier Leuten reicht ein halber Tag, um Pflaumen, Äpfel o.ä. zu sammeln und daraus 30-40 Gläser Marmelade zu machen. Mit mehreren solcher Sessions entsteht schnell ein Reichtum an coolen Produkten für den Winter. Einkochverfahren sind sehr einfach – es gibt gute Kochbücher nur zu diesem Thema. Ähnliches gilt für die Eigenproduktion vegetarisch-veganer Brotaufstriche ... über Bücher und Internet sind viele Rezepte verfügbar. Und wer keine Lust auf containertes Brot hat, kann natürlich auch selber Brot backen, was gar nicht so schwer ist.

## Wider der Einnischung: Öffentlichkeitsarbeit und direkte Aktionen

Selbstorganisierung im Alltag ist immer sinnvoll, aber nur dann ein nach außen wirkendes Projekt, wenn es Schnittstellen zum Widerständigen gibt. Ansonsten droht die Gefahr der Nische, dem alternativen Umgang mit Herrschaft und Verwertung, die gar nicht mehr überwunden werden sollen. Gratis-Netzwerke, Umsonst-Läden oder Container-Koops können sich als Reibungsflächen zur Normalität begreifen und mit direkten Aktionen gezielt in öffentliche Debatten eingreifen, Diskussionen anstoßen und für konkrete Projekte werben. Dafür steht wie immer eine breite Palette unterschiedlichster Aktionsformen zur Verfügung – Theater, Subversion, Sabotage usw. Hier nur zwei Beispiele ...

## Brot-Aktion

Einen ganzen Anhänger containertes Brot (oder anderes Überflussprodukt) in der Innenstadt auskippen. Dazu Transpis (»Werft weg was euch keinen Profit verschafft«) und Infoflyer, welche den inhaltlichen Bezug klar machen, über Kapitalismus und Alternativen informieren.

## Preisverleihungen nutzen

Ökologiosch-soziale Projekte wie Food Coops oder Umsonstläden haben gute Chancen bei Wettbewerben um innovative, nachhaltige Projekte. Entpolitisiert und isoliert haben die gesellschaftlichen Eliten nichts gegen solche Nischen. Preisverleihungen können aber auch als Plattform für politische Reden, Theater oder provokative Aktionen genutzt werden. Bei der Preisverleihung für den Umsonstladen Berlin-Mitte zerrissen die AktivistInnen das ausgehändigte Geld beim Vortragen einer Rede gegen ökonomische Abhängigkeiten, Geldfixierung und zum Erhalt von unkommerziellen Freiräumen. Das löste einigen Wirbel aus und erzeugte Raum zu vielen kleinen Gesprächen.●

REGIOGELD – GELDEXPERIMENTE AM CHIEMSEE

# Macht fünf Chiemgauer, bitte!

**Geld, das fast nichts kostet und auch noch Gutes bewirkt? Ein Schülerprojekt in Prien etablierte ein Gutschein-System, das die Wirtschaft vor Ort beleben soll. Schon nach sechs Monaten fühlt sich die Region sichtlich gestärkt.**

von Hans-Peter Berndl ● Heiß ist es im Dachgeschoss der Waldorfschule in Prien am Chiemsee. Sechs Schülerinnen der Oberstufe produzieren dort »Chiemgauer«, Gutscheine im Wert von ein, zwei, fünf, zehn und 20 Euro. Auf verstärktem Papier ist auf der Vorderseite der Wert aufgedruckt, auf der Rückseite verschiedene Kunstmotive. Der »Chiemgauer« ist eine Ersatzwährung, mit der man lokal handeln und so der Globalisierung die Stirn bieten will. Kunden können ihn im Abo beim Verein oder an festgelegten Stellen erwerben. Ein »Chiemgauer« entspricht einem Euro. Das Experiment heißt Chiemgauer regional. Es ist ein Schülerprojekt und läuft seit einem knappen halben Jahr.

Foto: Lars Lange

### Beachtlicher Start

Schon etwa 50 Unternehmen und Geschäfte rund um den Chiemsee akzeptieren »Chiemgauer« als Zahlungsmittel. Sie haben keine zusätzlichen Kosten und bedienen dafür einen festen Kundenkreis, dem an der Stärkung des regionalen Wirtschaftskreislaufs gelegen ist.

Bevorzugt dieser die teilnehmenden Geschäfte statt großer Supermarktketten, wird die Kundschaft dafür mit einem Einkaufsrabatt von 5 Prozent belohnt. Diese lösen dann die Gutscheine mit 5 Prozent Abzug wieder in Euro beim Verein ein, die Kosten sind steuerlich absetzbar. Zwei Prozent davon behält der gemeinnützige Träger Chiemgauer regional – Verein für nachhaltiges Wirtschaften. Drei Prozent gehen an die örtliche Waldorfschule, den Kindergarten oder Sportverein. Die Gutschein-Zahler haben die Wahl und spenden so mit ihrem Einkauf, ohne dadurch weniger im Portemonnaie zu haben. Der »Chiemgauer« wird somit zum Schenkgeld für soziale oder kulturelle Einrichtungen.

### Geld muss fließen

Gibt der Kunde seine Gutscheine nicht innerhalb eines Quartals aus, gehen wiederum zwei Prozent davon in die Projekte. Das Regiogeld ist eben keine Währung zum Horten, sondern ein Fließgeld zum Ausgeben. Es bleibt in der Region und jedes Quartal gibt es neue Gutscheine mit fälschungssicherer Prägemarke und UV-Lichtkennung. Während schätzungsweise die Hälfte aller Euros außerhalb der Währungsunion oder auf Schwarzmärkten landen, nützt der »Chiemgauer« gezielt vor Ort.

Regiogeld ist ein Modell zum Nachahmen. Denn in Deutschland ist seine Existenz, im Gegensatz zu anderen Ländern wie der Schweiz, Argentinien, USA oder Neuseeland, noch deutlich unterentwickelt. Der Grundgedanke ist bei Rudolf Steiner und Silvio Gesell nachzulesen (www.freigeld.de) Doch weitere Initiativen gibt es schon: im Allgäu, am Bodensee und in Brandenburg. Seit gut einem Jahr zirkuliert in Bremen der »Roland« mit der Orientierung auf eine ökologische und dezentrale Wirtschaftskultur. »Wir produzieren hier einen Exportartikel«, meint Christian Gelleri, der Leiter des »Chiemgauer«-Projekts. Unterstützt und verbreitet wird die Idee auch von Experten wie der Professorin Margret Kennedy, einer international anerkannten Beraterin für regionale Geldprojekte und dem ehemaligen belgischen Notenbanker Bernard Lietaer, beides Vereinsbeiräte.

### Der Praxistest

Wir besuchen den »Regionalmarkt Prien«. Große Glasflächen, helles Holz außen wie innen. In den Verkaufsräumen finden sich die kulinarischen Köstlichkeiten des Chiemgau. Die Inhaberin Julia Kollmannsberger hat mit dem Gutscheinsystem schon gute Erfahrungen gemacht. Bis zu zehn Prozent vom Umsatz verrechnet sie in »Chiemgauern«. Und zwar ohne Probleme mit der Abwicklung. Sie findet, die Idee müsse noch stärker verbreitet werden.

Herr Aksu vom »Priener Jeans Palast« hatte zwar noch keinen Kunden, der mit »Chiemgauern« bezahlt hätte. Doch er räumt eine längere Vorlaufzeit ein. »Ich unterstütze die Idee«, meint er, »es kostet mich ja nichts extra.« Ein weiterer Vertragsunternehmer ist die Bäckerei »Miedl« mit 18 Filialen rund um den Chiemsee. Und Unternehmen der Gastronomie, des Einzelhandels, des Handwerks und anderer Branchen bereichern beständig das Angebot der »Chiemgauer«-Gemeinde.

### Die Perspektive

Das Projekt Chiemgauer regional sieht sich als Keimzelle für eine gesellschaftliche Innovation und will zeigen, dass das Modell Regiogeld funktioniert. Die Möglichkeiten von der technischen Abwicklung bis hin zu Vernetzungen mit anderen gemeinnützigen Initiativen, Unternehmen und Verbänden sind noch längst nicht ausgeschöpft. Je mehr Menschen, Initiativen, Vereine, Unternehmen und Initiativen mitmachen, so die Idee, desto größer wird der Nutzen für alle sein. Denn Vertrauen in etwas Neues, zumal wenn es sich um Zahlungsmittel - sprich: Währung handelt - entsteht eben vor Ort.●

Links:
www.chiemgauer-regional.de
www.roland-regional.de
www.freigeld.de
www.omnibus.org

Adressen:
Chiemgau regional, Verein für nachhaltiges Wirtschaften, Bernauer Str. 34, D-83209 Prien
Omnibus für direkte Demokratie GmbH, Thomas Mayer, Öschstr. 24, D-87437 Kempten

Literatur:
Bernard A. Lietaer, Das Geld der Zukunft
Margret Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation
Christian Gelleri und Thomas Mayer, Exposé Regiogeld

Aus: verdi-publik September 2003

AUSSTERBENDES SAATGUT & WIDERSTAND

# Was auf den Tisch kommt, wird...

**Alles ist im Umbruch. Wer hätte noch vor 50 Jahren gedacht, dass wir in einem einzigen Geschäft, dem Supermarkt, alles finden würden, um uns zu ernähren, zu waschen, einzukleiden, zu basteln und bald auch zu heilen.**
**Für die Zubereitung eines Essens in Rekordzeit kann man bereits gewaschenen Salat im Plastikbeutel kaufen, Tubensauce, tiefgefrorene Pizza für den Mikrowellenherd, Suppe im Tetrapack und Vanillepudding im Plastikbecher mit Erdbeeren zu jeder Saison. Aber was hat uns das schlussendlich gebracht?**

Im Bereich der Saatgutherstellung führt diese Politik zu einer bedenklichen Situation. Am Beispiel der Tomaten, die ab Januar im Supermarkt erhältlich sind, kann man gut aufzeigen, wie jeder von uns direkt betroffen ist: Sie stammen entweder aus mit Erdöl geheizten holländischen Gewächshäusern oder aus Andalusien, dem Plastikmeer der Region von El Ejido. Wodurch sind sie zu unterscheiden? Durch nichts, es sind die gleichen Hochleistungs- und Hybridsorten, die in riesigen Monokulturen angepflanzt werden. Diese Gemüsesorten wurden von den Saatgutherstellern mit dem Ziel der Leistungssteigerung entwickelt. Die Landwirte können diese Samen nicht wieder aussäen, da sie hybrid sind und die Saatgutproduzenten ihre Produkte durch eine Lizenz sowie die Eintragung in den offiziellen Katalog für Kulturpflanzen der Europäischen Union geschützt haben.

Heute sind 87% der eingeschriebenen Tomatensorten Hybride, 11% Nicht-Hybride, jedoch durch ein Patent geschützt. Es bleiben also nur noch 2%, die von allen kostenlos gezüchtet und verkauft werden können. Die Gemüseproduzenten in der EU dürfen keine unregistrierten Sorten verkaufen. Und so kommt es, dass Tausende von Lokalsorten, die über Jahrhunderte gezüchtet wurden und den verschiedenen klimatischen Bedingungen angepasst sind, nicht mehr auf den Ladentisch gelangen.

Heute existieren in den USA 5.000 Tomatensorten, noch mehr in Russland, vielleicht ebenso viele in Europa, aber wie lange noch? Wer wird diese Sorten schützen, vermehren und eine Verarmung des genetischen Erbgutes verhindern?

Bei einem Treffen Ende Februar in Toulouse versuchten 350 Teilnehmer aus ganz Europa, neue Wege und Mittel zur Herstellung von Saatgut in der bäuerlichen Landwirtschaft aufzuzeigen. Eine erste Bestandsaufnahme bewies, dass nur ein Bruchteil der Bauern ihr eigenes Saatgut verwendet, die Mehrheit kauft bei den großen Saatgutherstellern ein, die in den letzten 20 Jahren zu riesigen multinationalen Konzernen zusammengewachsen sind. Forschungsinstitute, wie z.B. INRA (Institut National de la Recherche Agronomique) in Frankreich haben es geschafft, die Bauern zu überzeugen, dass ihnen das notwendige Wissen fehle, ihr Saatgut den modernen Leistungsanforderungen nicht mehr entspräche und besser zertifiziertes Saatgut zu verwenden sei. Eine Folge dieser Politik ist das Aussterben von 98% der Kulturpflanzen, die noch Anfang des letzten Jahrhunderts in Europa und Amerika angebaut wurden und damit auch das Wissen über die Anbautechniken und ihre Verwendung. Andererseits nutzen die Bauern industrielles Saatgut, das sehr anfällig auf Viren, Bakterien und Pilze ist. Zur Bekämpfung der Krankheiten werden immer mehr Pestizide und Insektizide benötigt. Jedes Jahr werden 35 Milliarden Dollar für Schädlingsbekämpfungsmittel ausgegeben, was nicht verhindert, dass ein Fünftel der Ernten verloren geht.

Glücklicherweise regt sich in mehreren Ländern Europas Widerstand. In Toulouse konnten Bauern und Vertreter verschiedenster Organisationen Erfahrungen austauschen und erste Schritte für einen Zusammenschluss im Kampf gegen diese Entwicklung unternehmen. Eine der interessantesten Initiativen in Frankreich ist der Verein Kokopelli, der sich seit Jahren für die Erhaltung der Sortenvielfalt einsetzt, indem er:

- Hunderte von bewährten Lokalsorten von Gemüse vertreibt;
- Patenschaften von bedrohten Sorten unterhält, bei der jede/r Pate/in die Weiterzüchtung und die Vermehrung gewährleistet und das Netzwerk mit Saatgut beliefert;
- Ein sehr lehrreiches Buch über die Saatgutgewinnung und einen Katalog mit Gemüsesorten aus der ganzen Welt herausgibt;
- Seminare zum Thema der Agrobiologie und der Saatgutentwicklung organisiert;
- Mehrere regionale Außenstellen unterhält, in denen die Mitglieder des Vereins informieren, weiterbilden und bei der Gründung neuer Familiengärten helfen;

Kokopelli ist ein Netzwerk, bei dem Longo mai wie auch mehrere Hundert private und professionelle Gärtner mitwirken. Seine Mitglieder vermehren und produzieren Saatgut für ländliche Gemeinschaften in der Dritten Welt, wo gutes Saatgut oft Mangelware ist. Kokopelli hat auch ein Ausbildungszentrum für Agrobiologie und Saatgutentwicklung in Indien geschaffen.

Es wird an Gewicht gewinnen, wenn wir es schaffen, weitere Menschen von der Dringlichkeit und Notwendigkeit des Kampfes gegen die Sortenverarmung zu überzeugen. Es gibt ähnliche Netzwerke in Europa, die sich für den Erhalt lokaler Tierrassen und Kulturpflanzen einsetzen, wie z.B. der Verein Pro Specia Rare in der Schweiz und die Arche Noah in Österreich.

Jede Art von Hilfe ist willkommen und viel Vergnügen bei der kommenden Gartenarbeit!●

Silvie

Aus: Nachrichten aus Longo mai, Nr. 84/ 2003

Adressen:
Association Kokopelli, Oasis, 131 Impasse des Palmiers, F-30100 Alès, Tel. 0466 30 64 91, Fax: 30 61 21
E-Mail: kokopelli.semences@wanadoo.fr
Web: www.kokopelli.asso.fr
Stiftung Pro Specia Rare, Pfrundweg 14, CH-5000 Aarau
Arche Noah, Obere Str. 40, A-3553 Schloss Schiltern

NEUE RUBRIK:

# Frisch auf dem Gruppentisch

**In unserer neuen Rubrik »Frisch auf den Gruppentisch« stellt Asia Schramm von der Redaktion Köln vor, was im Gruppenalltag der Projekte, Initiativen und Kommunen so auf den Tisch kommt, nebst einer kleinen Vorstellung und Foto. Vorschläge an asia@ina-koeln.org oder an die SSM.**

### Nudelauflauf

Zutaten für 20 Personen:
- 4 kg Nudeln
- 400g Salami
- 400g Schinken
- 1 große Dose Erbsen
- 400g Gouda
- 400g Emmentaler

Für die Soße:
- 600ml Schmand
- 800ml Schlagsahne
- 6 Eier

Zubereitung:
Die Nudeln kochen. Salami und Schinken würfelig schneiden. In 2 Auflaufformen aufschichten:
vegetarisch: Nudeln, Käse, Erbsen (wiederholen bis die Form voll wird)
mit Fleisch: Nudeln, Wurst, Käse, Erbsen
Eier, Schmand und Schlagsahne verquirlen, mit Pfeffer und Salz abschmecken und über die Nudeln geben. Bei ca. 250 Grad ohne Deckel backen bis es gold-gelb überbacken ist.
Mit frischem grünem Salat servieren.

Sascha kocht sein Lieblingsessen – Foto: SSM

### Sozialistische Selbsthilfe Mülheim

Kölner Selbsthilfegruppe für 20 Erwachsene und Kinder. Sie leben in vier Fabrikgebäuden, die 1979 besetzt wurden. Basispolitik im Stadtteil. Erwerb: Wohnungsauflösungen, Umzüge, Secondhand-Laden, Raumvermietung.
Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
Tel. (02 21) 640 31 52
E-Mail: info@ssm-koeln.org
Web: www.ssm-koeln.org

WARUM ES EINE GUTE ZUKUNFT NUR JENSEITS VON MARKT UND STAAT GEBEN KANN

# Ratlos unzufrieden

**Soviel Unzufriedenheit war schon seit Jahrzehnten nicht. So viel Ratlosigkeit auch nicht. Seit einigen Jahren schon gehen auch in den so genannten reichen Ländern Millionen Menschen gegen die kapitalistische Globalisierung und gegen die steigenden Zumutungen der herrschenden Lebens- und Wirtschaftsweise auf die Straßen, Gewerkschaften haben ihre Mitglieder zu großen Streiks aufgerufen – und doch wird eine soziale Errungenschaft nach der anderen demontiert, verfallen Lohnniveau und Arbeitsrecht, nehmen Arbeitslosigkeit und Armut zu, bleibt vom Staat immer mehr nur der (allein noch wachsende) Kontroll- und Unterdrückungsapparat.**

Von Lorenz Glatz, Wien

### 1. Ob die Linke oder die Rechte regiert, ist von rasant abnehmender Wichtigkeit

Alle, die im politischen Geschäft für die Macht in Frage kommen, sind für Reformen und verstehen darunter ein Vorhaben, das einer gefährlichen Drohung gleichkommt. Dass »die Konkurrenz härter« wird, dass wir »Haare lassen« müssen, dass »Privilegien abgebaut« werden müssen, ist allgemeines Credo, ob von Schüssel, Chirac. und Berlusconi oder von Schröder/Fischer, Tony Blair.

Die Radikaleren rechnen vor, dass »genug Geld« da ist, dass es nur anders verteilt und eingesetzt gehört, dass es eine »andere Politik« braucht, »wirklich demokratische« Machtverhältnisse – dann könne sich alles wieder in Wohlgefallen auflösen. Um aber auch nur in die Nähe der Macht zu kommen, werden solche Leute stets Realos und Reformer.

### 2. Regierungen reagieren immer heftiger, regeln aber immer weniger

Der Nationalstaat entwickelte sich als ideeller Gesamtkapitalist. Als solcher hat er einerseits mit allen seinen Mitteln das Leben auf seinem Gebiet für die Verwertung herzurichten und andererseits mit Recht und Gesetz auch dafür zu sorgen, dass diese Verwertung nicht das Leben und damit zugleich die eigene Grundlage blindwütig zerstört.

Zumindest die zweite Aufgabe bleibt immer häufiger unerfüllt. Die entscheidenden Agenten in der heutigen Weltwirtschaft sind nämlich Großkonzerne, die das völlig logische Ergebnis marktwirtschaftlicher Entwicklung unter dem Diktat der Konkurrenz sind. Nicht die Staaten erteilen den Weltkonzernen Auflagen, sondern diese goutieren die geschäftliche Qualität von deren Angeboten. Global players, die anders handeln würden, wären binnen kürzestem keine mehr, Nationalstaaten, die sich dem nicht fügen, wären dann nicht einmal mehr Standorte.

Die Standortkonkurrenz ist als lokaler Wettbewerb der Gemeinden, Städte und Provinzen eine alte Erscheinung. Die Einbeziehung der Nationalstaaten in diese Konkurrenz hat jedoch eine neue Qualität. Wenn Staaten heute bloß noch Teil der Konkurrenz der Anbieter von Infrastrukturen aller Art sind, dann ist Liberalisierung, sprich der Abbau von Regulativen und Schutzbestimmungen, nicht mehr eine politische Option unter anderen, sondern ein systemimmanentes Erfordernis des Überlebens im Konkurrenzkampf.

Hierbei sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierungen denkbar gering. Was der Politik bleibt, ist die systematische Opferung von Mensch und Natur auf dem Altar der Verwertung und die Brechung jedes Widerstands der betroffenen Menschen durch Desinformation, Hetze, Kontrolle und offene Unterdrückung.

### 3. Die Wirtschaft globalisiert sich nicht nur, sie verfällt zugleich

Die neue Technologie der Mikroelektronik hat allen Erwartungen und Versprechungen zum Trotz keinen neuen Akkumulationsschub ausgelöst. Die durch sie bewirkte sprunghafte Zunahme der Produktivität übertrifft auf Dauer und bei weitem die noch möglichen Produktionssteigerungen. Die Computerisierung macht produktive Arbeit in weit höherem Maß überflüssig, als neue geschaffen werden kann. Die Vermehrung des eingesetzten Werts in der Produktion ist jedoch das Herzstück der Profitwirtschaft – ohne sie gibt es keine rentablen Investitionen. Mit Schuldenmachen und Spekulation wird nur auf erhoffte zukünftige Verwertung vorgegriffen. Wenn diese aber nicht eintrifft, werden die Kredite faul, platzen die Spekulationsblasen, die Börsen gehen in den Sinkflug, Firmen bankrottieren, die Marktwirtschaft erlebt den (Salami)Crash.

Für die sich Verdingenden bedeutet das z.B., dass ihrer vieler überflüssig geworden sind. Da es jedoch nie wieder Vollbeschäftigung geben wird, wird auch die Menge der Überzähligen ziemlich rasch zunehmen. Wer »drin« bleiben will, muss es billiger geben, und auch wer Rente hat, hat die mit Sicherheit nicht sicher. Viele spüren, dass wir in einer Zeit des Verfalls einer weltbeherrschenden Lebensweise leben. Trotzdem haben wir Angst davor, uns das auch einzugestehen – es ist daher durchaus folgerichtig, dass Depression in den letzten Jahren drauf und dran ist, zu der weitest verbreiteten Krankheit zu werden.

### 4. Umweltschutz schadet der Wirtschaft

Umweltschutz schadet der Wirtschaft – Wenn Präsident Bush eine Erkenntnis hat, spricht er sie auch aus. Seine Kollegen auf dem Rest der Welt haben die Erkenntnis auch, behalten sie aber für sich. Handeln tun sie alle danach. Heute ist es auch in den Kernländern der Profitmacherei recht still geworden um die Ökologie, selbst bei den Grünen. Wer sich einen durchschnittlichen heutigen Arbeitsplatz antut oder antun muss, kann nur mehr schwer etwas Empörendes daran finden, dass es der Umwelt ähnlich bescheiden geht wie einem/r selbst. Und dass alles auf unsereins zurückschlägt, ist eh kaum wem neu.

### 5. Wo die Wirtschaft stillsteht, führt der Zwang zum Geldhaben schnell in die Barbarei

Die Kapitalakkumulation stockt, die Geschäfte gehen schlecht. Die Zahl der Arbeit suchenden Migranten an den scharf bewachten Grenzen der Festungen Europa und USA schwillt an. Aber auch drinnen wächst die Zahl der Arbeitslosen und wird ihre Schikanierung schärfer, leidet die Unterstützung Schwindsucht. Es wird jedoch wenig darüber gesprochen, denn in dieser Gesellschaft ist es ein Makel, wenn eins sich nicht verkaufen kann, ein Verbrechen, wenn man es nicht unermüdlich weiter versucht oder gar nicht so recht mehr will. In vielen Gebieten der Welt geht die Landflucht, der Verlust agrarischer Selbsterhaltungspotenz, ungebrochen weiter. Da zwischen dem Bedarf des Überlebens und seiner Deckung der Geldzwang steht, werden die Aktivitäten der Überlebenswilligen immer prekärer.

Die Dienstleistungsgesellschaft wird weltweit wahr. Wer noch im Hamsterrad der regelrechten Arbeit weiterlaufen darf, hat sie zur Verfügung – von der Schuhputzerin bis zum Stricher, vom Einkaufstaschenträger bis zur Lebensberaterin. Und wer sonst nichts zu verkaufen hat, verkauft als Bettler gutes Gewissen für die Spender oder ganz physisch eine Niere für die Gesundheit eines Käufers.

Wo im Niedergang des Weltsystems Staaten verfallen, verschmelzen Apparat und Mafia, und die Ökonomie rastet aus in Raubmord und in Plünderung von allem, was sich noch verwerten lässt. Im Zerfall wird Überleben mehr denn je das Metier der Frauen. Die Männerrolle der abstrakten, auf Gelderwerb abgestellten, sonst gleichgültigen Arbeit ist in vielen Gegenden des Planeten nicht mehr zu besetzen. Das Patriarchat dreht durch, wird nichts als destruktiv. Die Youngsters in den Gangs der Slums Amerikas, die mit Drogen vollgepumpten Schlächterbuben der Räubermilizen auf der ökonomisch ausgebrannten Erde Afrikas, Asiens und wer weiß, wo bald sonst noch, sind das letzte Wort der Marktwirtschaft und ihrer Form des Männerherrschaft.

Völlig abgehoben von jeder Perspektive dieser Welt agieren als Endstadium dieses Auflösungsprozesses schließlich die diversen Selbstmordtrupps und sonstigen Terroristen als die perspektivlosen »Rächer der Enterbten«.

**Was bleibt, wenn man nicht resignieren will (und Resignation ist keine Handlungsgrundlage), ist die Ortung von Haarrissen im Beton des machtvollen Stumpfsinns und ihre Erweiterung mit der Gedud des hartnäckigen Ausbrechers.**

Carl Amery

### 6. Sicherheitshalber wird kontrolliert, eingesperrt, bombardiert und besetzt

Die Integrationskraft des Systems für seine Dissidenten ist weitgehend erloschen, was bleibt, sind Unterdrückung, Bespitzelung und andere Methoden der Geheimpolizei, die dank der Möglichkeiten der Mikroelektronik zu einer Überwachung der ganzen Bevölkerung ausgedehnt werden. In der Führungsnation der westlichen Welt sind (auch pro Kopf der Bevölkerung) mehr Menschen inhaftiert als in beliebigen Militärdiktaturen je waren. Auch hierzulande geht die Zahl vor allem jugendlicher Häftlinge steil nach oben.

Die übriggebliebene Supermacht USA vergattert den zerstrittenen und widerspenstigen Haufen der subalternen »Ordnungsmächte« aller Länder zum Kampf gegen die drohende Auflösung der Weltordnung ins Chaos. Drohung, Embargo, Bombardement und kriegerische Besetzung sind zum ständigen Repertoire geworden. Auf dem Spiel stehen dabei nicht einfach die Geschäftsmöglichkeiten dieses oder jenen nationalen Kapitals, sondern der globalisierte Verwertungszusammenhang im Ganzen.

### 7. Die Perspektive liegt jenseits von Markt und Staat: Kooperation statt Konkurrenz. Leben statt »Arbeit«. Mensch statt Profit

Es ist absolut lebensgefährlich geworden, die Existenz der menschlichen Gesellschaft weiter vom blindwütigen Prozess der Verwertung und von diesem dienstbaren staatlichen Institutionen bestimmen zu lassen, menschliches Leben davon abhängig zu machen, ob sich investiertes Kapital noch vermehren lässt. Was wir brauchen, ist eine grundlegende Umgestaltung, deren Ansatzpunkte sich aus dem ergeben, worunter wir zu leiden haben. Versuche, diese Ansatzpunkte praktisch auszubauen, können viel dazu beitragen, die eingangs erwähnte Unzufriedenheit aus ihrer Ratlosigkeit zu führen.

Der Kampf hat dann eine Perspektive, wenn die Ansprüche sich nicht auf Geld und das Verlangen staatlicher Regulierungen beschränken, sondern den Zugang zu stofflichen Ressourcen und die autonome Gestaltung menschlicher Lebenszeit ins Auge fassen. Rentabilität und Finanzierbarkeit sind als Kriterien zu demontieren, als widersinnig, ökologisch verheerend und selbst die einfachsten menschlichen Überlebensbedürfnisse ignorierend anzugreifen. Es gilt die Frage zu stellen und zum Gegenstand einer breiten Auseinanderzusetzung zu machen, was ein »Gutes Leben« ist, was wir dazu brauchen und tun müssen und zunächst einmal und vor allem: was wir dafür auf keinen Fall länger tun und verschwenden dürfen.

Eine Bewegung, die so agiert, wird Kraft gewinnen, wenn sie selber konkrete Schritte unternimmt, den wertvermittelten gesellschaftlichen Zusammenhang (Geld, Markt, Konkurrenz, Politik, Staat etc.) in einen direkten, kommunikativen, persönlichen und persönlich verantworteten zu verwandeln; wenn sie sich daran macht, die für ein »Gutes Leben« nötigen, heute von der Verwertung beschlagnahmten und vergeudeten bzw. stillgelegten materiellen und geistigen Ressourcen schrittweise selbst in die Hand zu bekommen und kooperativ zu nutzen, neu zu gestalten und zu entwickeln. Pointiert gesagt, brauchen wir nicht einfach eine Widerstandsbewegung, sondern eine globale Aneignungsbewegung.

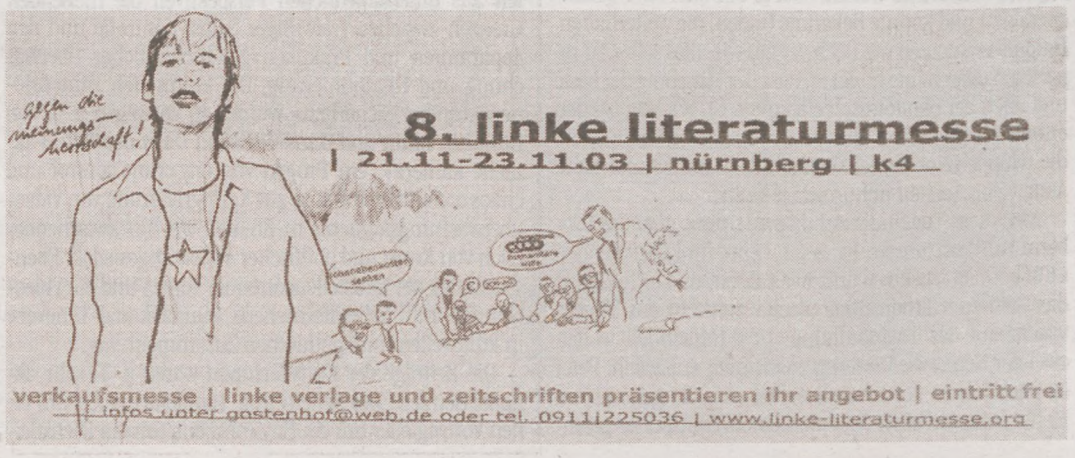
Dass jeder Erfolg in dieser Richtung die Wirtschaft schädigt, den Staat schwächt und die Krise vertieft, ist klar und kann niemanden schrecken, der aus diesen Beziehungen herauskommen will: Statt Arbeit für den abstrakten Zweck der Geldvermehrung sinnvolle Tätigkeit für die gemeinsame Gestaltung des Lebens – vom alltäglichen Umkreis bis auf die Ebene des ganzen Planeten.

Was es für den skizzierten Bruch mit den bankrotten gesellschaftlichen Beziehungen und den dazu gehörenden Gedanken braucht, ist geistige Auseinandersetzung und jede Menge Experimente. Und das nicht erst morgen, sondern jetzt.●

Lorenz Glatz lebt in Wien und ist Redakteur der »Streifzüge« ( www.streifzuege.org ). Der hier gekürzte Artikel erschien in der Nr. 2/03.

Anzeige

Anzeige



DIE »SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE MÜLHEIM«

# Selbstbestimmt leben und lernen

**Gunnar ist neu bei der Kölner »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« (SSM). Vor einiger Zeit lebte er noch in seinem alten Fiat, weil er es in seinem Elternhaus nicht mehr ausgehalten hatte. Als es draußen zu kalt wurde, kam er in eine der täglichen Morgensitzungen unserer Selbsthilfegruppe. Er hatte im »Querkopf«, einer Zeitung von Obdachlosen, gelesen, dass man bei uns wohnen und mitarbeiten könne.**

Foto: Dorothea Weisel

**Heinz Weinhausen, Redaktion Köln, Mitglied der SSM** ● Ranne erklärte ihm die SSM. »Wir sind hier 20 Leute auf dem alten Fabrikgelände, und jeder hat hier sein Zimmer oder seine Wohnung. Wir haben keinen Chef. Alles, was die Gruppe angeht, wird auf unseren täglichen Sitzungen besprochen und entschieden. Mit unserem LKW verdienen wir Geld durch Umzüge und Wohnungsauflösungen. Wenn die entsorgten Möbel und der Hausrat noch gut erhalten sind, verkaufen wir sie im Laden. Bei uns wird aber auch die Selbstversorgung groß geschrieben.«

»Selbstversorgung, was heißt das denn?«, will Gunnar wissen. »Die Wohnungen haben wir uns selber ausgebaut und halten sie instand. Das Holz zum Heizen sägen wir selbst, und meistens finden wir unsere Kleidung, Möbel und Küchengeräte bei den gespendeten oder entrümpelten Sachen. Montags bis freitags gibt es ein gemeinsames Mittagessen. Bei uns gilt alles, was der Gruppe wichtig ist, als Arbeit, nicht nur das Geldverdienen. Also nicht nur die Umzüge, die Haushaltsauflösungen oder der Ladendienst, auch das Betreuen der Kinder ist Arbeit oder wenn jemand den Hof kehrt, Blumen pflanzt oder sich in einer Stadtteilinitiative engagiert. Wir nennen unser Konzept »Neue Arbeit«: jede und jeder soll nicht nur Geld verdienen, sondern auch Eigenarbeit machen und sich im Stadtteil oder für neue Projekte engagieren. (Exkurs: Im Sinne der Dialektik lautet unser Motto zur Aufhebung der Arbeit: Wenn alles Arbeit ist, ist gleichzeitig nichts mehr Arbeit.)

Wir wollen unabhängig sein, daher nehmen wir keine Sozialhilfe und ABM-Mittel. Jedes Mitglied bekommt ein gleiches Taschengeld. Bei uns kann jeder mitmachen, egal ob Ausbildung oder keine. Auch Behinderte können mitmachen. Zur Zeit sind hier Freddy und Pit, die beide geistig behindert sind. Wir erwarten also keine olympiareifen Leistungen, wohl aber, dass sich jeder seinen Möglichkeiten entsprechend einbringt. Du hast Glück. Zur Zeit haben wir ein Zimmer frei. Du kannst direkt mitmachen und sehen, ob das hier für Dich passend ist.«

Ein paar Tage später ist die große Dienstagssitzung. Gunnar berichtet, wie der Tag gestern beim Umzug mit den anderen vier gelaufen ist. Es war alles okay. Beim nächsten Punkt »Arbeitsverteilung« ist nichts mehr okay. Wer hat für den Nachmittag eine Möbelauslieferung mit dem LKW ausgemacht, obwohl doch klar ist, dass Detlef dienstags immer das Fahrzeug inspiziert? Seit mehr als einem Jahr gibt es immer wieder eine Behinderung seiner Arbeit dadurch, dass der LKW während der Wartungszeit raus soll. Wenn aber nicht regelmäßig Öl, Luft und Bremsen kontrolliert werden, die Achsen nicht abgeschmiert werden, nicht kleinere Reparaturen durchgeführt werden, wird er bald hinüber sein. Und regelmäßig eine Werkstatt dafür zu beauftragen, würde unsere Kasse sprengen. Detlef hat diesmal endgültig die Faxen dicke. Er habe schon vor einem Jahr gesagt, dass jetzt mal andere mit dieser Arbeit dran seien. Er brauche die Zeit dringend für andere Aufgaben. Und ab sofort mache er die Wartung nicht mehr. Er sei allenfalls bereit, jemand anders einzuarbeiten.

Aber wer macht es? Niemand meldet sich. Die Stimmung sinkt. Von den Neuen traut sich keiner diese so wichtige Aufgabe zu. Und diejenigen, die länger dabei sind, haben sich in bestimmte für die Gruppe wichtige Bereiche eingearbeitet und wollen nicht wechseln. Reinhard hat beispielsweise angefangen, in einem der Gebäude Doppelfenster zu schreinern und einzubauen. Rainer schreibt an seiner Doktorarbeit zu »Neuer Arbeit«. Gisela und Michael engagieren sich in der neuen Stadtteilgenossenschaft »WiWAt«. Heinz betreut die Computer und macht beim »Institut für Neue Arbeit« mit.

Rainer erzählt, wie er den ersten LKW der SSM gewartet und vieles repariert hat. Die Voraussetzungen dazu waren bescheiden, als Student damals verfügte er über wenig handwerkliches Wissen. Aber er biss sich rein, las Bücher dazu und konnte Bekannte finden, die weiterhalfen. Damals versuchten wir noch, so gut wie alles selbst zu reparieren. Aber heute findet er, dass der Mittelweg der beste und auch der ökonomisch effektivste ist. Wichtig ist, den ersten Schritt zu tun. Alles andere findet sich dann. Und die Gruppe zeigt ja viel Verständnis, wenn es mal hakt. Auch wenn Sachen richtig schief gehen.

An diesem Tag findet sich keine Lösung. Aber das Problem rührt an unsere Existenz. Ohne funktionierenden LKW können wir keine Aufträge fahren, und es fehlt uns das Geld zum Leben. Eine Woche später ist das Thema wieder auf der Tagesordnung. Und tatsächlich wollen zwei der Neuen die Wartung zusammen anpacken. Peter ist nach Jahren der Arbeitslosigkeit zur SSM gekommen. Er hat früher in einer Spedition einen Transporter gefahren. Aber um den Wagen brauchte er sich nie zu kümmern. Obwohl er sich die LKW-Wartung nicht richtig zutraut, hat er erkannt, dass es auf ihn ankommt. Er ist bereit, ins unbekannte Wasser zu springen. Sascha geht mit seinen noch jungen Jahren unbefangener an Neues heran. Er hat auch schon vor Wochen begonnen zu lernen, wie ein Computer bedient wird.

Lernen, sich entfalten, sich weiterbilden geschieht bei der SSM aus vielerlei Motiven und auf vielerlei Wegen. Wenn jemand einen Garten anlegt und pflegt oder einen Proberaum zum Musizieren einrichtet, stecken dahinter Lust und Interesse. Zum anderen sind es die Erfordernisse und die selbstgesetzten Ziele der Gruppe, die eine Weiterentwicklung der Fähigkeiten mit sich bringen. Da gilt es einfach anzufangen und die Hürden nach und nach zu nehmen. Wie dies bewältigt wird, ist jedoch verschieden, und jeder bestimmt für sich selbst, ob er Bücher wälzt, Freunde um Rat fragt oder sich Wissen in einem Kurs aneignet. Einige haben auch eine Ausbildung gemacht oder studiert, bevor sie zur Gruppe kamen, und bringen ihre Fähigkeiten mit ein. Aber es gibt auch das herkömmliche Lernen. Asia schließt gerade ihr Linguistik-Studium ab. Und Clemens machte bei der SSM seinen Praxisteil für eine Ausbildung.

Die SSM zeigt in den vielen Jahren seit ihrer Gründung im Jahre 1979, dass auch ein Arbeiten ohne Chef möglich ist und dass im selbstbestimmten Miteinander für jeden Chancen zur Selbstentfaltung entstehen. So muss niemand die ganze Woche dasselbe machen. Jeder kann und soll zwischen verschiedenen Arbeitsfeldern wechseln. Jeder kann ein Stück weit machen, was er wirklich will. Und das gilt für Menschen aller gesellschaftlichen Schichten, jeden Alters, auch und gerade für Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Andererseits schließt diese Form des Arbeitens auch mit ein, eine ganze Menge Reibungen auf sich zu nehmen, die zum Beispiel entstehen, wenn Absprachen und Zusagen untereinander nicht eingehalten werden. So muss etliches an Problemen in den täglichen Sitzungen besprochen werden. Vieles kann dann wieder ins Lot gebracht werden. An dieser Stelle zeigt sich auch, dass nicht nur die einzelnen dazulernen, sondern auch die Gruppe als ganze, insbesondere bei der Bewältigung von Konflikten.

Selbstbestimmtes, selbstorganisiertes Arbeiten und Leben sind auch an anderen Orten möglich. Dazu braucht es allerdings besondere Voraussetzungen. Neben einem Anteil von Selbstversorgung sind es erschwingliches Wohnen und preiswerte betriebliche Bedingungen, so dass eine Gruppe auch mit weniger Umsatz über die Runden kommen kann. Bei der SSM ist es so, dass die Stadt Köln ihr ein ehemaliges Fabrikgelände mit vier Gebäuden sehr günstig vermietet hat, sowohl zum Wohnen als auch für die gewerbliche Nutzung.. Andererseits hat die öffentliche Hand auch viel davon, weil wir nicht wenige aus der Sozialhilfe und der Arbeitslosigkeit rausgeholt haben. Wer hätte das gedacht? Menschenwürdiges Arbeiten »rechnet« sich für die Gesellschaft.

Die SSM ist ein offenes Projekt. Wir laden dazu ein, eine Woche bei uns einzutauchen und mitzumachen.●

**Kontakt:**
Sozialistische Selbsthilfe Mülheim, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln, Tel. (02 21) 640 31 52

KULTURZENTRUM SCHLACHTHOF BREMEN: INNERE SICHERHEIT IM STÄDTISCHEN RAUM

# Safety First

**Bremen, 2000**

Das Thema Sicherheit beschäftigt viele Menschen: Der Innensenator arbeitet seit Monaten am neuen Bremer Polizeigesetz und überlegt, welche Gefahrenzonen der Stadt dann videoüberwacht werden können. Derweil führte RTL die ersten Laborversuche zur Dauerbeobachtung – diesmal an Menschen – durch. Im Stadtteil Tenever wird die flächendeckend geplante Videoüberwachung nun doch nicht durchgeführt. Wohl scheint es der GeWoBa zu widersinnig, ein durch Spekulantenwillkür herunter gekommenes Wohnviertel vor jugendlichen Vandalen zu schützen. In den sauber geputzten und privat bewachten (Innen-)Städten, zwischen nanunana und joop, macht sich eine spießbürgerliche Miefigkeit breit, die für die Zukunft der Stadt als kulturellem Schmelztiegel nur Furchtbares ahnen lässt. Sicherheit ist aber nicht nur das Profilierungsthema Nr. 1 in Politik und Werbung, sondern auch ein existenzielles Grundbedürfnis. Die Sicherheit der körperlichen Unversehrtheit, die Sicherheit vor Krieg und Gewalt scheint uns selbstverständlich – ein paar Länder weiter sieht es anders aus. Zufluchtsort zu bieten für Menschen, die Sicherheit brauchen sowie existentielle Sicherheiten für die Zukunft und für die Lebensplanung zu schaffen – das wären die eigentlichen Aufgaben von Sicherheitspolitik und Gesellschaft.

Mit dem Projekt »Safety first« zeigte der Schlachthof im Herbst 2000 politische und künstlerische, gesellschaftliche und kulturelle Schnittmengen auf. In einer Ausstellung waren künstlerische Positionen zum Thema Sicherheit zu sehen. Begleitende Vorträge und Filme beleuchteten aus unterschiedlichen Perspektiven die fließenden Grenzen zwischen freiwilliger Selbst-Kontrolle und den Apparaturen und Praktiken gesellschaftlicher Überwachung und Disziplinierung. Die kulturellen Dimensionen »Innerer Sicherheit« wurden in Vorträgen u. a. von Elisabeth Blum und Hans-Christian Dany deutlich. »aktuelle kamera«, ein Projekt von city.crime.control und chaos computer club u. a. zur Kartografierung von Videoüberwachungskameras in Bremen war im Zwischenbereich von Kunst und politischer Aktion angesiedelt. Ebenso standen der Baustellencontainer von c3 und die Videobeiträge des Stadtteilfernsehens »Quaakkanal-Tenever« in kulturellem und politischen Zusammenhang.

Die Beiträge der KünstlerInnen waren z. T. sehr aktionsorientiert. Der Schein trog: Handelte es sich um einen Vortrag oder um ein Environment, um ein Dienstleistungsgewerbe zur Vermittlung von Bodyguards oder etwa um funktionale Sicherheitskleidung?

Arbeitslosenzentrum Tenever: Videomaterial zum Thema Sicherheit

Aus: Dokumentation des Projekts safity first

**Bremen, 2003**

Im diesem Sommer fand »safety first« eine Fortsetzung. In der Gesellschaft »Free Culture«, Pushkinskaja 10, einem Zentrum der freien Kunstszene in St. Petersburg, werden seit 1995 unter dem Titel »Interspirale« Ausstellungen mit europäischen Kulturzentren organisiert. Vom 24. 6. bis 6. 7. 2003 waren Arbeiten von Jörg Coblenz und Ulf Treger zu sehen, die im Rahmen von »safety first« erstmals gezeigt wurden. Sie thematisieren die Möglichkeiten der Gentechnik für die Programmierung des Menschen und reflektieren den Einsatz von Video- und Datenüberwachung im öffentlichen Raum. Im nächsten Jahr soll der Austausch, dessen Hintergrund die Kooperation beider Kulturzentren im Europäischen Netzwerk Trans Europe Halles (TEH) ist, mit einem Gegenbesuch von KünstlerInnen aus St. Petersburg fortgesetzt werden.

**Bremen, 2004**

Im Rahmen des Projektes »Tourist City – Künstlerische Entdeckungsreisen zu virtuellen und realen Orten« lädt das Kulturzentrum Schlachthof Künstler und Stadtplaner, Ureinwohner und Kosmopoliten, Reisejournalisten und Tourismuskritiker, auch Kunst- und Kulturzentren des TEH und aus Bremens Partnerstädten Riga und Danzig, ein, ihre touristische Sicht auf Bremen jenseits von Vermarktungsinteressen in künstlerischen oder theoretischen Beiträgen zu präsentieren.●

Projektdokumentation 2000 und Ausschreibungsunterlagen für das Projekt 2004 sind erhältlich bei:
Kulturzentrum Schlachthof, Findorffstr. 51
D-28215 Bremen, Tel. (04 21) 3 77 75-0
E-Mail: info@schlachthof-bremen.de
Web: www. schlachthof-bremen.de

Aus: Informationsdienst Soziokultur Nr. 52/2003

KURZE IDEENGESCHICHTE

# Mietshäuser Syndikat

# 2019 – Der Ausgangspunkt liegt in der Zukunft

**Was machen wir in 30 Jahren, wenn unser Hausprojekt – »das Grether« – den größten Teil der Kauf- und Baukredite getilgt hat? Die Frage – gestellt vor nunmehr 15 Jahren – war rhetorisch, die Antwort klar: Die Miete senken! Doch es sollte anders kommen.**

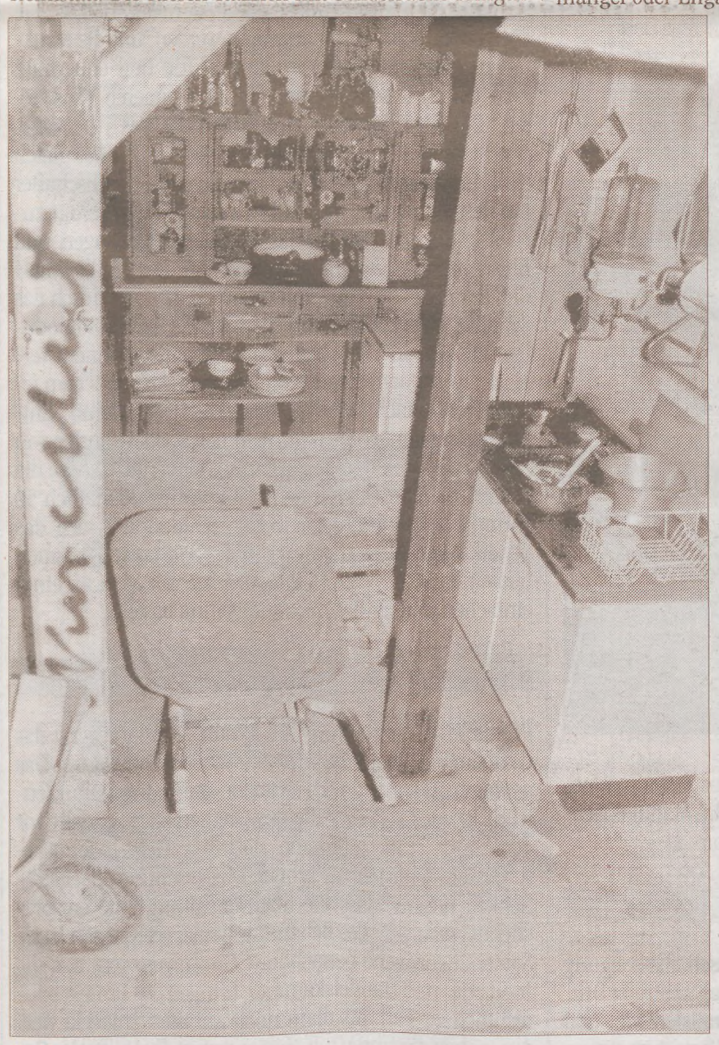
Stefan Rost, Mietshäuser Syndikat

## Kampfmauern und Risikokapital

Freiburg im Breisgau, wir schreiben das Jahr 1989. Bereits zehn Jahre Häuser- und Mietkampfgeschichte liegen hinter uns. Davon fünf Jahre wechselhafte Auseinandersetzungen um den Erhalt der ehemaligen Grether'schen Fabrik. Die befindet sich in Freiburgs einzigem offiziellen Sanierungsgebiet, auf 5.200 qm städtebaulichem Filetgrundstück direkt am Bahnhof und am Rand der Innenstadt. Der Gemeinderatsbeschluss von 1983, ein kleines Wunder, beendet vorläufig die jahrelange Androhung der Zwangsräumung durch die Grundstückseigentümerin. Es folgen fünf Jahre »Kampfmauern«: Die Grether-Baukooperative verbaut rund 500.000 DM Baukredite und viel unbezahlte Eigenleistung in die ehemalige Maschinenhalle (heute »Grether West«), in ein Gebäude, das ihr nicht gehört. Die 500.000 DM echtes »Risikokapital« stammen von solidarischen DarlehensgeberInnen.

## Unerwünschte Investoren

Das Haus gehört seit 83 der Stadt Freiburg, deren Verwaltung beharrlich alles dransetzt, die unerwünschten Investoren doch noch auszuhebeln – trotz anderslautenden Gemeinderatsbeschlüssen und parallelen Kaufverhandlungen. Es wird weiter gebaut. Die Grether-Pioniere ziehen in die ersten Wohnungen. Das damals illegale erste Freie Radio Dreyeckland findet eine halbwegs sichere Heimstatt. Die Riesen-Razzien mit Sendersuche bringen



Nur Mut

verstärkte Aufmerksamkeit. Das Strandcafé entwickelt sich zum Szenetreff und wird von den Behörden als illegale Gaststätte taxiert. 1986 schließlich tritt der Regierungspräsident persönlich auf den Plan und verlangt in einem detaillierten Maßnahmenkatalog von der Stadt, dem radikalen Treiben ein Ende und die Baukooperative an die Luft zu setzen.

## Noch mal gut gegangen

Der Präsident scheitert. Die Geschichte endet gut. Die Vertreter der Stadt Freiburg und der Grether-Baukooperative unterschreiben Ende 1987 beim Notar einen ganz passablen Vertrag über ein Erbbaurecht inklusive Gebäudekauf, mit einer unvorstellbar langen Laufzeit bis zum 31.12.2062. Und es werden die langgeforderten Fördermittel für sozialen Wohnungsbau zugeteilt. Die Grethers bauen weiter. Doch die letzten Raten der Fördermittel sind noch nicht abgerufen, da taucht ein neues Ungeheuer am alternativen Horizont auf. Es ist nicht die Polizeidirektion, nicht die Handwerkskammer, nicht Bauordnungsamt, CDU-Fraktion oder Bankenaufsicht. Es ist das Schwarze Loch.

## Das Schwarze Loch von 1989

Eine aktuelle Bauabrechnung im Sommer 1989 lässt auf eine Kostenüberschreitung von 200.000 DM bis Fertigstellung schließen. Das ist nicht ungewöhnlich: Keine 10%, gemessen am Bauvolumen von 2.400.000 DM, mit dem preisgünstige Wohn- und Gewerberäume auf rund 1.700 qm Nutzfläche geschaffen werden. Die Kostensteigerung liegt auch nur zum kleinen Teil an der langen Bauzeit, die immer mal wieder durch Stress mit der Stadt, Geldmangel oder Engagement der Baugruppe bei Hausbesetzungen außerhalb des Grethers unterbrochen wird. (Schon damals wird emsig am legendären Ruf des Grethers als der längsten Baustelle der Stadt – gleich nach dem Freiburger Münster – gewerkelt.) Aber auch wenn es nur knapp 10% sind: 200.000 DM sind eine Menge Geld und einfach nicht da. Was tun? Eine kleine Arbeitsgruppe nimmt sich des Problems an und nähert sich mutig dem »Schwarzen Loch«, wie die Kostenüberschreitung intern genannt wird und wie auf dem Rücken des Ordners zu lesen ist, in dem die Aufzeichnungen und Arbeitsergebnisse der Gruppe abgeheftet werden.

## Kredit direkt

Erster Vorschlag der Arbeitsgruppe ist, das Finanzierungsloch durch viele kleinere und größere Privatdarlehen aufzufüllen, die ab sofort offensiv bei UnterstützerInnen im Umfeld des Projektes geworben werden sollen – direkt und ohne eine Bank dazwischen. Denn die regulären Bankzinsen sind in den 80ern exorbitant hoch (8-10%), was die Mieten ins Unbezahlbare steigen ließe. Und die Freiburger Banken beäugen das Grether misstrauisch, was ganz auf Gegenseitigkeit beruht. Außerdem sind Privatdarlehen kein neues Finanzierungsmittel, sondern von Anfang an der solide Grundstock der Projektfinanzierung. Durch den Kampf um »Staatsknete« – Fördermittel des sozialen Wohnungsbaus und Sanierungszuschüsse – sind sie in den Hintergrund getreten. Das wird geändert: Der »Direktkredit« wird zum Markenzeichen des Grethers und der späteren Syndikatsprojekte.

## Ein Abfallprodukt mit Folgen

Die Kreditwerbung soll außerdem verbunden werden mit einer neuen Ausrichtung des Projekts nach dem Motto: »Ihr gebt dem Projekt zinslose oder zinsgünstige Kredite. Wir verpflichten uns, diese Unterstützung nicht in unserem Projekt versickern zu lassen, sondern an neue Projekte weiter zu leiten.« Was soll das? Diesem zweiten Vorschlag der Arbeitsgruppe liegt eine eher zufällige Entdekkung zu Grunde, ein Abfallprodukt. Denn es erfüllt ganz und gar nicht die Aufgabe, Geld fürs Bauprojekt zu beschaffen. Im Gegenteil: Das Grether-Projekt, das unter chronischem Geldmangel gepaart mit unverwüstlichem Optimismus leidet, soll paradoxerweise auch noch Geld abführen: in einen sogenannten Solidarfonds. Was hat die Schwarze-Loch-Gruppe aus der Kurve getragen? Das fragt sich mancher auf dem Plenum, wo im Herbst 89 die frischgebackene Solidarfonds-Idee zur Diskussion gestellt wird.

## Eine Frage der Perspektive

Keineswegs neu ist der ökonomische Sachverhalt, an dem die Solidarfondsidee ansetzt: Mit der allmählichen Tilgung der Bau- und Kaufkredite sinkt Jahr für Jahr die Zinslast für das Projekt. Nach etwa 2-3 Jahrzehnten müsste die Kostenmiete nur noch die Bewirtschaftungskosten (Instandhaltung, Verwaltung etc.) abdecken; aber keinen Pfennig mehr für Kapitalkosten ausweisen, die in der Regel 60-80% der Miete ausmachen. Das ist allen bekannt und die Zukunftshoffnung jedes Häuslebauers. Es war ein Zufall: Bei der x-ten Überarbeitung des Finanzierungsplanes blitzt in der Schwarzen-Loch-Gruppe ein neuer Gedankengang auf, der bei der starken Fixierung auf das eigene Hausprojekt und seine Anlaufschwierigkeiten keinen Raum hat: ein Perspektivwechsel, der andere Hausprojekte mit einbezieht:

- Wir können den ökonomischen Spielraum, der durch sinkende Zinslast entsteht, für den Anschub anderer neuer Hausprojekte benutzen; d.h. ihnen unsere Überschüsse als Kapital zur Verfügung stellen, damit sie die große Hürde der Gründung leichter überwinden können.
- Die neuen Hausprojekte verhalten sich nach ihrer Aufbauphase genauso und transferieren wie unser Projekt ihre wachsenden Überschüsse wiederum an neue Initiativen. Und so weiter.
- Aus Gründen der Übersichtlichkeit fließen die Überschüsse in einen einzigen gemeinsamen Topf, den Solidarfonds, der die Transferzahlungen organisiert, der sich immer wieder auffüllt und immer mehr anfüllt.

## Kostenmiete versus Solidarmiete

Gegen die Fondsidee wird der naheliegende Einwand vorgebracht, nach Stress und Mühen der Anfangsjahre die wohlverdienten Früchte eines konsolidierten Wohnprojektes in Form einer niedrigen und auch sinkenden Kostenmiete genießen zu können, d.h. weniger Lohnarbeit leisten zu müssen. Weiter wird kritisiert, das Grether habe in den öffentlichen politischen Auseinandersetzungen um Stadtentwicklung und kapitalistischer Umstrukturierung der Städte stets mit der einzelhausbezogenen Kostenmiete argumentiert, die tendenziell geringer wird; und kann jetzt nicht zum Gegenteil umschwenken. Ganz zu schweigen von der Hausbesetzungsperspektive, umsonst zu wohnen. Ein dritter Einwand gegen die Fondsidee ist die extrem lange Anlaufzeit von Jahrzehnten, bis das Projekt überhaupt entschuldet ist und in den Fonds einzahlen kann: Im konkreten Fall Grether West also erst im Jahre 2019. Das führt zum Vorschlag, nicht so lange zu warten, sondern von Anfang an einen wenn auch symbolischen kleinen Solidarbeitrag als Merkposten in den Fonds zu zahlen.

## Lebenslänglich Bauarbeit ?

Trotz der Gegenargumente fällt die Fondsidee auf fruchtbaren Boden. Sie fließt direkt in die aktuelle Diskussion um die Zukunft des Gretherprojekts ein, die seit Frühjahr 89 geführt und die durch das Auftauchen des Schwarzen Lochs stärker existenzielle Fragen und Ängste thematisiert. Wie wird es nach der Fertigstellung des letzten Bauabschnitts weiter gehen? Zwar ist die Meinung in der Szene weit verbreitet, dass das Grether nur aufgrund der einmaligen politischen Konstellation in den Hochzeiten des Häuserkampfes 80/81 entstehen konnte und nicht wiederholbar ist. Aber war's das? Wird sich die Pioniergeneration abgearbeitet und zufrieden zurücklehnen im Bewußtsein, ein selbstorganisiertes Refugium in Freiburgs bester Lage erstritten und gestaltet zu haben: gegen Grundeigentümer, Stadtverwaltung und Kapitalverwertungszwänge? Andererseits: Niemand ist zu lebenslänglich Häuserkampf und Bauarbeit verurteilt worden. Und wir sind uns einig, dass selbstorganisiertes MieterInnendasein nicht zur Hauptbeschäftigung ausarten sollte. Das Leben ist bunt, wir alle haben verschiedene Lebensphasen. Es gibt noch andere gesellschaftliche Brennpunkte, Projekte und »Baustellen«. Das Solidarfondskonzept bietet eine attraktive Perspektive: Ohne sich immer wieder dem ungefilterten Stress einer Anfangsphase auszusetzen, kann das Gretherprojekt die politische Durchsetzung und den Aufbau neuer Mietshausprojekte unterstützen und daran teilhaben: Outsourcing.

Fortsetzung Seite 8

## HÄUSER & PROJEKTE

Grether West, Freiburg

Grether Ost, Freiburg

Grether Süd, Freiburg

SUSI, Freiburg

Rennerstr. 12, Freiburg

FORTSETZUNG VON SEITE 7

# Mietshäuser Syndikat

## Aktion Mietersolidarität

Mit entscheidend für die Bereitschaft, sich auf das Solidarfondskonzept einzulassen, ist eine starke ideelle Prägung des Projekts durch die Teilnahme an der Aktion Mietersolidarität ab 1995. Sie ist der leider gescheiterte Versuch, die unterschiedlichen Situation von Menschen im Mietshausbereich auf einen politischen Nenner zu bringen und gemeinsam Widerstand zu organisieren: besetzte Häuser; Wohnungen, deren MieterInnen durch Abriss, Kündigung, Sanierung oder Mieterhöhung bedroht sind; Initiativen von Haus- und Wohnungssuchenden; und selbstorganisierte Mietshausprojekte. Die Idee der Aktion Mietersolidarität als ein offener, hausübergreifender Solidarzusammenschluss verbindet sich mit der neuen Solidarfondsidee. Aus der Aktion Mietersolidarität stammt das universalistische Element des späteren Mietshäuser Syndikats: »Der Verein Mietshäuser Syndikat ist ein Solidarzusammenschluss im Mietshausbereich. Es ist gemeinsames Ziel aller Vereinsmitglieder, die Entstehung selbstorganisierter Mietshausprojekte zu unterstützen und politisch durchzusetzen: Menschenwürdiger Wohnraum, das Dach überm Kopf, für alle.« So das Statut, das 1992 zum ersten Mal schriftlich abgefasst wird. Das Syndikat ist also keine geschlossene Veranstaltung, sondern prinzipiell offen für neue Hausinitiativen. Die Solidarfondsidee steuert zur ideellen Zielsetzung der Aktion Mietersolidarität die ökonomische Dimension und Verbindlichkeit mit bei: Es geht um Kaufen als Perspektive, d.h. um richtiges Geld, Häuser und Grundstücke und um deren Organisation.

Grether West, Freiburg: Alte Bauküche

## Identitäten

Doch sind sehr unterschiedliche Hausprojekte beteiligt, mit unterschiedlichen Ideen, wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Situationen vor Ort; mit unterschiedlichen Prägungen durch die eigene Gruppengeschichte und Selbstverwaltungskultur; Projekte also mit sehr ausgeprägter eigener Identität. Sie alle müssen zwar nicht auf einen Nenner gebracht werden (eine schreckliche Vorstellung), aber sie müssen sich auf einen gemeinsamen Berührungspunkt einlassen, das Solidarfondsprinzip. Spätestens hier stellt sich die erschlagende Frage nach der Organisationsform. Schon beim einzelnen Hausprojekt ist sie nicht leicht zu finden. Außerdem soll die Organisation einfach sein und auch – oder gerade – unter kapitalistischen Bedingungen dauerhaft funktionieren. Welche Rechtsform hat denn ein »Solidarzusammenschluss«? Welche ein »Solidarfondsvermögen«? Die Suche nach einer passenden Organisationsform sollte wieder Jahre dauern. Trotzdem wird die Solidarfonds-Perspektive bereits 1989 prinzipiell vom Gretherplenum gutgeheißen und zum festen Bestandteil der Außendarstellung des Projekts. Leicht zu vermitteln ist sie aber nicht, sondern wird vom Umfeld eher als exotische Eigenheit der Grethers in Kauf genommen. Das Schwarze Loch aber füllt sich mit den erhofften Direktkrediten auf, es wird weiter gebaut.

Grether Ost, Freiburg: Baupause

## Auf fremden Pfaden

So heißt ein Leitfaden der Rechtsformen für Alternativbetriebe (erschienen 1986), der uns 1992 entscheidende Impulse liefert. Der Verfasser Matthias Neuling betrachtet an Hand von historischen Beispielen, wie ursprünglich sozialistisch und kollektiv angelegte Genossenschaften irgendwann zu kapitalistischen und privatnützigen Unternehmungen deformieren. Er stellt fest, dass die Verankerung nicht-kapitalistischer Zwecke in der Satzung der Genossenschaft zunächst durchaus wirksam ist. Aber Jahre oder Jahrzehnte nach der idealistischen Pioniergeneration haben sich nicht nur die GenossInnen geändert, sondern oft auch die Zielvorstellungen. Geändert hat sich auch das Firmenvermögen: die Immobilien im Genossenschaftsbesitz sind weitgehend entschuldet, während ihr Marktwert zusätzlich immer stärker anwächst. Eines aber ist geblieben: Die Möglichkeit, die Häuser entsprechend ihrem Marktwert verkaufen und privatisieren zu können. Denn die Sperre durch Satzungsbestimmungen kann mit qualifizierter Mehrheit der GenossInnen aufgehoben und abgeändert werden. »Diese Phänomene treten nach den Erfahrungen besonders in der 'zweiten Generation' auf, wenn also die Gründungsmitglieder ausgeschieden oder von neuen Mitgliedern majorisiert sind.« (M. Neuling) Gerade bei Genossenschaften, die längst den Anschluss an aktuelle soziale Bewegungen verloren haben und selbstbezogen vor sich hin dümpeln, ist die Versuchung nicht zu unterschätzen: Eine zufällige NutzerInnengeneration reißt sich unter den Nagel, was über viele Jahre und mit der Solidarität vieler Menschen für eine dauerhafte soziale und kollektive Nutzung aufgebaut worden ist. Doch das Recht jeder Vereinigung zur Änderung ihrer Satzung (»Grundsatz der Privatautonomie«) läßt sich juristisch nicht aushebeln. Matthias Neuling schlägt deshalb folgendes Modell vor:

## Außenstehende, neutrale Dritte

»Nach den Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung erscheint es möglich, dass das Einbeziehen neutraler Dritter einen Weg darstellt, kapitalneutralisierende und selbstverwaltete Strukturen zu sichern. Dies ist zu erwarten, weil Menschen, die nicht in den betrieblichen Alltagszwängen des Projektes eingebunden sind, und zu dem keine eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgen, aus der Distanz heraus leichter Veränderungen im moral-politischen Konsens entdecken und dagegen intervenieren können. Jedoch: Jedes Einwirken Dritter widerspricht grundsätzlich den Prinzipien der Selbstverwaltung. Zwischen beiden Anforderungen ist daher ein Ausgleich zu suchen, in dem neutralen Dritten nur insoweit Befugnisse eingeräumt werden, als sie zur Sicherung der beiden grundsätzlichen Strukturmerkmale erforderlich sind...Den Anknüpfungspunkt für einen derartigen Ausgleich bietet die Unterscheidung zwischen den Grundlagenentscheidungen und der geschäftsführenden Tätigkeit...Die konkrete Ausgestaltung dieses Modells sieht nun vor, dass das Recht zur Geschäftsführung in der unantastbaren Autonomie der Projektmitglieder liegt...Möchten die Projektmitglieder jedoch Veränderungen an den Grundlagen ihres Betriebskonzeptes vornehmen, so sind sie auf die Mitwirkung der neutralen Dritten angewiesen. Diese Neutralen haben damit eine Wächterfunktion, auch langfristig die Sicherstellung der Prinzipien alternativer Ökonomie zu gewährleisten.« *(M. Neuling)*

## Eine erzkapitalistische Rechtsform

Die Idee ist schlüssig, und die Rolle der neutralen Dritten passt wie angegossen zu unserer Idee einer eigenen Körperschaft als projektübergreifender Solidarzusammenschluss, dem Mietshäuser Syndikat. Zunächst aber müssen wir uns mit der stark negativ besetzten GmbH als Hausbesitzorganisation anfreunden: Neuling's Untersuchungen überzeugen uns, dass paradoxerweise mit der erzkapitalistischen GmbH das vorgeschlagene Modell konkurrenzlos gut realisiert werden kann. Zwei ideelle Vereine steuern als je ein GmbHGesellschafter die Haus-GmbH. Der Hausverein mit allen MieterInnen im Haus bestimmt alleinig die Geschäftsführung. Das Mietshäuser Syndikat wacht zusammen mit dem Hausverein über die Einhaltung der Grundlagen: Eine Veränderung des status quo wie z.B. Hausverkauf oder Aufteilung in Eigentumswohnungen oder die Änderung des GmbH-Vertrages ist nur möglich, wenn beide Gesellschafter, Hausverein und Syndikat, zustimmen. Aber kein Verein kann den anderen majorisieren. Hausverein und Syndikat sind nicht deckungsgleich. Und je mehr Projekte dem Syndikat beitreten und je mehr Mitglieder das Syndikat umfasst, desto unwahrscheinlicher wird ein Szenario, bei dem sich Hausverein und Syndikat doch noch auf die kapitalistische Verwertung einer wertvollen Immobilie einigen könnten.

## Feste Vernetzung

Indem das Syndikat die Wächterrolle nicht nur bei einem, sondern auch bei anderen Hausprojekten übernimmt, entsteht eine Vernetzung zwischen den einzelnen Projekt-GmbH's. Das Syndikat ist der Knotenpunkt der Struktur, die Projekt-GmbH's sind die Grundmodule. Sie können baukastenartig angebaut werden, um die Struktur zu erweitern. Diese Struktur ist fest und dauerhaft: Kein GmbH-Gesellschafter kann den anderen rauswerfen. Ein Ausstieg eines Gesellschafters aus der Haus-GmbH ist zwar jederzeit möglich, der Anreiz aber gleich Null: Der GmbH-Vertrag legt fest, dass der Gesellschafter nur den Nennwert seiner einbezahlten Stammeinlage zurück erhält. Die Immobilie, die Wertsteigerungen und Entschuldungsgewinne verbleiben in der Haus-GmbH und damit bei dem anderen Gesellschafter. Die durch das Syndikat vernetzte Struktur mit GmbH's als Grundmodulen unterscheidet sich also grundsätzlich von einem vereinsartigen Dachverband von Hausprojekten, bei dem jedes Projekt nach Belieben wieder austreten kann. Entlang dieser GmbH-Struktur wird der Solidartransfer von alten zu neuen Projekten organisiert. Ab 1992 zahlen die MieterInnen im Grether neben ihrer Miete monatlich 50 Pfennig je Quadratmeter in den Solidarfonds, den das Syndikat verwaltet. Allerdings ist der Solidartransfer auch heute noch eine »Baustelle«, auf der wir noch an einer einfachen und zuverlässigen Regelung basteln.

## Grether Ost

Parallel zur Entwicklung der Syndikatstruktur gerät das Grether ab 1990 wieder in stürmischeres Fahrwasser. Das geplante und über Jahre erstrittene alternative KulturZentrum in der Gießereihalle des Grethergeländes steht vor dem Aus. Trotz mehreren positiven Gemeinderatsbeschlüssen stellt sich zur großen Überraschung der Öffentlichkeit heraus, dass die Stadtverwaltung eine entsprechende Änderung des Bebauungsplanes »vergessen hat«. Später zugezogene benachbarte Großinvestoren, u.a. die Industrie- und Handelskammer, bringen das Projekt baurechtlich zu Fall. Als dann noch Altlasten entdeckt werden, stehen die Uhren auf Abriss von fast der Hälfte des Gesamtgeländes. Ich will hier nicht die ganze Geschichte erzählen: Unter dem Label der Grether Ost GmbH, die als erste nach dem neu entwickelten GmbH-Modell konzipiert ist, gelingt es die Pläne der Stadtverwaltung zu durchkreuzen. Das dauert wieder mehrere aufregende Jahre, die bestimmt sind von traditionellem »Kampfmauern« in fremden Gebäuden inklusive Altlastensanierung. 1995 kann schließlich das östliche Grethergelände erworben werden. Das zweite Label, unter dem die Auseinandersetzung geführt wird, ist »Mietshäuser in Selbstorganisation«, wie die Idee des projektübergreifenden Solidarzusammenhangs seit 1990 genannt wird und die 1994 ihren jetzigen Namen erhält: Mietshäuser Syndikat.●

## HÄUSER & PROJEKTE

Grün8, Freiburg

JB9, Freiburg

mark20, Freiburg

Krone, Sulzburg

Alte Tuchfabrik, Staufen

Mietshäuser Syndikat

GRUNDSTRUKTUR

# Mietshäuser Syndikat

# Hütten, Häuser und Kasernen

**Hier haben früher Tagelöhner gelebt, da hat der Kurarzt residiert und dort haben Kadetten für den nächsten Krieg trainiert. Viel haben sie auf den ersten Blick nicht gemeinsam, die kleinen Hütten in Freiburg-Haslach, die Villa in Bad Krozingen und die ehemaligen Kasernengebäude in Tübingen, außer dass die Gebäude alle schon einige Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte auf dem Ziegeldach haben.**

**Doris Schweitzer, Mietshäuser Syndikat** ● Was verbindet der Erwerb einer einzelnen Wohnung mit Platz für 6 Bewohnerinnen, der von 4 Kasernengebäude für 250 Menschen, und der Kauf und Ausbau alter Fabrikgebäude für 56 Menschen zum Wohnen und über 1.000 qm Gewerberaum? Auch hier stechen eher die Unterschiede hervor: eine kleine Wohneinheit in der Freiburger Innenstadt, das SUSI-Projekt mit 45 WG-Wohnungen am Stadtrand, verglichen mit Grether Ost mit Raum für zwei Kindertagesstätten, minirasthaus und MediNetz und vielem mehr in der Nähe des Bahnhofes.

Man könnte einwenden, die genannten Projekte liegen alle im süddeutschen Raum. Doch was haben sie gemein mit der »Fritze GmbH« in Frankfurt, dem Verein »Schwarze Sieben« in Hanau, der Liebig 34, Grünberger 73 und Oranienstraße 45 in Berlin oder der VEB Wohnfabrik in Halberstadt?

Die Gemeinsamkeiten liegen mehr hinter der Fassade, in den Geschichten der Häuser, in der Organisationsstruktur und in den Köpfen der Menschen, die darin wohnen – wie nicht schwer zu erraten handelt es sich bei all diesen um Mietshäuser Syndikats-Projekte.

## Viele Häuser – ein Fundament: Die Grundstruktur

Gemein ist allen Projekten und Projektinitiativen, dass sie als Syndikatsprojekt die Grundstruktur einer Haus-GmbH aufweisen. Sie alle sind selbstorganisiert, bei allen ist das Mietshäuser Syndikat beteiligt und alle haben sich verpflichtet, Beiträge zum gemeinsamen Solidarfonds zu bezahlen.

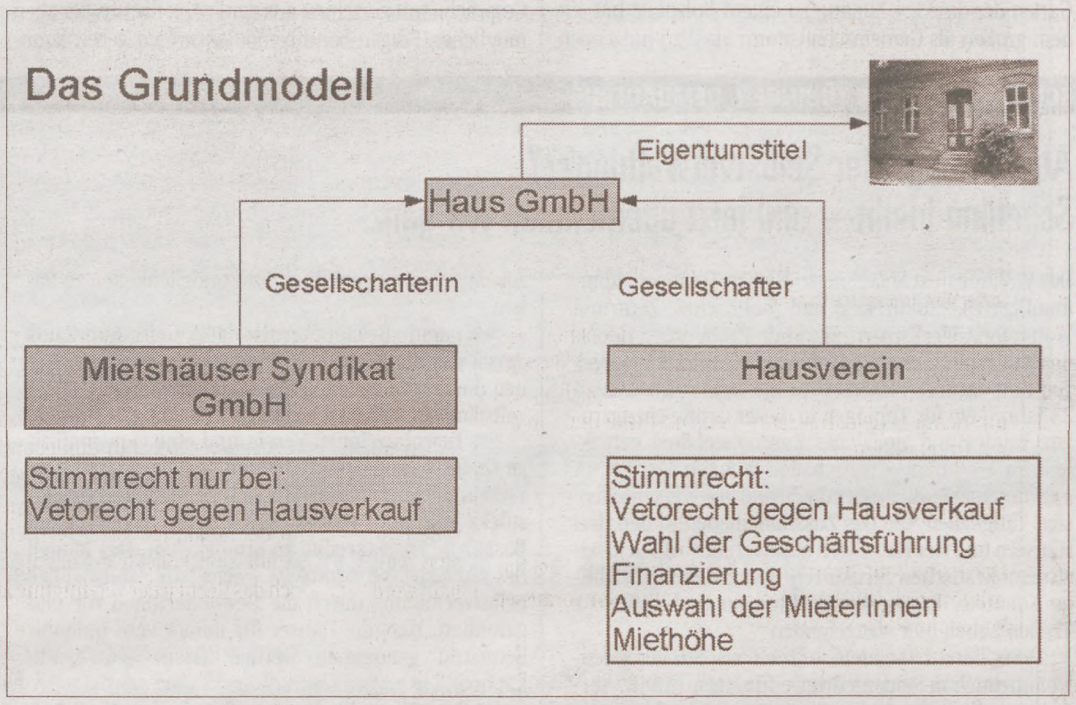
Festgelegt sind die Zuständigkeiten im Gesellschaftsvertrag, ebenso wie die anderen Grundbausteine des Mietshäuser Syndikats: sozialgebundene Vermietung und Verwaltung in Selbstorganisation. Vertragsänderungen können nur von Hausverein und Syndikat gemeinsam erfolgen.

Stichwort Selbstorganisation: Wie hoch ist die Miete, wer zieht ein oder aus, wie wird umgebaut und wie läuft das Leben in Haus und Hof und zwischen den Menschen – darüber entscheiden allein diejenigen, die hier wohnen und arbeiten. Geld besorgen, UnterstützerInnen werben, die Häuser ausbauen und in Stand halten: das alles organisieren die MieterInnen der Hausprojekte selbst. Gemeinsam bilden sie den Hausverein, und der ist Gesellschafter der Haus-GmbH. Diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist Eigentümerin des Hauses und damit Vermieterin.

MieterInnen kommen und gehen – das Haus und die Idee aber sollen bleiben. Deshalb gibt es im Unterschied zu anderen genossenschaftlichen Hausprojekten noch einen zweiten Gesellschafter der GmbH: das Mietshäuser Syndikat. Durch das Vetorecht des Syndikats bei Verkauf und Privatisierung werden Gebäude und Grundstück auf Dauer dem Immobilienmarkt entzogen – das Eigentum ist neutralisiert. Und sollte es doch einmal zwangsweise zu einem Verkauf kommen, wird das Vermögen laut Gesellschaftsvertrag einem Dritten zugesprochen, so dass keiner der Gesellschafter Gewinne einheimsen kann. Diese Gewaltenteilung ist von keiner Seite allein änderbar.

Auch wenn jedes Projekt eine eigenständige GmbH bildet, sind sie doch untereinander verbunden. Der Solidarfonds ist eine der Möglichkeiten, durch die die bereits bestehenden Hausprojekte gemeinsam neue Initiativen unterstützen. Alle MieterInnen von Syndikatsprojekten zahlen einen Solidarbeitrag in diesen Fond ein – das summiert sich seit 1992 auf rund 130.000 Euro. Neue Projekte und Projektinitiativen können dadurch Unterstützung für Beratung und Öffentlichkeitsarbeit erhalten. Und bei der Gründung der Haus-GmbH wird der Syndikatsanteil des Eigenkapitals teilweise aus dem Solidarfonds bezahlt.

Durch die Solibeiträge der MieterInnen und den sogenannten Solidarbeteiligungen, d.h. der Beteiligung teilweise entschuldeter »Alt«projekte als stille Teilhaber an »Neu«projekten, wird ein Geflecht von Verbindungen der Projekte untereinander geschaffen. Eine solche Verflechtung verankert die gemeinsame Idee wesentlich besser als reine Absichtserklärungen in einer Satzung.




## Hoch abstrakt und anschlussfähig

So abstrakt das Grundmodell für die einzelnen Projekte ist, die jeweilige GmbH mit ihren beiden Gesellschaftern Hausverein und Mietshäuser Syndikat, es macht nur geringe strukturelle Vorgaben. Weder die Größe ist entscheidend – theoretisch wäre eine Wohnung für eine Person unter dem Dach des Mietshäuser Syndikats denkbar. Noch die Art der Nutzung unterliegt einer genauen Regelung: zu den Projektinitiativen des Syndikats gehört auch das Freiburger rasthaus. Das Projekt rasthaus ist eine Idee: ein Haus als Anlaufstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen, die in ungesicherten Verhältnissen leben; ein Haus mit Beherbergungsmöglichkeit, Beratung und medizinischer Hilfe, in dem keine Fragen nach Pass oder Aufenthaltsgrund gestellt werden; ein Haus mit Möglichkeiten zur Selbstorganisation.

Billigen Mietraum zu schaffen heißt Raum zu bieten, sowohl für Menschen zum Wohnen, für kleinere Betriebe oder eben auch die Möglichkeit der Idee eines rasthauses.

Die GmbH-Struktur bietet aufgrund der Offenheit Platz für all diese Projekte. Es besteht auch keine Vorgabe über die Art des Erwerbs: Ob eine einzelne Wohnung, Erbbauvertrag oder kompletter Hauskauf – »alles« ist möglich.

Diese Unterschiede zeigt den meist sehr individuellen Charakter der Syndikats-Projekte. Neben der gemeinsamen Idee vom selbstorganisierten Wohnen ist es den einzelnen Projekten möglich, ihre eigenständigen Strukturen und Charaktere aufrechtzuerhalten oder zu entwikkeln. Vielleicht kann diese Eigenschaft des Syndikats, in die einzelnen Projekte mit ihrer Besonderheit und Identität weitest möglich nicht einzugreifen, die Gründung so vieler neuer Hausprojekte in der ganzen Bundesrepublik in den letzten Jahren erklären?●

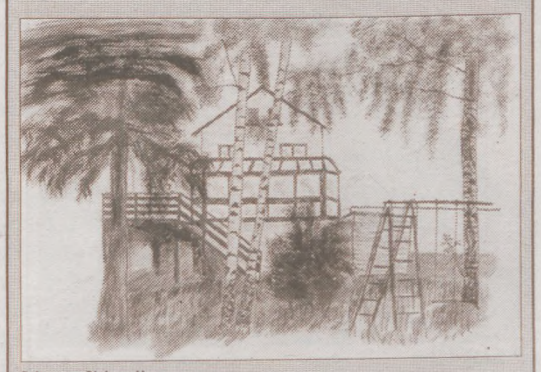
## HÄUSER & PROJEKTE

Villa Nostra, Bad Krozingen

Schellingstraße, Tübingen

Ketzerbach, Marburg

Fritze, Frankfurt/Main


Schwarze Sieben, Hanau

**Zum ersten Mal trafen sich die Projekte des Mietshäuser Syndikats außerhalb von Baden-Württemberg**

# Syndikatsversammlung in Frankfurt/Main

**Der Versammlungsort ist nicht leicht zu finden. Versteckt in einem Industriegelände mitten in Frankfurt/Main, im ersten Stock über einem Getränkegroßhandel, liegt das Mädchen- und Jungenzentrum »Mezzo-Mezzo«. Drumherum Schrebergärten, am nahen Horizont die Skyline der Wolkenkratzer. Hier traf sich am 6. September das Mietshäuser Syndikat, zu seinem ersten Treffen außerhalb von Freiburg.**

**Christoph Villinger** ● Zu Viert rasen wir im ICE aus Berlin nach Frankfurt/Main, eine Vertreterin der Grünberger 73 und wir, drei Vertreter der Oranienstraße 45 in Berlin-Kreuzberg. Als Hausgemeinschaft sind wir schon seit über einem Jahr Mitglied des Mietshäuser Syndikats. Doch jetzt soll es ernst werden, wir wollen den Projektstatus. Der Kauf unseres Hauses steht kurz bevor.

Etwa 30 Leute sitzen um einen großen runden Tisch und stellen sich vor. Man spricht Schwäbisch oder Hessisch. Zahlreich sind die beiden Frankfurter Projekte, die Fritzlaer 18 und die Assi, erschienen. Aus Freiburg sind eigentlich nur die MitarbeiterInnen des Koordinationsrates des Syndikats angereist, die aber nach dem Motto »Ich bin zwei Öltanks« als BewohnerInnen auch etliche Projekte in Freiburg vertreten. Aus Tübingen oder Halberstadt ist niemand da, was uns ein wenig enttäuscht. Doch auch wir waren auf keinem der letzten Treffen in Freiburg; zu gering ist noch der konkrete Bezug und zu hoch der Aufwand einer Reise quer durch die Republik. Umso zahlreicher ist dafür heute die »Schwarze Sieben« aus Hanau erschienen, fünf Frauen und ein Punker sitzen uns gegenüber.Sie wollen heute ebenfalls ins Syndikat aufgenommen werden. Nach der »Alten Tuchfabrik« in Staufen bei Freiburg stellen sie ihr Projekt vor. Eine Villa in Hanau haben sie gefunden, »mit einem sehr netten Besitzer«, der ihnen 25.000 Euro des Kaufpreises von 375.000 Euro gleich wieder als Direktkredit gibt. Trotzdem müssen die neun Leute eine Summe als Kaufpreis auf den Tisch legen, für die in Berlin fast ein ganzes Mietshaus für 40 BewohnerInnen zu haben ist. Das ökonomische Nord-Süd-Gefälle in der BRD wird selbst hier sichtbar, noch krasser sind die Preisunterschiede von Berlin zu Freiburg.

Danach sind wir dran. Etwas unsicher sind wir schon, ob wir nun gelöchert werden. Wie stabil steht unser Finanzierungskonzept, haben wir alle bautechnischen Probleme im Griff, und so weiter? Doch hier kochen alle nur mit Wasser, und genau dieses Treffen gibt »dir das Gefühl, mit deinen Problemen nicht allein in der Welt zu stehen«, wie einer der Berliner formuliert.

Schließlich werden alle drei Projekte aufgenommen, »beschlossen und verkündet im Konsens«. Sogar die »Ketzerbach« aus Marburg wird schließlich »auf Vorrat« aufgenommen, obwohl niemand von ihnen da ist.

Nun erzählen die neueren Projekte aus »ihrem Leben«. Wie die Grünberger 73 in Berlin mit dem privaten Hausbesitzer um die Dachsanierung verhandelt und wie der Stand des Prozesses der »Assi« aus Frankfurt gegen ihren Vermieter ist.

Schließlich berichten die GeschäftsführerInnen der Mietshäuser Syndikat GmbH. Sechs neue Projekte sind insgesamt dieses Jahr aufgenommen worden, was jeweils eine Beteiligung von 12.400 Euro an den neuen Hausbesitz GmbHs bedeutet. Doch das Geld ist da, die ersten Freiburger Projekte werfen Gewinne ab und können alte Direktkredite auslösen. Die Umverteilung hin zu neuen Projekten beginnt zu funktionieren. Trotzdem kommt das Syndikat ökonomisch an seine Grenzen. Also sammeln die Anwesenden Ideen, wie neue Mitglieder und Direktkredite geworben werden können. Zuletzt werden noch die Jahresabschlüsse abgesegnet. »Ist das Zufall, das bei Aktiva und Passiva genau die gleiche Summe dasteht?«, fragt jemand. Die eine Hälfte der Anwesenden schmunzelt, und schnell erklärt leise flüsternd dem neben ihr Sitzenden, warum dies so ist. Und für nächstes Jahr verabreden wir uns alle in Berlin.

Es ist schon dunkel, als wir alle zusammen zu einem Chinesen umziehen, zu Hähnchen süß-sauer mit Jasmintee, beziehungsweise Bier. Später gibt's noch Punkmusik im »Exzess« oder nebenan im »Exil« türkische Musik, bevor sich alle Angereisten in der Fritzlaer auf die Iso-Matten legen.

Am nächsten Morgen lädt die Fritzlaer zum Frühstück, und hier läuft der erhoffte informelle Austausch. »Wie geht ihr das Heizungsproblem an, wie macht ihr jenes bei der Buchhaltung«. Es ist kurz nach 18 Uhr, als der ICE-Sprinter Frankfurt verlässt. Zuhause in Berlin warten schon die anderen Hausbewohner in der Hauskneipe auf die »Gruppe Frankfurt« zum Bericht-Erstatten.●

SCHWARZE SIEBEN HANAU

# Mietshäuser Syndikat

# Hals über Kopf ins neue Hausprojekt...

**In der Anfangsphase eines neuen Projektes kommt viel Arbeit und Neues auf die zukünftigen BewohnerInnen zu – ein Stimmungsbericht von einem neuen Mietshäuser Syndikat-Projekt in Hanau:**

**Schwarze Sieben Hanau** ● Hals über Kopf wirkt das Tempo, mit dem in Hanau der Kauf der Danzigerstrasse 7 in Angriff genommen wurde. Noch dazu auf für Syndikats-Projekte eher unüblichem Weg, weil wir noch gar nicht in dem Haus wohnen. Aus einer vagen Idee wurde ziemlich schnell eine Projekt-Initiative mit Hand und Fuß.

Die meisten der acht Leute mit einem Kind im Alter von 5 bis 36 Jahren haben schon vorher in unterschiedlichen Konstellationen zusammengewohnt – alle verbindet das Autonome Kulturzentrum in der Metzgerstrasse 8 in Hanau. Im Frühjahr 2003 war klar, dass es in bestehenden Wohngemeinschaften Veränderungen geben würde, ein paar trennten sich, andere wollten neu zusammen suchen. In den vergangenen Jahren war die Erfahrung aus (z.T. zeitlich befristeten) Mietverhältnissen nicht besonders rosig – es bleibt weiterhin schwer Häuser für eine größere WG zur Miete zu finden – und diesmal schien es tatsächlich aussichtslos. Also kam auch die Überlegung ein Haus zu kaufen mit ins Spiel. Erstmal ganz schön abschreckend für die meisten, verband sich mit dem Kauf von Häusern für viele doch erstmal der Eindruck von einem gewissen Maß an Spießigkeit und unüberschaubaren Schuldenbergen. Und natürlich die Angst, sich mit einem Hauskauf quasi lebenslang binden zu müssen.

Als wir dann auf das Haus in der Danzigerstrasse 7 gestoßen sind, ging alles plötzlich ganz schnell. Mit dem Garten der direkten Zugang zu einem Bolzplatz hat, einem großen als Gemeinschaftsraum ideal zu nutzenden Wintergarten, und 11 bewohnbaren Räumen, die alle relativ gleich groß geschnitten sind, ist das Haus für eine große WG wie gemacht. Der gute Gesamtzustand des Hauses überzeugte dann nochmal mehr. Renovierungskosten werden in eher geringem Rahmen auf uns zukommen, zum Beispiel für kleinere Reparaturen am Dach und die Erneuerung der Dachrinnen – und das bei einem Haus, das zwischen 1937 und 1946 gebaut wurde, also schon ein paar Jahrzehnte auf dem Buckel hat.

Über die Fritze in Frankfurt haben wir von der Idee des Freiburger Mietshäuser Syndikats erfahren. Ausführliche Gespräche mit einzelnen aus der Fritze, die uns bei allen möglichen Fragen beruhigende Antworten geben konnten, nahmen uns einen ganzen Teil der Bedenken. Der Rest wurde in vielen Gesprächen hin- und hergewendet – und in rasantem Tempo trafen wir die Entscheidung für das Haus.

Innerhalb der letzten Wochen haben sich die Ereignisse nur so überschlagen. Wir haben über unvorstellbare Mengen von Geld verhandelt, eine Kaufabsichtserklärung unterschrieben, haben X verschiedene Finanzierungspläne erstellt, haben für einen großen Batzen Direktkredite schon Zusagen bekommen, sind trotzdem noch guter Dinge...

und wenn alles gut geht können wir im Oktober einziehen.●

SCHELLINGSTRASSE TÜBINGEN: DEMOAUFRUF

## Abwicklung oder Selbstverwaltung???
## Schelling bleibt – und jetzt übernehmen wir ganz!

Das Wohnprojekt Schellingstraße 6 in Tübingen: kommunikatives, kulturelles und politisches Zentrum. Wohnraum, Werkstätten, Hausbar, Proberaum, Infoladen mit Bibliothek und Archiv,... Freiraum für Tübingen und darüber hinaus. Hier hat sich in den letzten 23 Jahren ein für Tübingen in dieser Größe einzigartiges, buntes und vielfältiges Zusammenleben entwickelt. In 13 Wohngemeinschaften wohnen 110 Personen unterschiedlichsten Alters und mit verschiedensten Tätigkeiten, die das Zusammenleben in den drei Häusern und vier Bauwägen eigenverantwortlich in basisdemokratischen Strukturen organisieren. Unzählige Konzerte, Partys, Veranstaltungen und politische Treffen haben hier stattgefunden.

1980 besetzt, seitdem offiziell als Studierendenwohnheim vom Studentenwerk Tübingen (AdöR) verwaltet, befinden sich die Häuser in einer schizophrenen Situation. Die interne Selbstverwaltung funktioniert seit Jahren, gleichzeitig lässt das Studentenwerk die Häuser verfallen und die BewohnerInnen müssen, da sie rechtlich nur MieterInnen sind, diesem Verfall zusehen, ohne eigene Handlungsmöglichkeiten zu haben.

Seit dem Bekanntwerden des Geländeverkaufs durch das Bundesvermögensamt vor vier Jahren streben die BewohnerInnen der »Schelling« der vollständigen Selbstverwaltung ihrer Häuser entgegen.

Ein BewohnerInnen-Verein und eine gemeinnützige GmbH wurden gegründet um gemeinsam mit dem Freiburger Mietshäuser-Syndikat den Kauf des Grundstücks und der 3 Häuser, sowie deren Sanierung auf Basis sog. Direktkredite zu ermöglichen. Das Modell des Mietshäuser-Syndikats sieht die vollständige Selbstverwaltung durch die BewohnerInnen vor und garantiert, dass die Häuser für immer vom Immobilienmarkt genommen werden (siehe www.syndikat.org).

Doch von verschiedenen Seiten werden der Schelling massive Hindernisse in den Weg zur Selbstverwaltung gelegt. Das Studentenwerk verlangt für die beiden Nebengebäude, deren Eigentümer es ist, eine völlig unangemessene Summe. Und ohne direkt an den Exerzierplatz, das »Schmuckstück« des sanierten Thiepval-Areals anzuschließen und ohne jegliche Nutzungsmöglichkeiten zu haben, soll das Wohnprojekt 500.000 EUR und jährliche Unterhaltungskosten dafür zahlen.

Wir fordern alle an den Verhandlungen Beteiligten auf, dem Wohnprojekt Schellingstraße keine Hindernisse in den Weg zu stellen! Blockaden und Schikanen gegenüber sozialer Eigenverantwortung gerade von Leuten, die immer von "bürgerschaftlichem Engagement" reden, sind inakzeptabel!

Schluss mit Verfall und Bevormundung!
Für die vollständige Selbstverwaltung der Schelling!
Solidarität mit allen gefährdeten selbstverwalteten Projekten, wie z.B. der Ex-Steffi in Karlsruhe oder dem ObW9 in Stuttgart!
Freiräume erhalten, erkämpfen und ausbauen!

**Demonstration am Samstag, 8.11.2003, 12 Uhr, Exerzierplatz (direkt am Südausgang des Tübinger Hauptbahnhof)**
Freitag und Samstag Essen, Kulturprogramm (Filme, Konzert) und Schlafmöglichkeiten, genaueres unter www.schellingstrasse.de oder mail an schellingdemo@gmx.de

HÄUSER & PROJEKTE

VEB Wohnfabrik Halberstadt

Oranienstraße 45, Berlin

Grünberger 73, Berlin

Liebig 34, Berlin

Assi, Frankfurt/Main

Regional oder bundesweit? Wie geht's weiter mit dem Mietshäuser Syndikat?

# Expansion oder Zellteilung?

**Sind neunzehn zwischen Freiburg und Berlin bundesweit verteilte Haus-Projekte bereits zuviel? Oder nur die winzige Keimzelle eines großen solidarischen Zusammenhangs, der prinzipiell auch tausend Mietshäuser in Selbstorganisation aufnehmen kann? Diese Fragen wurden auf der letzten Versammlung des Mietshäuser Syndikats (MHS) in Frankfurt/Main diskutiert.**

**Christoph Villinger** ● Da gibt es zum einen die Sorge von Einigen aus Freiburg, ob die Arbeit nicht einfach mit der Zeit zuviel wird und deshalb »immer mehr Löhne und Sachkosten verschlingt«. Es werde immer schwieriger wie bisher die Koordination des Syndikats so »nebenher mitzumachen«. Zudem werde die Struktur umso anonymer, je weiter die Häuser auseinander liegen. Und zumindest im Augenblick kommt es unweigerlich zu einer Kompetenz- und Machtanhäufung in Freiburg.

Und andererseits gibt es die Berliner Häuser, die sich gerade für ein bundesweites Modell entschieden haben. Ein Modell, das eben keine Berliner Nischenlösung ist. Diese gibt es in der Stadt genug, kleine Genossenschaften, Stiftungen und Projektwerkstätten, die aber letztlich oft nur Nischenlösungen produzieren (können). Dagegen macht die Attraktivität des Mietshäuser Syndikats gerade der gesamtgesellschaftliche Anspruch und die hohe Anschlussfähigkeit aus. »Jedes Projekt kann Identitäten für sich produzieren, wie es Lust hat«, erzählt Stefan Rost aus der Gründergeneration des Syndikats. »Da gibt es das ehemalige Kasernengelände der »Susi« in Freiburg mit rund 250 BewohnerInnen in 45 Wohnungen bis hin zu einer Eigentumswohnung, die ins MHS eingebracht wurde«. Bei einer Aufspaltung in lokale Syndikate »versinkt das MHS in der lokalen Bedeutungslosigkeit«, befürchtet auch Jochen Schmidt aus dem Koordinierungskreis des MHS in Freiburg.

Doch so gegeneinander müssen und werden die beiden Positionen inzwischen nicht mehr diskutiert. Sowohl die Berliner als auch die Frankfurter Haus-Projekte berichteten, dass sie schon lange lokale Beratungen für neue Haus-Projekte machen. Auch werben sie einen großen Teil ihrer Direktkredite vor Ort ein. Trotzdem sei es gerade auch hierbei wichtig, auf den größeren Zusammenhang verweisen zu können. Dies gilt ebenso für die Verhandlungen bei der GLS-Gemeinschaftsbank. »Und ganz allein auf eigene Füße in Berlin gestellt zu sein, macht zumindest im Augenblick noch Angst«, erzählt ein Bewohner der Oranienstraße 45. Man müsse aufpassen, sich nicht zu überfordern und dass das Haus nicht das ganze Leben bestimme.

So schälte sich auf der Syndikatsversammlung ein drittes Modell heraus. Man bleibt weiterhin ein gemeinsames Syndikat, doch sowohl in Frankfurt, Tübingen und Berlin entstehen »Filialen«. Dort sollen möglichst viele Aufgaben wie das Einwerben von Direktkrediten und die Beratung von neuen Projekten vor Ort bearbeitet und gelöst werden. Eine gemeinsame Werbebroschüre der Berliner Häuser ist geplant. Aber zur Zeit treten die Berliner Häuser noch ein wenig auf die Bremse: zuerst wollen ihre jeweiligen Hauskäufe und internen Anlaufschwierigkeiten über die Bühne gebracht werden.

Ganz zum Schluss der Versammlung hatte der Koordinationskreis des MHS übrigens noch ein besonderes Bonbon: vor wenigen Wochen erreichte sie die erste Anfrage aus dem europäischen »Ausland«: aus Barcelona.●

PROJEKTFINANZIERUNG: DAS FUNDAMENT »DIREKTKREDIT«

**Doris Schweitzer** ● Häuser kosten Geld, Grundstücke – besonders in der Stadt – oft noch mehr, ein Mietshausprojekt braucht also zu Beginn in der Regel sehr viel Geld. Auf jeden Fall mehr, als diejenigen, die das Projekt planen, selbst in der Tasche haben. Geld für Immobilien zu bekommen ist durch die Absicherungsmöglichkeit über eine Grundschuld eigentlich nicht schwierig – aber als normaler Bankkredit sehr teuer. Zu teuer für die sozialen Ziele, die solche Projekte vor Augen haben: günstige Mieten, für Menschen und Gruppen, die darauf angewiesen sind.

Deshalb kam früh schon die Idee auf, den Weg zwischen den eigentlichen GeldgeberInnen, Menschen wie du und ich, und den Hausprojekten als Geldnehmern abzukürzen, ohne Umweg über die Bank. Wenn ein Projekt nur Sparbuchzinsen für sein Geld bezahlen muss, wird schon vieles eher möglich.

Diese Form der Geldanlage nennt sich Direktkredit, weil das Geld direkt an ein Projekt geliehen wird und weil die GeldgeberInnen direkt wissen, was mit Ihrem Geld gemacht wird. Für jeden Kredit wird ein Vertrag abgeschlossen, in dem alle Details geregelt sind (Kredithöhe, Verzinsung, Kündigungsfrist, Rückzahlung, Sicherheiten). Die Absicherung der Direktkredite erfolgt in der Regel über eine Sammelgrundschuld, die im Grundbuch auf einen Treuhänder eingetragen ist.

Die Rückzahlung der geliehenen Gelder erfolgt langfristig aus den Mieteinnahmen. Wenn mehr Darlehen zurückbezahlt werden müssen, als Überschüsse vorhanden sind, werden neue Darlehen gebraucht, um umzuschulden. Wenn es dabei einmal eng wird, gibt es meist einen abrufbaren Absicherungskredit bei der GLS-Bank.

Solidarische Direktkredite sind bisher bei allen Projekten im Syndikat die Grundsäule der Finanzierung. Viele Sympathisanten verzichten dabei ganz auf eine Verzinsung, weil sie die Idee so gut finden und gerne zum Gelingen beitragen möchten. Banken spielen nur eine untergeordnete Rolle, etwa bei Teilfinanzierung mit Geldern des sozialen Mietwohnungsbaus oder eben als Absicherung bei kurzfristigen Engpässen.

Gesucht sind deshalb immer:
Beträge ab **500 Euro**
für mindestens **3 Monate** und
für höchstens **3% Zinsen** im Jahr
Direktkreditangebote nehmen alle Projekte oder das Mietshäusersyndikat entgegen!
Oder willst du die Idee des Mietshäuser Syndikats anderweitig unterstützen und Mitglied werden ?
Einmaliger Beitrag von **250 Euro** (Rückzahlung bei Austritt)

Nähere Informationen unter:
Mietshäuser Syndikat, Adlerstraße 12, D-79098 Freiburg, Fon (07 61) 28 18 92
Web: www.syndikat.org

**Bürger im rheinischen Bergisch Gladbach stoppen Ausverkauf kommunalen Vermögens:**

# Bürgerentscheid gegen Cross Border Leasing

**Trotz widriger Umstände und deutlicher Einschränkung bei den Abstimmungsmöglichkeiten, konnte mit dem ersten »negativ initiierenden« Bürgerentscheid in NRW ein städtisches Cross-Border-Leasing (CBL) Vorhaben gestoppt werden. Die Bürger in Bergisch Gladbach entschieden mit 96,5% aller abgegebenen Stimmen dafür, die CBL-Verhandlungen zu beenden, bei dem das städtische Kanalnetz und die Kläranlage betroffen waren.**

**Tomás M. Santillán** ● Bergisch Gladbach (GL), eine Stadt mit gut 100.000 Bürgern, liegt mitten im Rheinland, angrenzend an Leverkusen und Köln. Berühmt-berüchtigte Promis: Wolfgang Bosbach, stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU (berüchtigt), Heidi Klum, Modell (berühmt) – und jetzt die Bürgerintiative gegen Cross-Border-Leasing (berühmt und berüchtigt). Seit Jahren regiert die CDU mit absoluter Mehrheit, Statthalterin: Bürgermeisterin Maria Theresia Opladen. Im Rat der Stadt als Opposition: SPD, FDP, Grüne, KIDitiative.

Die CDU-Bürgermeisterin Opladen hatte die Absicht, das Kanalnetz und Klärwerk der Stadt an einen amerikanischen Trust zu vermieten und zurück zu mieten. Der aus der Transaktion erwartete Barwertvorteil von 7 Millionen Euro wurde schon im laufenden Haushalt 2003 eingestellt und verbraucht, ohne dass das Geld wirklich geflossen wäre. Die Verwaltung hatte fest mit dem »CBL Deal« gerechnet, da sie sich auf die absolute Ratsmehrheit der CDU stützen konnte. Doch auch die treusten Anhänger dieser politischen Mehrheit haben am Sonntag, den 21. September 2003 den Antrag der Bürgerinitiative unterstützt und nur 802 CBL-Befürworter fanden in die Wahllokale. 22.338 Bürger stimmten gegen die Pläne der Verwaltungsspitze und damit gegen den Ausverkauf kommunalen Vermögens. Der CDU ist es nicht mal gelungen ihre eigenen Mitglieder in Bergisch Gladbach (1.200) und die Verwaltungsmitarbeiter (1.000) auf ihre Seite zu ziehen. Auch diese stimmten offensichtlich für die Bürgerinitiative oder blieben zu Hause.

Die meisten Bürgerentscheide in Nordrhein Westfalen erreichen zwar eine klare Mehrheit der Abstimmenden, scheitern aber an dem zu hohem Quorum von 20%. Doch auch dieses wurde in Bergisch Gladbach erreicht und sogar weit überschritten.

Das Quorum war das größte Hindernis für die Bürgerinitiative. Im Vorfeld hatte die Verwaltung die Wahlmöglichkeiten massiv eingeschränkt. So wurden die Stimmbezirke von den üblichen 72 auf nur 9 Stimmbezirke reduziert. Diese 9 Wahllokale waren bis zu 5,5 km von den Bürgern entfernt. Auch gab es keine Möglichkeit zur Briefwahl und auch eine Wahlbenachrichtigung wurde nicht verschickt. Briefwahl war beim Bürgerentscheid nicht möglich und viele behinderte und ältere Menschen wurden so von der Abstimmung ausgeschlossen. Die Verwaltung und Bürgermeisterin versuchte mit diesen Maßnahmen die Wahlbeteiligung zu drücken, um damit das Erreichen des Quorums zu verhindern. Die regionale attac-Gruppe hatte deshalb im Vorfeld der Abstimmung eine Beschwerde an die Kommunalaufsicht gerichtet und vor Problemen bei der Abstimmung gewarnt, das Abstimmungskonzept der Stadtverwaltung scharf kritisiert und mit einer Klage gedroht. Daraufhin hatte das Wahlbüro kleine und kosmetische Verbesserungen vorgenommen. Bei der Abstimmung kam es dann auch zu den erwarteten Problemen und es bildeten sich lange Schlangen vor den Urnen.

Unter den sehr widrigen Umständen und Einschränkungen ist das Abstimmungsergebnis als ein besonderer Erfolg der Bürgerinitiative zu werten. Sie hatte es im Vorfeld geschafft, große Teile der Bevölkerung zu mobilisieren und wurde von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten unterstützt. Die Zahl der Helfer war nicht mehr zu überschauen und wuchs täglich an. Viele Menschen haben sich über Weltanschauungen hinweg für die Bürgerinitiative ausgesprochen, Spenden gesammelt und Flugblätter verteilt. Die Bürgerinitiative hatte an fast 50.000 Haushalte eine amtlich anmutende Wahlbenachrichtigung als Postkarte und preisgünstige Postwurfsendung verschickt. Schon im Januar 2003 hatte attac einen Arbeitskreis gegen CBL eingerichtet und hatte zusammen mit anderen Bürgern und Organisationen die Gründung der Bürgerinitiative angeregt.

Es ist dieser Bürgerinitiative »Bürger gegen CBL« um attac, dem BUND und DGB gelungen, alle Oppositionsparteien im Rat (SPD, FDP, Grüne, KID) in die Kampagne einzubinden. Darüber hinaus wurde sie auch von Bürgerlisten, Parteien, Vereinen und anderen Organisationen unterstützt, die nicht im Rat vertreten sind. Schon bei der Unterschriftensammlung zum Bürgerbegehren wurde klar, dass das Begehren in allen politischen Lagern breite Unterstützung fand, so dass es bei dem Bürgerentscheid nicht um eine politisch ideologische Entscheidung ging, sondern tatsächlich um den Willen der Bürger. Die klare Mehrheit der Menschen ist gegen weitere Privatisierung und den Ausverkauf kommunaler Daseinsfürsorge und kommunalen Vermögens. Sie wollen nicht, dass mit diesen Vermögen auf den globalen Finanzmärkten spekuliert wird. Viele Bürger waren empört über das arrogante Verhalten der Stadtverwaltung, die alle Verhandlungen um das CBL-Geschäft geheim hielt.

Der Bürgerentscheid über CBL ist nur der Anfang in der Diskussion um mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung in Bergisch Gladbach. Statt einer CDU-Politik nach »Gutsherrenart« verlangen die Bürger mehr Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Gerade in schwierigen Zeiten müssen die Bürger stärker in die Entscheidungen eingebunden werden, deren Folgen sie tragen müssen.

Die Bürgermeisterin Opladen hatte die Niederlage wohl schon geahnt und hat noch am Abend der Bekanntgabe des Ergebnisses sofort eine Haushaltssperre verfügt. Weitere Kürzungen im Haushalt wurden angekündigt. Die Bürgerinitiative dagegen fordert eine seriöse Haushaltsplanung und strukturelle Maßnahmen. Dieses kann nur mit Beteiligung der Bürger erfolgen, statt unter Ausschluss der Öffentlichkeit. attac schlägt die Bildung eines Bürger- und Sozialforums vor, in denen alle Bürgervereine und regionalen Organisationen und einzelne Bürger über angedrohte Kürzungen und Einschnitte diskutieren und ein offenes Bürger- und Aktionsnetzwerk aufbauen.

Einen weiteren Erfolg hat die Bürgerinitiative noch zu verbuchen. Unmittelbar nach dem Erfolg des Bürgerentscheids, haben Teile der Bürgerinitiative und attac angekündigt gegen die geplante Privatisierung des kommunalen Nahverkehrsunternehmen (KWS WUPSI) vorzugehen. Wenige Tage später zeichnete sich ab, dass Leverkusen und der Rheinisch Bergische Kreis diesen Verkauf erst mal auf Eis legen werden und dieses erst nach der Kommunalwahl entschieden werden soll.

Und schon melden sich rechte Bürokraten und der CDU Bundestagsabgeordnete Bosbach zu Wort, um vor neuen Bürgerentscheiden und mehr Bürgerbeteiligung zu warnen. Dies könnte die Politik behindern. Doch mit dem Bürgerentscheid haben die Bürger nicht nur gegen CBL und den kommunalen Ausverkauf abgestimmt, sondern auch gegen die »Arroganz der Macht«. Diesmal ist die Methode »Gutsherrenart« gescheitert, denn die Bürger wollen mitentscheiden und selbst Politik machen! ●

Tomás M. Santillán ist Mitglied Bürgerinitiative »Bürger gegen CBL« und attac Sprecher Rhein.Berg. Kreis

aus: »Lokalberichte«, Kölner Alternativ-Zeitung

## CROSS-BORDER-LEASING – WAS IST DAS?

Es handelt sich um einen Steuertrick und eine schillernde Blüte der Privatisierung: US-Konzerne kaufen ausländische kommunale Einrichtungen wie Kläranlagen, Kanalnetze, Wassernetze, U-Bahnen... und vermieten sie sofort zurück an den Verkäufer. Dabei sparen sie nach US-Recht große Steuersummen. Von diesem Gewinn überweisen sie einen Teil vorweg an die leasende Kommune.

Klingt nach »win-win-Lösung«? Das meinen viele finanziell bedrängte Stadtväter und -mütter. Doch die Sache hat dicke Haken: Falls das US-Steuerrecht sich ändert, müssen die Kommunen zahlen. Dingliche Sicherheiten, die für diesen Fall mit den Kommunen vereinbart sind, werden nicht wie sonst üblich im Grundbuch eingetragen, sondern im Panzerschrank eines us-amerikanischen Treuhänders verwahrt. Der Investor kann im Konfliktfall schnell darauf zugreifen. Vertragsstreitigkeiten sind vor US-Gerichten auszutragen.

Die Cross-Border-Leasing-Verträge werden von den kommunalen Verwaltungen in aller Regel als geheime Verschlußsache behandelt. Das Ganze ist ein Globalisierungs-Spiel mit hohem Risiko. Nicht einmal die Kommunalparlamentarier erhalten Einblick. Kritiker der mittlerweile weitverbreiteten CBL-Praxis (z.B. attac, BUND, DGB) warnen vor dem Verlust kommunaler Selbstbestimmung und einem Ausverkauf des für die Grundsicherung der Infrastruktur notwendigen Vermögens.

**JOURNALISTENPREIS FÜR KRITISCHEN AUTOR ABERKANNT**

# Interessenkonflikt in der Jury

**Für seine engagierte und kompetente Berichterstattung über Cross-Border-Leasing sollte dem Hörfunk-Journalisten Werner Rügemer aus Köln heute eigentlich der Journalistenpreis des Verbands Kommunaler Unternehmen verliehen werden. Vor zwei Tagen jedoch erhielt er die Information, dass ihm der bereits zugesagte Preis wieder aberkannt worden sei – und zwar wegen zu enger Kontakte zu Attac und anderen Gruppen, die sich gegen Cross-Border-Leasing-Geschäfte engagieren.**

**Redaktion Heidelberg** ● Besonders interessant wird der Vorgang dadurch, dass in der Jury des Preises mit Christoph Preuß ein Vertreter der GEW RheinEnergie AG aus Köln sitzt – einem Unternehmen, das zufällig gerade das Kölner Trinkwassernetz in ein Cross-Border-Leasing-Geschäft einbringen will und dabei auf erheblichen öffentlichen Widerstand trifft. Für Attac liegt damit ein eindeutiger Interessenkonflikt vor. »Die Cross-Border-Lobby schlägt zurück«, sagte Attac-Pressesprecher Malte Kreutzfeldt. »Nachdem sie sich mit Argumenten nicht durchsetzen kann, versucht sie jetzt, unliebsame Journalisten abzustrafen.«

Werner Rügemer war der erste Journalist, der ausführlich über die Risiken von Cross-Border-Leasing berichtet hatte. Bei diesen Verträgen verleasen Kommunen oder Stadtwerke öffentliche Infrastruktur für 99 Jahre an einen US-Trust und mieten sie anschließend zurück. Dabei entsteht in den USA ein Steuervorteil, an dem die Kommune beteiligt wird. Die 1.000-seitigen Verträge enthalten jedoch viele Risiken, die zu hohen Schadenersatzforderungen und zum Verlust der kommunalen Einrichtungen führen konnten.

Rügemer hatte seine Recherche-Ergebnisse auch den Gegnern solcher Geschäfte zur Verfügung gestellt und auch einen offenen Brief gegen das in Köln geplante Cross-Border-Leasing unterzeichnet. In vielen Städten waren die Geschäfte durch Proteste oder Bürgerbegehren gestoppt worden, zuletzt in Frankfurt und Bergisch-Gladbach (siehe oben). Kreutzfeldt: »Seit die Details der Verträge bekannt werden, ist Cross-Border-Leasing auf dem Rückzug. Kritischer Journalismus, der auch noch zu Ergebnissen führt, ist dem VKU offenbar ein Dorn im Auge.« ●

**Weitere Informationen:**
zu Cross-Border-Leasing:
www.privatisierungswahn.de/cbl.html
zum VKU-Journalistenpreis und der Jury:
www.vku.de/vku/journalistenpreis/jpreis.html

**ZUR DISKUSSION**

# Die Bodenfrage

**Es gibt verschiedene Gründe, die Bodenfrage außerhalb der Diskussion zu stellen, einmal die negativen Erfahrungen mit den Bodenreformen in der früheren DDR, bedeuteten diese doch Enteignung, Bevormundung und Vertreibung der früheren Eigentümer, zum anderen aber liegt es nicht im Interesse der Bodeneigentümer über ihr Privileg gegenüber den Nichteigentümern nachzudenken.**

**Von Uwe Timm** ● Mancher der sein Vaterland verteidigte, besaß nur einen Topf Blumenerde auf seinem Balkon. Unsere Welt, in der Länder über wertvolle Bodenschätze verfügen, die sie als ihr alleiniges Eigentum betrachten, andere Länder sich im Nachteil befinden, bleibt eine Welt von sozialen und politischen Spannungen. Gleiches gilt für die Menschen in der Bundesrepublik, hier haben wir Menschen, die über Bodeneigentum verfügen und es gibt eine großen Mehrheit von Menschen, die in der Abhängigkeit von diesen Eigentümern leben.

Das Problem, dass alle Menschen einen Anspruch auf unsere Erde besitzen, Boden nicht vermehrbar und produzierbar ist, auch nicht zu vermindern, lässt sich nicht damit aus der Welt schaffen, dass der Staat Steuern auf Bodenspekulationen erhebt, die Gemeinden die Grundsteuer nach Belieben erheben, denn damit bleibt die staatliche Abhängigkeit erhalten und Steuern werden für Zwekke verwendet, die häufig nicht im Interesse der beraubten Steuerzahler liegen.

Bodengleichheit ist aber eine Voraussetzung für eine soziale und friedliche Gesellschaft. Es gibt hierzu Vorschläge und Anregungen, die sicher der weiteren Diskussion bedürfen, aber sie bieten die Basis für eine tiefgreifende Lösung der Bodenfrage.

Grundgedanke ist, dass für die Nutzung von Grund und Boden eine Nutzungsrente gezahlt wird und dass an dieser Bodenrente alle Menschen beteiligt sind, also eine pro Kopf Verteilung erfolgt.

Über die Höhe dieser Bodenrente bestehen verschiedene Meinungen, einmal die Regelung nach Angebot und Nachfrage, oder den Erwerb einer Nutzung durch Höchstangebote bei der Verpachtung. Auch gibt es Vorstellungen, dass die bisherigen Eigentümer bei einem Verzicht auf Eigentum eine Entschädigung erhalten, eine längerfristige Zahlung von bis zu 30 Jahren. Bodenrente darf hier, wie schon erwähnt, nicht mit einer Steuer verwechselt werden, denn die Bodenrente fließt an alle Bürger und bedeutet damit für diese ein Grundeinkommen, worum sie nicht zu betteln brauchten.

Betroffen von dieser Regelung ist der Boden, nicht das Einfamilienhaus, die Produktionsmittel oder die Gebäude, denn dieses Eigentum könnte weiter veräußert werden, aber immer nur auf dem Wege der Pachtung – der Boden wäre jeder Spekulation entzogen.

Eine Lösung der Bodenfrage wird immer drängender. Im Bereich von München und anderen Großstädten wird das Bauen immer teurer, für Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen unbezahlbar. Wird teurer Boden von den Konzernen erworben, erfolgt eine Umschlagung auf die Preise und wenn Kommunen Boden verkaufen, wie es in Hamburg geschieht, haben sie einen kurzfristigen finanziellen Nutzen, längerfristig leisten sie einen Beitrag zu verschärften sozialen Spannungen. Um die Bodenfrage bewusst zu machen, sollten die Gemeinden aufgefordert werden, öffentlichen Boden zu verpachten, etwa an Baugenossenschaften oder Einzelinteressenten, um so die Baukosten erheblich zu senken. Beim Bau von Eigenheimen werden die Kosten wesentlich von den Grundstückpreisen bestimmt.

Mit einer Regelung, die vorsieht, alle Menschen an der Bodenrente zu beteiligen, wird im Ergebnis das gleiche Recht aller Menschen im Verhältnis zur Erde und ihren Gütern gewährleistet. ●

## KURZES VON DER DEUTSCHEN BAHN

Tickets und Tarife
– Durchgehende Reisekette mit DB und ÖPNV
Durchgehende Reisekette mit DB und ÖPNV-Verkehrsverbünde, die Deutsche Bahn AG und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) machen Bahnreisen noch attraktiver. Das neue »City-Tikket« erlaubt es Besitzern von Bahncard 25 und Bahncard 50 ab dem Fahrplanwechsel im Dezember, mit ihrem Fernverkehrsticket am Zielort kommunale Busse und Bahnen zu nutzen. Zurzeit gilt diese Regelung bundesweit in 44 größeren Städten, 18 davon liegen im VRR-Gebiet. Voraussetzung für die Nutzung der »City-Ticket«-Funktion ist ein Reiseweg von mindestens 100 Kilometern zur Zielstadt, wenigstens ein Teil der Fahrt muss mit Fernverkehrszügen zurückgelegt werden. Das neue Angebot ändert allerdings nichts daran, dass mit der Bahncard nach wie vor keine VRR-Nahverkehrstickets gekauft werden können. Der Dachverband VDV und die beteiligten Verkehrsverbünde betrachten das ab Mitte Dezember geltende Angebot jedoch erst als den ersten Schritt. Ziel ist es, künftig in alle Fernverkehrstickets die örtliche Weiterfahrt mit Bus und Bahn zu integrieren.

(Quelle: spectrum online, 23.09.2003)

Surf&Rail
Jede Woche 5 TOP-Verbindungen im Fernverkehr zum Festpreis, hin- und zurück für nur 50,- EUR. Bis zu 4 Mitfahrer reisen zum halben Preis. Ab 6. Oktober werden die günstigen Surf&Rail-Verbindungen online in der Reiseauskunft angezeigt. Dann können Internet-Bucher auf ausgewählten Strecken innerhalb Deutschlands zu Dumping-Preisen reisen. Mit dem neuen Angebot Surf&Rail bezahlen Internet-Bucher auf ausgewählten Strecken der Bahn nur 50 Euro für die Hinund Rückfahrt und damit nur 25 Euro pro Fahrtrichtung. Im Angebot sind jeweils fünf Verbindungen innerhalb Deutschlands, die wöchentlich montags um 17 Uhr wechseln. Die Buchung erfolgt im OnlineTicket-Verfahren nach einmaliger Voranmeldung am eigenen PC, bezahlt wird per Kreditkarte.

LESERINNENBRIEFE IM E-MAIL-POSTFACH: ZUR BEWEGUNGSSTIFTUNG

# Selbstorganisierung statt Cash!

Es kommt Bewegung in die soziale Bewegungslandschaft. Irgendwie hat die Friedensdemo am 15.2.2003 dazu geführt, dass sogar der UN-Sicherheitsrat zu einer Ablehnung der militärischen Intervention im Irak neigte... Allerdings fehlen nach dem »Entstehen einer globalen Friedensbewegung« noch »Cash und Köpfchen«. Diesem Mangel soll eine nun gegründete »Bewegungsstiftung abhelfen. Nach vollzogener Tat wird in der Zeitschrift CONTRASTE (Oktober 2003) über die Etablierung einer neuen Institution der sozialen Bewegung in der Bundesrepublik informiert.

Die Legitimation für diese Etablierung scheint in offensichtlichen Notwendigkeiten zu liegen. Aber schon die Art und Weise der Definition dieser Notwendigkeiten unterstellt Strategien, die diskussions- und voraussetzungslos als Nonplusultra vorausgesetzt sind, jedoch entscheidende Weichen bereits vor aller weiteren Entwicklung stellen und sich dem Zugriff der später Beteiligten entziehen. Es ist aufschlussreich zu schauen, worin der Mangel gesehen wird, weil dies zeigt, in welche Richtung jene gehen wollen, die sich das Recht herausnehmen, die Bedürfnisse der Bewegung zu artikulieren.

Bemängelt wird beispielsweise die fehlende »Durchschlagskraft und öffentliche Wahrnehmung« der Friedensbewegung nach dem 15.2. Es »fehlte eine klare Strategie und eine effektive Koordination« und das »erhebliche finanzielle Risiko« konnte nicht getragen werden. Ist es wirklich so, dass die zu tausenden herumwuschtelnden dezentral wirkenden Aktivisten nur auf eine Strategie, Koordination und Geld warten? Haben genau diese Akteure ihre Bedürfnisse artikuliert? Oder hat nicht eher eine schon von der »Masse« abgehobene Elite ihre eigenen Wünsche als »Mangel der Bewegung« dargestellt?

Wie soll nun auf diese Mängel reagiert werden? Da die Finanzierungsfrage primär auf »Großprojekte« zielt, ist schon mal klar, dass nicht jeder Hanswurst mit jeder beliebigen Idee um Unterstützung nachfragen können wird, sondern bestimmte Bewegungsideen mit Mitteln der Bewegungsstiftung noch mehr »gleicher als gleich« gemacht werden sollen. Das sollen wohl nicht ganz zufällig jene Konzepte sein, bei denen »die bestehende Rechtsordnung akzeptiert... wird«.

Kampagnen sollen besonders zu Beginn unterstützt werden. Die Stiftung »gibt den Kampagnen das Know-How in die Hand«; die Quelle dieses Know-Hows sind die »Erkenntnisse der Bewegungsforschung der letzten Jahrzehnte«. Um welches Know-How kann es hier gehen? Doch von vornherein nur um zentralisierbares und abstrakt vermittelbares Wissen. Der Verweis auf »prominente und profilierte« Experten in der Seminarwerbung spricht auch eine deutliche Sprache. Die Fähigkeit, sich von solchen Vermittlungen selbstorganisiert unabhängig zu machen, das Know-How selbst anzueignen und selbst zu entwickeln (und neue, dezentralisierte Formen des Umgangs mit Wissen zu entwickeln), wird dadurch natürlich eher gehemmt als gestärkt. Die ersten Veranstaltungen und Seminare der neuen Bewegungsstiftung sprechen auch eine deutliche Sprache. Sie richten sich nicht etwa an die Bewegungsakteure, sondern an potentielle StifterInnen und ihnen gegenüber gilt entgegen aller links-alternativer Traditionen: »Vertraulichkeit ist selbstverständlich«. Das Sagen haben die StifterInnen zwar nicht mehr alleine, sondern zur Hälfte teilen sie es mit AktivistInnen aus den geförderten Projekten, aber auch diese Potenzierung von Entscheidungsmacht bei den schon Bevorteilten hat absolut nichts mehr mit Hierarchie- und Dominanzabbau oder wenigstens normaler Demokratie zu tun.

Anhand der Erfolgsmeldungen aus der eigenen Vergangenheit werden die angestrebten Ziele noch deutlicher. Es kommt auf »öffentliche Aufmerksamkeit«, auf »Medienresonanz» an. Klar ist es notwendig, »politischen Druck zu erzeugen, bevor die politischen Entscheidungen (fallen)«. Wenn es aber nur darum geht, können wir auch wieder eine stalinistische Partei gründen, auf die Barrikaden gehen und die Frage der innerparteilichen Demokratie und der Mit- oder gar Selbstbestimmung als sekundär unter den Tisch fallen lassen. Es geht anscheinend nur darum, denn die neue Institution unterwirft sich nicht einmal mehr den traditionellen Ritualen der wenigstens formalen Wahl ihrer Eliten, deren Privilegierung spätestens durch ihre Bezahlung offensichtlich wird. Ich will damit nichts gegen einen der Glücklichen sagen – hier geht es nicht um Personen, sondern um Strukturen. (Und wenn es um Personen ginge, würde ich Dutzende anderer Menschen kennen, die genauso wie die Privilegierten ihr gesamtes Leben im politischen Engagement verbringen und mir würde überhaupt kein Argument einfallen, warum ich die einen bevorzugen soll und andere nicht.).

Tatsächlich »Geld muss nicht notwendigerweise korrumpieren«, wie ein Interview in der »CONTRASTE vorsorglich betitelt ist. Geld wird aber auch nicht notwendigerweise gebraucht, wie jede wirklich erfolgreiche gesellschaftliche Wandlung zeigt – fragt die Demonstranten von Leipzig in der Ex-DDR, wie viel Geld sie brauchten. Wirkliche Wandlungen leben von der Überzeugung, dem Willen und der Bereitschaft vieler Menschen, sich für die Wandlungen einzusetzen – nur solch ein Drang kann eine Bewegung anschieben. Cash einzusetzen bedeutet, mangelnden Drang durch einen Zug zu ersetzen. Wenn es nicht der Wille der Menschen ist, in großer Zahl und enormer Kreativität selbstorganisiert zu agieren – so muss man sie eben geldvermittelt »effektiv koordinieren«, ihnen sogenannte Latschdemos und Events herbeiorganisieren, das bedient dann schon wieder voll die Konsummentalität, erzeugt aber keine wirklichen Wandlungen (außer in der Biographie der Privilegierten).

Es geht nicht um persönliche Korruption – es geht um (wenn auch mit schönen Blockschaltbildern aufgemalte) intransparente, für die Mehrheit der Bewegungsakteure nicht beeinflussbare Entscheidungsstrukturen, die grundsätzlich gegen Selbstbestimmung und Selbstorganisation gerichtet sind. Dass derartige Strukturen nicht massiv kritisiert werden oder wenigstens auf die ihnen angemessene Missachtung stoßen, zeigt, dass – aus meiner Sicht – genau hierin das Problem der Bewegungen liegt: Wir stellen uns einfach zu wenig dem Anspruch, die genannten Probleme, nicht durchschlagsfähig, nicht medienwirksam, zu wenig koordiniert und zu wenig mit Ressourcen ausgestattet zu sein, auf selbstorganisiert-kreative Weise zu lösen. Natürlich sind die eingefahrenen Definitions- und Lösungsmuster die naheliegendsten. Von Arbeiter- bis Umweltbewegung haben wir die aus angeblichen Notwendigkeit geborenen Zentralisierungs- und Selbstverstümmelungstendenzen immer wieder erfahren und dem Schatz unseres »Bewegungswissens« einverleiben können. Was machen wir daraus? Unterwerfen wir uns – um endlich durchschlagsfähig und medienwirksam zu werden – wieder den Mechanismen, bei denen angebliche Problemlösungen zu Machtfaktoren mutieren? Sind wir so unbelehrbar?

Warum kann ich mich dieser neuen Institution gegenüber nicht neutral verhalten? Das Problem besteht darin, dass mit der Begründung und der Praxis dieser Institution Realitäten und Wahrnehmungsmuster für Realitäten geschaffen werden, die es mir schwerer machen, mein andersorientiertes Politikkonzept zu entwickeln. Es steht fundamental gegen die von mir – besonders nach den Erfahrungen der »Wende« in der DDR – vertretenen Selbstorganisationsansätze. Von einer stark selbst organisierten Szene würde die Entwicklung neuer Dominanzen einfach abgeschüttelt werden. Die neuen Dominanzversuche würden quasi mangels Zuspruch austrocknen. Leider ist dies nicht die vorherrschende Situation. Noch neigen wir dazu, nicht etwa in unserer unmittelbaren Umgebung Gleichgesinnte, Verbündete, Kraft und Ressourcen zu suchen, sondern es ist ja sooo viel einfacher, auf eine »große Bewegung« zu warten, der man sich nur noch anzuschließen braucht. Dieser Tendenz kommt die »Bewegungsstiftung« wieder einmal entgegen und negiert damit das alternative Ziel der Selbstorganisation von unten, des Dominanzabbaus auch in den eigenen Strukturen. Wenn diese Ziele keine Ziele der Bewegungsstiftung sind, kann diese Bewegung nicht meine Bewegung sein.

Natürlich will ich niemandem aus den verschiedenen Bewegungen vorschreiben, ob und wie sie sich organisieren ob und wie sie eine Stiftung entwickeln. Es mag auch sein, dass der Grundgedanke, den Umgang mit knappen Ressourcen zu koordinieren, sinnvoll ist. Was ich kritisiere, ist auf jeden Fall die Art Institution als »Setzung von oben«, wie sie mir nun begegnet. Niemand darf meinen Anteil an der Bewegung sich selbst zuschreiben, wie das durch die Teilnahme an der Demo am 15.2. in Berlin durch die »Bewegungsstiftung geschah. Ich bin nicht dort hingefahren für irgend einen Verein, auch nicht den »Bewegungsstiftung e.V.«. Die Vertretung durch ihn empfinde ich als Anmaßung. Vielleicht wird dies ein Grund sein, größere Aktionen grundsätzlich zu meiden. Zumindest sollte ich mir als Reaktion vornehmen, für jede Großaktion mindestens eine kleine, aber selbst organisierte, auf die Ressourcen meines Umfeldes gestützte Aktion durchzuführen!●

Annette Schlemm, Jena

## BETRIFFT: SCHWERPUNKTTHEMA BEWEGUNGSSTIFTUNG

Bezug: Kommentar Jörg Bergstedt »Organisierung von unten statt immer neue Eliten«

Ich will den Beitrag von Jörg Bergstedt ergänzen und ihn in seiner Stossrichtung noch verstärken: Das *Archiv der sozialen Bewegungen Bremen* hat zu seiner Gründung 2000 von der Stiftung Mitarbeit (Bonn) und seitdem zweimal beim Netzwerk Selbsthilfe Bremen/Nordniedersachsen kleinere Anträge auf Zuwendungen gestellt und auch problemlos bewilligt bekommen. Das Archiv ist kein eingetragener Verein oder ähnliches, es ist nach den herrschenden steuerrechtlichen Vorstellungen nicht gemeinnützig, es hat nach den Vorstellungen des bürgerlichen Rechtes keine Struktur, da es ein Zusammenschluss von wenigen Einzelpersonen ist, die nichts als ihr gegenseitiges Vertrauen zur Regelung der das Archiv betreffenden Verhältnisse haben.

Bei der Lektüre der Zuwendungsrichtlinien der sog. Bewegungsstiftung mussten wir nun erstaunt nach einer halben Seite Lektüre feststellen, dass erstens eine formale Struktur, sprich Verein, und zweitens die (vom Finanzamt erteilte) Gemeinnützigkeit Bedingung für die Antragstellung auf eine Förderung ist. Als wir in einer unser Verwunderung Ausdruck gebendenen E-Mail deswegen nachfragten, wurde uns bedeutet, dass das so sein müsse und außerdem, ließe sich, so Felix Kolb in seiner Antwort, »ein Verein auch äußerst demokratisch und ohne Vereinsmeierei organisieren« (Zitat Ende). Diese Regelung der Bewegungsstiftung verkennt völlig die finanzielle und personelle Situation vieler Basisinitiativen, die die Bewegungsstiftung angeblich ja fördern will, die eben nicht von formalen Strukturen und viel Zeit für die Buchführung, die Korrepondenz mit dem Finanzamt etc. geprägt ist. Zumal es ja fraglich ist, ob mensch sich die Gemeinnützigkeit gerade von einer dafür so qualifiziert erscheinenden Einrichtung wie einem deutschen Finanzamt ausstellen lassen muss.

Es stellt sich schon die Frage, warum bei der Bewegungsstiftung das nicht möglich ist, was andere Stiftungen (sogar die PDS-nahe Luxemburg-Stiftung ermöglicht das) problemlos ist: Einen Teil des Haushalts in kleineren Beträgen für kleinere Initiativen ohne großen bürokratischen Aufwand auszuschütten.

Ein Witz und eine weitere Steigerung ist es da nur, dass diese (Ausschluss-)Regelung z.B. dem in Bremen wohnenden Bewegungsarbeiter Jürgen Heiser nicht einmal bekannt war und dieser aus allen Wolken fiel, als sie ihm zur Kenntnis gebracht wurde! Nach diesen Erlebnissen hat sich bei uns der Eindruck weiter verfestigt, dass es der Bewegungsstiftung nicht um die Förderung von politischen (Basis-) Bewegungen, sondern um die Subventionierung bestimmter, medienkompatibler, neoreformistischer (attac) und euro-nationalistischer (Friedensbewegung) Grenzträger der Macht zu tun ist.●

Bernd Hüttner, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen (www.archivbremen.de)

## BETRIFFT BREMER BEGINENHOF

Sehr geehrte RedakteurInnen,
in Ihrer Oktober-Ausgabe (Nr. 229) berichten Sie über den Bremer Beginenhof, indem sie einen Artikel aus den Verdener Nachrichten übernehmen. Lobenswert finde ich, dass Sie weg von den negativen Schlagzeilen wollen, die in der Tat den Blick auf ein Frauenwohnprojekt verstellen, das in der Praxis viele Wünsche erfüllt.

Irritiert hat mich der Hinweis »auf finanzielle Unregelmäßigkeiten, verursacht von den beiden Initiatorinnen«. Ich bin Stadtplanerin und kenne dieses Projekt ganz gut aus Besichtigungen und aus einem Vortrag von Frau Riemer-Nolthenius in Dortmund im Oktober 2001. Daher weiß ich, dass die finanziellen Probleme nicht entstanden, weil die beiden Vorstände nicht rechnen können, sondern weil mehrere Millionen (DM) der immer wieder zugesagten EU-Fördergelder nicht geflossen sind. Leider haben die Vorstände es verabsäumt, sich diese Zusage schriftlich geben zu lassen. Sie haben auf medien-öffentlich gemachten Zusagen des (inzwischen CDU-) Wirtschaftsenators gebaut. Dass der sich an solche Aussagen nicht gebunden fühlte und eben nicht dafür sorgte, dass die formalen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der reservierten Gelder geschaffen wurden, sollte mensch dann nicht den Initiatorinnen anlasten.

Meines Wissens war Voraussetzung für die Eu-Förderung die Lage in einem ausgewiesenen Ziel-2-Gebiet. Die Straßenseite, an der der Beginenhof errichtet wurde, hätte vom Wirtschaftsenator lediglich in das benachbarte Ziel-2-Gebiet einbezogen werden müssen. Also nur ein Federstrich, um eine Menge Fördermittel nach Bremen zu holen und die finanzielle Basis des Projekts zu sichern.

Warum das nicht passierte, wäre allemal eine eigene Recherche wert! Auch Ihr Hinweis »Zudem soll es Unregelmäßigkeiten bei der Bezahlung von Handwerkern gegeben haben.« lädt zu Mutmaßungen ein und sollte aus Gründen journalistischer Sorgfaltspflicht doch eingehender hinterfragt werden. Sonst bleiben die Ursachen für den Einbruch der Finanzierung im Dunkeln und Ihre gut gemeinte Berichterstattung nährt eine Legendenbildung zu Lasten der IniatiorInnen.

Ich würde mich freuen, wenn meine Kritik Ihre Neugierde weckt und Sie Ihrer LeserInnenschaft Einblick in dieses schmerzliche Kapitel eines beispielhaften Frauenprojektes geben könnten.●

Rosemarie Ring

Anzeige

ESPERO
Neuerscheinungen
Walter Borgius
Die Ideenwelt des Anarchismus
86 Seiten / 7 €uro
Uwe Timm
Gesammelte Schriften
288 Seiten/ 18,50 €uro
Forum für einelibertäre Gesellschaft
Espero, Wuhnstorfer Moor 34b,
21629 Neu Wuhnstorf,
e-mail: Utespero@aol.com
www.utespero.de

TAGUNG:

# SMALL IS BEAUTIFUL – Politik für kleine Unternehmen

**Zwei Drittel aller Fusionen in Deutschland verfehlen ihr festgelegtes Ziel. Kein Wunder, dass sich die Fusions-Euphorie abgekühlt hat. Mit der jüngsten Erfolgsgeschichte von Porsche, dem kleinsten Automobilhersteller weltweit, ist deutlich geworden: nicht die Größe eines Unternehmens ist entscheidend für dessen Erfolg, sondern oft genau das Gegenteil: das »Kleinbleiben«.**

Ob Kreativität oder Kundennähe, ob Flexibilität oder Mitarbeitermotivation, ob Schnelligkeit oder Unternehmenskultur – bei vielen Parametern für den Unternehmenserfolg schneiden »die Kleinen« besser ab als die Großen. Immer mehr kleine Betriebe kommen zu der Erkenntnis: Wir sind anders. Wir sind nicht das kleine Abziehbild der Giganten. Unsere Stärken sind die Schwächen der Großen.

Und die Politik? Gibt es jenseits parteiübergreifender Lob-und Sonntagsreden konkrete Ansätze für eine Strategie zur Förderung der »Kleinen« – also der Unternehmen, die in den letzten Jahren bei weitem die meisten Arbeitsplätze geschaffen haben und künftig schaffen sollen? Wie können zum Beispiel kleine Unternehmen an mehr Kapital gelangen? Zählen nur Namen wie Holzmann, Grundig und Kirch – nicht aber die fast drei Millionen Kleinbetriebe, die es in unserem Land gibt?

Kleine Unternehmen stehen im Mittelpunkt der gemeinsamen Veranstaltung von *UnternehmensGrün* (Jahrestagung) und *Heinrich-Böll-Stiftung* (Veranstaltungsreihe »Zukunft der Arbeit«). Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Politik und Unternehmen garantieren verschiedenste Blickwinkel – grundsätzlich und kritisch, mit vielen Anregungen, Ideen und Beispielen für die unternehmerische Praxis.

**Termin:** Samstag, 8. November 2003, 10 bis 18.30 Uhr
**Ort:** Leipzig-Plagwitz, Konsum Zentrale, Industriestraße 85-95 (www.konsum-leipzig.de)

**TeilnehmerInnen, u.a.**
Dr. Jutta Horezky, Vorstand PC-Ware Information Technologies AG, Leipzig Martina Hübner, Erzgebirgische Backwaren GmbH, Annaberg/Thüringen Peter Martens, Agentur Visucom GmbH, Hauptgeschäftsführer Unternehmerverband Berlin Stefan Schröter, Geschäftsführer ODS – Office Data Service GmbH, Berlin Fritz Kuhn, MdB, Bündnis90/Grüne Gottfried Härle, Brauerei Clemens Härle, Leutkirch, Vorstand UnternehmensGrün, Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Das detaillierte Programm unter
www.boell.de/downloads/vkal3/small_aktuell.pdf

**Information:** Heinrich-Böll-Stiftung, Referentin Arbeit und Soziales, Ute Brümmer, Tel. (0 30) 285 34-245, Fax 285 34-108, E-mail: bruemmer@boell.de

KMU GENOSSENSCHAFT ZUR MITTELSTANDSFÖRDERUNG EG, HALLE

# Mehr als Geld und Zinsen

## – ein genossenschaftliches Beteiligungsmodell

**Die KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG mit Sitz in Halle unterstützt kleine mittelständische Unternehmen und Existenzgründer durch Bereitstellung von Beteiligungskapital. Sie ist bisher die erste und einzige Beteiligungsgenossenschaft Deutschlands. Das Geschäftsmodell der Genossenschaft stößt in eine Marktlücke, die durch den Rückzug der Banken entstanden ist. »Im Moment sind wir mit unserem Angebot konkurrenzlos« kommentiert Vorstandsmitglied Thomas Diedrichsen das Unternehmensmodell.**

**Jochen Kolb, Red. Genossenschaften** ● Für eine erfolgreiche Existenzgründung sind manchmal nur 10.000 Euro notwendig, aber von einer Bank nicht zu bekommen. So erging es Frau Angelika Köhler aus Werningerode. Frau Köhler wollte sich mit ihrer Arbeitslosigkeit nicht länger abfinden. Gemeinsam mit ihrem Lebenspartner plante sie, sich mit einem gastronomischen Betrieb selbständig zu machen. Sie besuchte eine Fortbildung, fand einen hervorragenden Standort für ihr Vorhaben und beantragte bei den ortsansässigen Banken einen Kredit. Aber leider ohne Erfolg. Alle Banken lehnten ihren Antrag ab. Ihr Vorhaben drohte zu scheitern. Durch einen Fernsehbericht im ZDF wurde sie auf die KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG in Halle an der Saale aufmerksam.

Die KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG, so wurde berichtet, unterstützt kleine mittelständische Unternehmen und Existenzgründer durch Bereitstellung von Beteiligungskapital. Nach einer Kontaktaufnahme und einem anschließenden Gespräch mit dem Genossenschaftsvorstand Thomas Diedrichsen bekam Frau Köhler nach kurzer Zeit die Zusage, dass die Genossenschaft sie bei Ihrem Vorhaben finanziell unterstützt. Weitere zwei Monate später konnte die Eröffnung einer erfolgreichen Steakbar gefeiert werden. Durch persönlichen Einsatz der Gründerin und der Unterstützung der KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG wurde so aus einer Arbeitslosen eine erfolgreiche Unternehmerin.

### Rückzug der Banken

Seit Jahren ziehen sich die Banken verstärkt aus der Finanzierung kleiner mittelständischer Unternehmen und Existenzgründer zurück. Das Geschäft ist für die Banken unrentabel und zu riskant geworden. Bereits 1995 erkannte der Unternehmensberater Thomas Diedrichsen aus Kiel, dass Banken restriktiver bei der Vergabe von Krediten an Unternehmen wurden. Trotz hervorragender Zukunftschancen wurden vielen Unternehmen keine Kredite mehr gewährt, so dass die Unternehmer ihn verstärkt um Unterstützung bei der Kreditbeschaffung baten.

Nach vielen Gesprächen mit Banken und öffentlichen Förderstellen kam Thomas Diedrichsen zu der Erkenntnis, dass es den Banken aufgrund der gesetzlichen Beschränkungen und der bereits vergebenen, teils auch faulen Krediten immer schwerer fiel, weiteres Geld an Firmen zu verleihen. Gemeinsam mit sechs weiteren Unternehmern gründete Thomas Diedrichsen daher 1998 die KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG. Die neue Genossenschaft sollte eine Hilfe zur Selbsthilfe sein und neben den Banken besonders kleine mittelständige Unternehmen und Existenzgründer mit Kapital ausstatten. So entstand die erste und einzige Beteiligungsgenossenschaft Deutschlands.

### Beteiligung ohne Sicherheiten

Anders als bei Banken vergibt die Genossenschaft Beteiligungsfinanzierungen, für die die Unternehmen keine Sicherheiten stellen müssen. Um einen guten Überblick über die Entwicklung der finanzierten Unternehmen zu bekommen, erbringt die Genossenschaft für die Unternehmen Dienstleistungen wie Planungen, Buchhaltung und Kostenrechnung. Außerdem erhalten die Unternehmer Ratschläge zur Optimierung ihrer Geschäftsbetriebe. Nach anfänglichen Akzeptanzproblemen ist dieses Geschäftsmodell inzwischen voll etabliert. Neben den Wirtschaftsministerien Sachsen-Anhalt und Berlin wurde auch der Bundeswirtschaftsminister darauf aufmerksam. Bisher konnte die Genossenschaft 41 Unternehmen unterstützen.

»Wir müssen nach neuen Wegen suchen, denn die Kapitalsituation der Mittelständler ist dramatisch. Eine Bank hat gar nicht die Möglichkeit, am täglichen Betriebsgeschehen teilzuhaben. Darum ist die Risikoscheu der Institute auch zu verstehen. Bei dem Genossenschaftsmodell werden Betriebswirte, Unternehmer und Geldgeber an einen Tisch gebracht. So kann man Geld für die Firmen auftreiben und durch die enge Beziehung des Geschäftsganges gleichzeitig das Risiko für den Kapitalgeber minimieren« kommentierte Lothar Späth, Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG das Genossenschaftsmodell gegenüber dem ZDF.

### Anfrage übersteigt Finanzpotential

Auch Frau Brunhilde K. Titze aus Groß-Biberau in Hessen hat sich mit einem Antrag an die KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG gewandt. Frau Titze stellt in einem Familienbetrieb Schreibgeräte der Marke »Ville d'Argent« her und hat gerade mehrere Großaufträge angeboten bekommen. Ihr Kreditantrag bei verschiedenen Banken wurde abgelehnt. Auch Fördermittel wurden ihr nicht bewilligt. Sonst kann ich die neuen Aufträge nicht annehmen» so Frau Titze.

Thomas Diedrichsen, Vorstand der KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG, hat den Antrag von Frau Titze geprüft und ist sich sicher, dass eine Beteiligungsfinanzierung eine hervorragende Unterstützung für das Produktionsunternehmen von Frau Titze darstellt. »Wir würden Frau Titze gerne unterstützen. Aber dazu fehlt uns das Geld. Wir haben noch viel zu wenige Investoren, die bei uns ihr Geld anlegen. In diesem Jahr haben wir über 1.000 Anfragen von Unternehmen nach einer Finanzierung gehabt und leider nur weniger als 50 Anfragen von Investoren, die uns Geld zur Verfügung stellen wollen« beklagt Thomas Diedrichsen.

### Stärkung der Region

»Durch die Globalisierung und das veränderte Sparverhalten der Bürger fließt viel zu viel Geld aus der Region ab« bedauert Thomas Diedrichsen. »Wir müssen mit den Bürgern sprechen und versuchen, ihr Sparverhalten wieder zu ändern. Wenn die Bürger ihr ganzes Geld den großen Versicherungs- und Investmentgesellschaften geben, haben sie bei sich zuhause gar nichts davon. Außer Zinsen nichts gewesen. Diese Gesellschaften verwalten das Geld von den großen Finanzplätzen Frankfurt, Wiesbaden, München oder London aus und schaffen dort Arbeitsplätze. Investiert wird das Geld aber vorrangig international, so dass der Sparer in seiner Heimat davon nichts hat! Wir müssen daher unser Geld verstärkt in die Region investieren.«

»Genau hier setzen wir an« erläutert Thomas Diedrichsen weiter. »Wenn wir die Bürger überzeugen können, einen Teil ihres Geldes bei uns anzulegen, dann können wir in seiner Umgebung Unternehmensgründungen und Unternehmenswachstum finanzieren. Dadurch erhalten oder schaffen wir dort Arbeitsplätze. Zum Glück haben auch einige Landesregierungen erkannt, dass wir ihnen helfen können, Unternehmen anzusiedeln. Wenn wir von dort für die Unternehmen Fördermittel bekommen könnten, wären wir in der Lage viel effektiver und noch erfolgreicher zu arbeiten.«

### Möglichkeiten Gelder anzulegen

Für interessierte Sparer und Kapitalanleger hat die KMU Beteiligungen Mitteldeutschland eG & Co KG Wertpapiere aufgelegt. Sie bietet jedem Bürger die Möglichkeit, sich in Form von Genusscheinen am Erfolg der Gesellschaft zu beteiligen. Die Wertpapiere sind nach den Genussrechtsbedingungen mit einer Grundverzinsung von 7,5% und einer zusätzlichen Gewinnbeteiligung ausgestattet. »Für uns als Genossenschaft war es ein schwerer Weg, die Bedingungen des Bundesaufsichtsamtes für Finanzdienstleistungen zu erfüllen und die Genehmigung für das öffentliche Angebot zu erhalten« sagt Thomas Diedrichsen. »Aber wir sind stolz darauf, es geschafft zu haben.«

Die KMU Genossenschaft zur Mittelstandsförderung eG bietet Einmalanlagen ab 500 EUR und Sparpläne ab 50 EUR pro Monat an, die besonders als zusätzliche Säule zum Aufbau der Altersvorsorge geeignet sind. »Obwohl die von uns gezahlten Zinsen abzüglich der Freibeträge versteuert werden müssen, ist die Rendite meistens besser als bei einer kapitalbildenden Lebensversicherung« freut sich der Genossenschaftsvorstand. Nähere Informationen gibt es auch im Internet unter www.ir.kmueg.de. ●

BUCHBESPRECHUNG

# Beteiligungskapital als Finanzierungsstrategie – Chance auch für Kleinunternehmen?

**Neue Kreditvergabevorschriften (Basel II) und damit verbundene Rankings und Ratings führen in vielen Branchen nicht nur zur Abwertung und damit Erhöhung der Kreditzinsen, sondern schließen eine Kreditvergabe teilweise sogar aus. Entsprechend müssten Unternehmensbeteiligungen als Instrument zur Bereitstellung von Kapital für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland an Bedeutung gewinnen. Gegenwärtig sind sie als Finanzierungsinstrument allerdings noch wenig verbreitet und erweisen sich in ihrer Umsetzung oftmals als aufwendig. Die fundierte Veröffentlichung von Michael Schefczyk könnte hier zur Wissenserweiterung und damit zur besseren Nutzung erheblich beitragen.**

**Burghard Flieger, Red. Genossenschaften** ● Viele Unternehmen, gerade im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen (im Folgenden KMUs genannt), sind unterkapitalisiert oder dauerhaft falsch finanziert. Beispielsweise werden oftmals teure kurzfristige Gelder als langfristige Darlehen benutzt. Die Eigenkapitalquote liegt bei den wenigsten Firmen über 15%. Diese Unterkapitalisierung hat zur Folge, dass viele Klein- und Mittelbetriebe sehr empfindlich auf Marktschwankungen und Schwankungen bei der Auftragsvergabe reagieren. Das gilt im gleichen Maße für die Teilgruppe der Unternehmen, die sich der Nachhaltigkeit und damit sozialen und ökologischen Zielen verschrieben haben. Ihre geringe Kapitaldecke lässt sie extrem abhängig von Kapitalgebern werden.

### Alternative zur Kreditfinanzierung

In Deutschland übernehmen die Finanzierungsfunktion noch immer klassischerweise die Kreditinstitute, die sich gegenwärtig bei Krediten an kleine Unternehmen eher sehr zurückhaltend verhalten. Die Folge ist, dass auch viele ökologisch-soziale Unternehmen im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise unter Druck stehen, ihre Geschäftstätigkeit einstellen zu müssen. Hintergrund hierfür ist der Blickwinkel und die Herangehensweise vieler Banken. Sie betrachten nicht die Perspektiven und Zukunftsaussichten der Unternehmen, sondern reagieren auf die Gefahr eines potentiellen Kreditausfalles mit der Einleitung entsprechender Sicherungsmaßnahmen und der Inkaufnahme des »Kleinere Übels«: Verlust eines Teils ihres gegenwärtigen Kreditengagements, indem auf Hilfen zur finanziellen Konsolidierung verzichtet wird.

Vor diesem Hintergrund kommt der externen Eigenkapitalfinanzierung nicht börsennotierter Unternehmen wachsende Bedeutung zu. In der Veröffentlichung von Michael Schefczyk »Finanzieren mit Venture Capital« werden sowohl für Organisationen, die diese Leistungen anbieten wollen als auch für die kapitalnachfragenden Unternehmen wichtige Grundlagenerkenntnisse zur Verfügung gestellt. Neben einer Übersicht über das Phänomen Venture Capital bzw. Wagniskapital werden die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für das Angebot dieser Form der Finanzierung aufgezeigt. Dabei finden das Steuerrecht und das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften Berücksichtigung.

### Wege zur Beteiligung

Schefczyk zeichnet die Entwicklung des deutschen Wagniskapitalmarktes nach. Dabei werden auch öffentliche Förderprogramme mit einbezogen. Erkenntnisse zur Gestaltung eines Business-Plans sollen jungen Unternehmen Hilfestellung zur Präsentation zur Gewinnung von Finanziers vermitteln. Neben einer Übersicht, welche Inhalte in diesem Business-Plan abgedeckt werden müssen, werden darüber hinaus Möglichkeiten zur Entwicklung des eigentlichen Geschäftsplans sowie seines Einsatzes zur Kapitalakquisition aufgeführt.

Der Autor klärt auch auf über die nicht immer einfachen Schritte hin zur Beteiligung. Am Anfang steht die Kommunikation über das Leistungsangebot eines Beteiligungsunternehmens. Zum einen bietet es Kapital Unternehmen an, wirbt aber gleichzeitig auch bei potentiellen Anlegern um Kapital. Nächster Schritt ist die Beschaffung von Informationen über die Unternehmen, an denen sich die Gesellschaft beteiligen will wie Größe, Branche, Region, Zukunftstrends etc. Interessierte Unternehmen müssen sich dann, meist in einem mehrstufigen Verfahren, einer Auswahl unterziehen. Ziel ist unter anderem, das Risiko für die Beteiligung gering zu halten. Zu diesem Zweck werden auch kontinuierliche Kontrollmöglichkeiten vereinbart. Typisch ist außerdem, dass meist Vereinbarungen über den Ausstieg geschlossen werden.

Das Buch »Finanzieren mit Venture Capital« gibt klar und verständlich das Wesen des Venture Capitals wider. Es ist gegenwärtig, trotz einer Fülle teilweise auch aktuellerer Veröffentlichungen, eine der interessantesten und fundiertesten Schriften zum Thema. ●

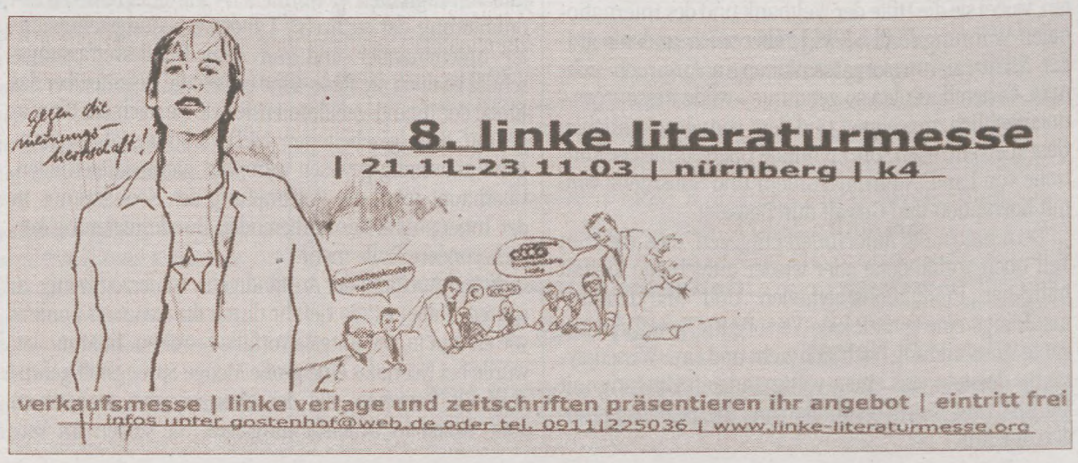
**Michael Schefczyk: Finanzieren mit Venture Capital. Grundlagen für Investoren, Finanzintermediäre, Unternehmer und Wissenschaftler, Stuttgart (Schäffer-Poeschel Verlag) 2000, 49,95 EUR**

Gegen Einsendung von € 2,20 in Briefmarken erhalten Sie Infos und Tipps zum Thema Kinderrechte und für eine stärkere Beteiligung von Kindern an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen.

**Naturfreundejugend Deutschlands**
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

**www.kindergipfel.de**

Anzeige



## Frauen in Afghanistan

»Die Befreiung der Frau, eines der erklärten Ziele der US-Bombenangriffe auf Ziele in Afghanistan, ist weitgehend ausgeblieben«, so die Bilanz der Journalistin Judith Huber, die über ihre Begegnungen mit afghanischen Frauen im Herbst 2002 berichtet. Drei Frauen stehen dabei im Zentrum: Die Frauenpolitikerin Suraya Parlika, die seit den 70er Jahren trotz Gefängnis und Folter unbeirrt für die Rechte ihrer Geschlechtsgenossinnen eintritt, die Ärztin Sima Samar, die als Angehörige der ethnischen Minderheit der Hasara doppelt diskriminiert wurde und es dennoch schaffte, Kliniken und Schulen auch für Mädchen und Frauen einzurichten, und die Rechtsprofessorin Mahbuba Hoquqmal, der es nicht genügt, wenn Frauenrechte proklamiert werden: sie macht sich stark dafür, dass sie auch angewendet werden. Damit hapert es noch ganz gewaltig.

Kein Wunder, besetzen doch die konservativen Vertreter der »Nordallianz« – den Frauen Kabuls aus dem Bürgerkrieg in furchtbarer Erinnerung – entscheidende Positionen in der von den USA gestützten Regierung des Hamed Karsai. Bitter vermerkt die ehemalige Präsidentin des Afghanischen Roten Halbmonds und heutige Vorsitzende der All-Afghanischen Frauenvereinigung Parlika, die Welt habe heute, nach der Ernennung von drei Ministerinnen und einer neuen Kleiderordnung (zwar nicht mehr der Ganzkörperschleier, aber immer noch lange Gewänder plus Kopftuch), kein Interesse mehr am Schicksal der Frauen ihres Landes. Dabei werden immer noch Mädchenschulen attackiert, Frauen auf der Straße von Mitarbeitern des regierungsamtlichen »Departements für Islamische Weisungen« wegen Nichteinhaltung der Kleidervorschriften öffentlich getadelt, Frauenarbeitsplätze sind so gut wie nicht vorhanden. Von hundert Neugeborenen sterben 25, von hundert Müttern überleben fünf nicht die Geburt. Während der US-Bombardierung war die Zahl der Tot-und Fehlgeburten am höchsten. Bei Temperaturen von minus zwanzig Grad im Winter ohne Heizung schaffen es viele Frauen nicht, ihre Kinder genügend warm zu halten.

»Die Freiheit darf nicht nur symbolisch sein«, verlangt Sima Samar, die frühere Frauenministerin und heutige Leiterin der UN-unterstützten afghanischen Menschenrechtskommission. Aufgrund ihrer mutigen Aktivitäten auch während der Talibanzeit ist sie bis heute ihres Lebens in Kabul nicht sicher. Rund um die Uhr wird Samar – Fundamentalisten beschimpfen sie als »Salman Rushdie Afghanistans« – von Leibgarden bewacht. Als Frauenministerin der Übergangsregierung hat sie immerhin einen Frauenbonus bei der Aufnahmeprüfung für die Universität bewirkt.

So etwas ist den Hardlinern zuwider: für sie gehören Frauen ins Haus – auch im Jahr 2003. Dennoch keimt bei der Lektüre auch Hoffnung: die Berichte von starken Frauen, die Drohungen, Beschimpfungen und Mißhandlungen aushalten und an ihrem Ziel, der Emanzipation der Afghaninnen, weiterarbeiten, sind so beeindruckend, dass man trotz allen beschriebenen Elends das Buch auch mit Vergnügen liest.●

**Ariane Dettloff**

**Judith Huber:** Risse im Patriarchat – Frauen in Afghanistan, Rotpunktverlag, 240 Seiten

## TINA und die Alternativen zur Globalisierung

Wer an Sinn und Erfolg der Globalisierung zweifelt, bekommt oft denselben Satz zu hören – ob belehrend oder bedauernd: »Es gibt keine Alternative«. Mit diesem scheinbar gottgegebenen Mythos der im englischsprachigen Raum das TINA-Prinzip genannt wird, räumen hier eine Reihe bekannter AutorInnen auf. Ausgehend von ökofeministischen Ansätzen geht es anfangs um theoretische Grundlagen einer »Subsistenzperspektive« als Alternative zum globalisierten kapitalistischen Patriarchat. Subsistenz bedeutet Orientierung auf die reichhaltige Versorgung statt des global proklamierten Kampfs um den Profit.

Der zweite Teil analysiert Globalisierung als Form einer Kolonisierung, gegen die weltweiter Widerstand stattfindet. Es werden Beispiele aus Indien, Melanesien, Australien, Afrika und Kanada behandelt. In der Landwirtschaft sind es die Agrarkonzerne, die mit Patentrechten, »Bio-Piraterie«, Agrarchemie und Genmanipulation neue Hungerkatastrophen und ökologische Verwüstung herbeiführen. Bergbaukonzeme versuchen, das heimische kommunale Landnutzungsrecht zu zerstören, wobei sie die Hilfe der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), aber auch anderer großer Nichtregierungsorganisationen in Anspruch nehmen. Generell werden so genannte »wilde Ressourcen« unentgeltlich angeeignet und dem gemeinschaftlichen Gebrauch entzogen. Die koloniale Übernahme der Kontrolle von Land, Nahrungsmitteln und Subsistenz wird mit Korruption und Gewalt durchgesetzt.

Dem halten die AutorInnen entgegen, dass die zum Teil noch vorhandene oder wieder aufgebaute Vielfalt indigener Produktionsmethoden und Marktzusammenhänge eine gute lokale Versorgung gewährleistet, keine Verschuldung nach sich zieht und ein »Wissenssystem« darstellt, das einen völlig anderen Umgang mit Mensch und Natur beinhaltet und Herrschaftsmethoden ablehnt.

Abschließend geht es um die Verteidigung von Subsistenz in der Praxis. Die Beispiele stammen aus Mexiko, Bangladesh, Großbritannien und Deutschland. Graswurzel-Bewegungen versuchen, das Leben basisdemokratisch und an der Eigenmacht der Menschen orientiert zu gestalten. Für alle, die nicht daran glauben, dass die neoliberale Globalisierung unser unvermeidliches Schicksal ist, bietet dieses Buch Beispiele, die Mut machen, sowie eine solide Grundlage zur Formulierung eigener Ideen und zum Beschreiten eigener Wege, damit die Menschen ihre Zukunft selbst gestalten können. Es enthält in erster Linie Beiträge von Intellektuellen, die klar der »Subsistenzschule« zuzuordnen sind, wie Maria Mies, Claudia v. Werlhof, Vandana Shiva, Gustavo Esteva oder Christa Müller. Die HerausgeberInnen sind Claudia von Werlhof, Veronika Bennholdt-Thomsen und Nicholas Faraclas. Von Werlhof, 1943 geboren, ist Professorin für Frauenforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Zuletzt ist von ihr – gemeinsam mit Maria Mies – das Buch »Lizenz zum Plündern« erschienen. Bennholdt-Thomsen, 1944 geboren, ist Direktorin des *Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz* in Bielefeld. Zuletzt erschien von ihr, ebenfalls im Promedia Verlag, »Das Subsistenzhandbuch«. Faraclas, 1945 in Griechenland geboren, arbeitet an der Universität San Juan in Puerto Rico.

Hinweis: Das Forschungsprojekt des *Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz* im Wettbewerb *Modellprojekte für nachhaltiges Wirtschaften* mit weiteren lesenswerten Texten ist unter www.nachhaltig.org/itps/reg12fr.htm im Netz zu finden.●

**Oliver Winkel**

**von Werlhof/ Bennholdt-Thomsen/ Faraclas (Hrsg.):** Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung , 256 Seiten, 19,90 EUR, Wien 2003, Promedia Druck- & Verlagsges.m.b.H., Wickenburggasse 5/12 A-1080 Wien, www.mediashop.at

## Wozu brauchen Schüler Lehrer?

Frigga Haug macht in ihrem Buch deutlich, dass Lernen ein unabschließbarer Prozess ist, der Selbstkritik und Gesellschaftskritik sowohl voraussetzt als auch zum Ziel hat: »Als spezifisches Lernen ist der Prozess gefasst, in dem die Gewohnheit der Eindeutigkeit, die Schuld bei anderen, Opfersein bei sich selbst zu verorten, in Gut und Böse zu denken, aufgegeben wird und die freigesetzte Energie es endlich erlaubt, sich selbst als widersprüchlich zu erfahren und also die Einsicht zu gewinnen, dass Selbstreflexion, Kritik, Balance ein ständiger Prozess des Lernens ist und dies Menschsein und in dieser Weise auch Glück wie Unglück, Alleinsein wie Zusammensein bedeutet.«

Wie solche Lernprozesse organisiert werden können, auch in schlechten Verhältnissen, zeigt die Autorin im überzeugendsten Kapitel des Buches, dessen Überschrift sich alle Lehrenden (Lehrer, Dozenten, Professoren etc.) zur programmatischen Leitlinie ihres Lehr-Handelns machen könnten: »Erfahrungen in die Krise führen«.

[...]

Schüler benötigen Sicherheit und Angstfreiheit, um Neues zu lernen, weil jedes wirkliche Lernen alte Sicherheiten, alte Ordnungen und klare Prinzipien zerstöre und damit Erfahrungen in die Krise führe. Dass man aus Erfahrung lerne, ist nicht wahr. Aus Erfahrung kann man ebenso dumm werden.

Frigga Haug, geboren 1937, war bis 2001 Professorin an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Sie ist Mitherausgeberin und Redakteurin der Zeitschrift *Das Argument*, Redakteurin des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus und des Forum Kritische Psychologie. Ihre Forschungsschwerpunkte: weibliche Vergesellschaftung und Frauenpolitik, Arbeit und Automation, sozialwissenschaftliche Methoden und Lernen.●

**(Gekürzte Fassung) Klaus Weber**

**Frigga Haug:** Lernverhältnisse : Selbstbewegungen und Selbstblockierungen. Hamburg : Argument Verl., 2003

## Abschalten und abschaffen

**Rolf Gössners neues Buch »Geheime Informanten« stößt eine überfällige Debatte zu Geheimdiensten an.**

Die Abschaffung des Verfassungsschutzes gehört zum Kernbestand der Forderungen einer linken, demokratischen Innenpolitik. Diese Forderung wurde einst auch von den Grünen vertreten. Seit sie in der Bundesregierung sind, hört man davon allerdings nichts mehr. Allenfalls von zaghaften »Reförmchen« wie einer besseren Koordinierung der sechzehn Landesverfassungsschutzämter untereinander und mit dem Bundesverfassungsschutz ist noch die Rede. Eine ernsthafte Debatte über das Elend der Inlandsgeheimdienste, wie sie nach der Blamage mit dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren dringend notwendig gewesen wäre, hat nicht stattgefunden. Überhaupt spielt die Bekämpfung des Neonazismus in der Innenpolitik der amtierenden Bundesregierung keine besondere Rolle mehr.

Vom »Aufstand der Anständigen« ist derzeit wenig zu spüren. Dabei ist die Gefahr durch die Neonazis konkret wie eh und je, wie jüngste Vorfälle beweisen. In München wurde bei Neonazis eine große Menge Sprengstoff gefunden. Elf Personen, die der Neonaziszene zuzuordnen sind, sitzen in Untersuchungshaft. Sie stehen im Verdacht, einen Bombenanschlag anlässlich der Grundsteinlegung für die jüdische Synagoge am 9.November auf dem Münchner Jakobsplatz vorbereitet zu haben. Die Aufdeckung dieses Plans war kein Resultat der Arbeit des Verfassungsschutzes, sondern geschah durch Zufall. Ein Aussteiger wurde von seinen früheren Kumpanen verprügelt und rächte sich, indem er die Anschlagspläne bei der Polizei auffliegen ließ.

Notwendig ist vor diesem Hintergrund eine Debatte über die Effizienz geheimdienstlicher Maßnahmen, vor allem aber über ihre prinzipielle Zulässigkeit in einem demokratischen Rechtsstaat. Einen wichtigen Anstoß für eine neue kritische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz als Fremdkörper im Verfassungsstaat gibt nun der Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner in seinem neuen Buch »Geheime Informanten«. Der Untertitel »V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates« verweist auf den ersten Schwerpunkt der 315 Seiten starken, spannend geschriebenen Darstellung.

Anhand bisher unveröffentlichten Aktenmaterials und aufgrund eigener Recherche bei V-Leuten, Geheimdienstlern, Politikern, Richtern und Staatsanwälten schildert Gössner – der auch Mitherausgeber der Zweiwochenschrift für Politik *Ossietzky* ist – umfangreiche Fallstudien zu rechtsextremen V-Mann-Karrieren, zu ihrer Anwerbung, »Führung« und zu den Straftaten, die sie in Ausübung ihrer staatlich gebilligten Tätigkeit begehen. Gössners Fazit ist vernichtend. Der Verfassungsschutz ist im Gestrüpp brauner Parteien und Neonazigruppen tief verstrickt. Gewaltbereite Rassisten und Schwerkriminelle können mit staatlicher Hilfe ihr Unwesen treiben. V-Leute begehen oder provozieren Straftaten, um sich nicht als Spitzel verdächtig zu machen. Kriminelle V-Leute werden von den V-Mann-Führern vor polizeilicher Verfolgung abgeschirmt. Über V-Leute werden indirekt Neonazi-Aktivitäten mit Staatsgeldern unterstützt. Aussteigewillige werden vom Verfassungsschutz veranlasst, weiterhin in der Szene auszuharren, um sich als V-Personen »zu bewähren«. Insgesamt werden somit Menschen im Namen der Freiheit in Gefahr gebracht, obwohl diese Form der Nachrichtenbeschaffung rechtlich bedenklich und zudem häufig unzuverlässig ist.

Diese Erkenntnisse wendet Gössner im zweiten Teil seiner Untersuchung auf das NPD-Verbotsverfahren, dem er skeptisch gegenübersteht, an. Einerseits – so argumentiert er – müsse ein Staat mit der historischen Verantwortung Deutschlands Neonazis besonders wirksam unter Kontrolle halten. Ein Parteiverbotsverfahren sei dabei aber ein fragwürdiges Mittel und zudem im konkreten Fall der NPD Teil einer »Symbolpolitik«, die lediglich Alibicharakter habe und einer echten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Wege stehe. Aufgrund der Verstrickung des Verfassungsschutzes mit den Neonazis sei das Scheitern des Verfahrens programmiert gewesen. Gössner führt noch einmal minutiös die Verflechtung der Verfassungsschutz-Informanten mit den Führungsgremien der NPD und den daraus folgenden kläglichen Versuch der Antragsteller (Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat) an, diese Beziehungen zu verheimlichen oder ausgerechnet vor dem Bundesverfassungsgericht einen rechtsstaatswidrigen »Geheimprozess« durchsetzen zu wollen. Die skandalöse Art der Prozessführung hatte zur Folge, dass Karlsruhe das Verfahren einstellte und die eindeutig verfassungsfeindliche NPD auch noch einen Propagandaerfolg geliefert bekam.

Aus diesem Verfahren zieht Gössner prinzipielle Schlussfolgerungen. Die Inlandsgeheimdienste sind nach seiner Auffassung reformunfähig. Die Rolle des Verfassungsschutzes bei der Auseinandersetzung mit dem Neonazismus müsse grundsätzlich in Frage gestellt werden. Gössner sieht im Verfassungsschutz ein »ideologisches Kind des Kalten Krieges«. Er sei in den fünfziger Jahren zur Absicherung des westdeutschen »Bollwerks gegen den Kommunismus« geschaffen worden. Die über 50jährige Geschichte des Verfassungsschutzes lasse sich als eine Geschichte von Skandalen und Bürgerrechtsverletzungen lesen, von der Überwachung demokratischer Organisationen wie z.B. der Friedensbewegung über skandalöse Sicherheitsüberprüfungen und illegale Telefonabhöraktionen bis hin zu dem fingierten Bombenattentat, das als »Celler Loch« in die Geschichte einging. Das NPD-Verbotsverfahren bewertet Gössner als vorläufigen Höhepunkt in dieser Reihe von Skandalen. Zaghafte Änderungsvorschläge wie etwa die Einsetzung eines Geheimdienstbeauftragten des Bundestags seien nicht ausreichend. Auch Rufe nach besserer Koordinierung der Geheimdienstarbeit dienten allenfalls einer Effizienzerhöhung, wagten sich aber nicht an die Geheimstrukturen heran. »Ein Geheimdienst wäre kein Geheimdienst, wenn er sich offen und voll kontrollieren ließe.«

Gössner sieht eine Alternative im Aufbau einer offen arbeitenden, wissenschaftlichen Dokumentationsstelle zur Beobachtung, Erforschung und Analyse des Neonazismus. »Die Qualität der bisherigen Arbeit des Verfassungsschutzes und ihre Ergebnisse sind mehr als fragwürdig. Trotz der zahlreichen V-Leute in der rechten Szene, die den Erkenntniswert nicht nennenswert gesteigert haben, hat der Verfassungsschutz lange Zeit die rechte Gewalt als spontan und unorganisiert abgetan, Mitglieder- und Aktivistenzahlen heruntergespielt, Vernetzung und Organisierung geleugnet. Eine offen arbeitende Institution hätte gegenüber dem Verfassungsschutz den enormen Vorteil, dass sie weniger interessegeleitet wäre als ein Regierungsgeheimdienst, dass sie kontrollierbar wäre und dass ihre wissenschaftliche Diagnose- und Analysefähigkeit denen des Verfassungsschutzes deutlich überlegen wäre.«

Das Buch bietet eine Fundgrube an neuem Material über die V-Mann-Praxis der Geheimdienste, eine ausführliche Schilderung des blamablen Ablaufs des NPD-Verbotsverfahrens sowie die kritische Reflexion von Reformvorschlägen.●

**Ulla Jelpke**
**junge Welt 25.10.03**

**Rolf Gössner:** Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates. Knaur-Taschenbuch, München 2003, 315 Seiten, 12,90 EUR

## Most Wanted!

In der Tat: Wein-Bücher gibt's viele, aber ein Most-Buch? Nur weil Most als »Wein der armen Leute« gilt, sollte es dazu nichts zu sagen geben? Von wegen, fand die Kulinarik-Journalistin Gudrun Mangold und schrieb: »Most. Das Buch zu Apfel- und Birnenwein.«, das pünktlich zur Frankfurter Buchmesse erschien.

Most, der Wein aus Äpfeln und Birnen, so erfährt man, ist eines der ältesten Kulturgetränke überhaupt und war nördlich der Alpen auch immer eines der wichtigsten. Nicht zuletzt für die Germanen, die ihren sehr sauren Apfelwein »Lit« nannten, woher sich u.a. das Wort »Litfass-Säule« ableitet.

»Mosttrinker sind Naturschützer«, schließt sich Mangold dem Motto des NaBu an – zum einen kommen die alten Obstsorten der Streuobstwiesen ohne Spritzmittel und Kunstdünger aus, Most ist somit fast automatisch ein Bio-Getränk, zum anderen sind diese Wiesen Reservate für zahlreiche geschützte Tiere und Pflanzen.

Ausführlich stellt Gudrun Mangold dar, »wie Most gemacht wird« und gibt dabei auch wertvolle Tipps zur Vermeidung von Fehlern. Wer über Mostobst verfügt und nicht weiß, was er damit anfangen soll, kann das Buch als Anleitung benutzen.

Auch die verschiedenen »Mostsorten« werden vorgestellt, vom sehr verdünnten »Knechtwein« über den Alltagsmost der Bauern und Arbeiter bis hin Edelmosten, die einem Champagner durchaus gleichkommen.

Sehr lehrreich ist der »Streifzug durch alte Obstsorten«. Man erfährt u.a., dass die Hochstämme dem Vieh immer auch wertvoller Schattenplatz waren und dass gerade die im Mostobst reichlich vorhandenen phenolischen Substanzen gesundheitlich sehr wertvoll sind.

Über den Mostkrugrand hinaus geht der Blick auch nach Österreich, wo man sich auf Birnenmost versteht, nach Frankreich, wo der schäumende Cidre zu Hause ist, nach Spanien, wo man die Sidra aus den Fässern schießen lässt, und nach England, wo man in den Pubs gerne den Cider trinkt.

Sehr unterhaltsam dargeboten, erfährt man hier einfach alles rund um den Most. Reizvoll sind auch die zahlreichen historischen und aktuellen Fotos, mit denen das Buch reich ausgestattet ist.

Mostrezepte von der Mostsuppe bis zum Mostsorbet und »Mostgeister« wie Tresterschnaps und Birnenwasser runden das Mostbuch auf gehaltvolle und angenehme Weise ab.

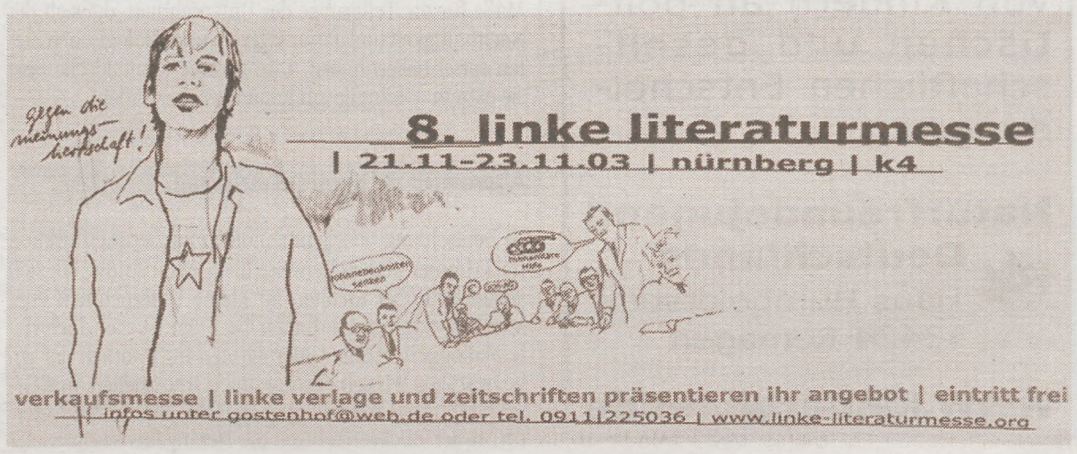
»Ein guter Most«, so Gudrun Mangold, »kann manch einem Wein leicht das Wasser reichen, und vielleicht war es manchmal ein Glück für die Armen, dass das die Reichen nicht gemerkt haben!«

Ein unterhaltsames und informatives Buch rund um den Most, ein Lese-Vergnügen, leicht und spritzig – wie guter Most.●

**Eugen Rieser**

**Gudrun Mangold: »MOST. DAS BUCH ZU APFEL- UND BIRNENWEIN«** 144 S., 125 meist farbige Abbildungen, Silberburg-Verlag Tübingen, 19,90 EUR

Anzeige



## PROJEKTE

Neu gegründete Stadtkommune (nicht esoterisch!) in Erfurt sucht dauerhaft Leute. Sind im Moment zu fünft mit gemeinsamer Kasse, kleinem Garten, sozialen und (anti)politischen Ideen und Projekten und wollen uns erweitern.
Kontakt unter
☎(03 61) 561 66 95 oder
stadtkommune.ef@arranca.de

Kommune-Projekt im Aufbau sucht Menschen, die Lust auf Landleben, Kommune und linksradikale Politik haben. Ausbaufähiger Resthof vorhanden, 35 km von Bremen. Kontakt:
kommune-p-u@gmx.de

## INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2003 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Antifaschistisches Info Blatt
Nr.60 | 3/2003
15 Jahre Antifaschistisches-Info Blatt (AIB)
Jubiläumsausgabe:
"Nahaufnahmen-Reportagenblicke nach Rechts"
17 Reportagen auf 60 Seiten
Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/nadir/periodika/aib
Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Wacht auf, Verdammte dieser Erde
(FORTSETZUNG FOLGT)
DA Direkte Aktion
Anarchosyndikalistische Zeitung
Mühlgasse 13,
60486 Frankfurt/Main
da-abo@fau.org

ALLTAGSCHAOS, JENS VERGESSEN, SCHULE VERPEILT -> GEREGELT
FÜR 6,50 EUR,
AB 5 EXEMPLARE: 30 % RABATT
UNRAST VERLAG,
POSTFACH 8020, 48020 MÜNSTER
INFO@UNRAST-VERLAG.DE
antifakalender 2004

graswurzel revolution
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim

Enough is enough!
Neonazi-Aufmärsche, RechtsRock-Konzerte
13,- € für 4 Ausgaben
Abos und Bestellungen,
Lieferung gegen Vorkasse
(Bar, Briefmarken) bei:
rat – reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT
SKLAVEN-ARBEIT.
BAYER beutet Kinder aus.
STICHWORT BAYER
Widerstand gegen Konzernmacht. Konkret, spannend, international.
Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

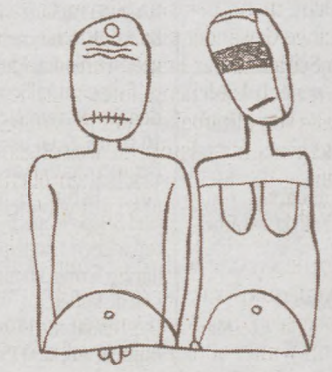
grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte
"Letztlich sollen aber alle Beiträge in den Grundrissen dazu dienen, die Reflexion der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung im Hinblick auf deren emanzipatorische Überwindung voranzutreiben."
Aus dem Editorial der Nr. 1
Die grundrisse erscheinen 4 mal im Jahr, ein Abo kostet nur 18 Euro!
probenummer?
grundrisse@gmx.net
oder an: "grundrisse", Antonigasse 100/8
A - 1180 Wien
http://www.grundrisse.net

## KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

## SCHNIPSEL



So nicht

Thomas J. Richter

mit uns!

Die Tageszeitung junge Welt
... täglich am Kiosk

10-Wochen-Probeabo für 16 Euro unter Telefon 0 30/53 63 55-10 oder verlag@jungewelt.de

## IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
**Herausgeber** ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
**Spendenkonto:** Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: abfallgut@yahoo.de; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (0421) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@foni.net; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg, Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Pfm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(Mo-Fr: 10 bis 17 Uhr)

DAS grüne BRANCHENBUCH
Natürlich einkaufen und genießen
Nordrhein-Westfalen
ISBN 3-309593-17-0 · 3 Euro
Hamburg/ Schleswig-Holstein
ISBN 3-309593-16-2 · 3 Euro
Weitere aktuelle Ausgaben
• Berlin
• Niedersachsen/Bremen
Alles auf einen Klick
www.die-gruene-suchmaschine.de
Verlag DAS grüne Branchenbuch · Lasbeker Str. 9 · 22967 Tremsbüttel
Tel. 04532-21402 · Fax 04532-22077 · eMail: info@die-gruene-suchmaschine.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de
In der aktuellen Ausgabe (9/03) u.a.:
◆ Anne Allex: »Facts change from time to time«, zum Gesetzentwurf 'Hartz III'
◆ »Die Trittbretter größer bauen«, ein Gespräch über Erfahrungen mit und in ver.di
◆ Sascha Kimpel: »Die Chance ergreifen«, Sozialforen in Deutschland
◆ »Integral(träger)streik«, DC-Belegschaft wehrt sich gegen Fremdvergabe
◆ Christian Karl: »Sit-In gegen Deportation«, Hunderttausende Migranten in Südkorea von Abschiebung bedroht
◆ Rudolf Dreßler: »Realitätsverändernde Kraft des Phraseologischen«, Doku einer Rede vom HBV-Gewerkschaftstag 1998
◆ Robert Schlosser über Rainer Roth: »Nebensache Mensch«, ein antikapitalistisches Lesebuch, das es in sich hat
◆ »Old school meets new school«, Programm der tie/express-Konferenz
○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

Koloniale Nachkriegsordnung? Die Pläne für den Irak: Vorher – Nachher – Zwischendurch
Eine Armee im Einsatz: Verteidigungspolitisches Richtlinien
Krieg ist Krieg. Bumsti! – Die Geschäftsgrundlagen kapitalistischen Friedens
IOM: Auf dem Weg zu einem globalen Migrationsregime
Out of Control: Antirassistisches Grenzcamp vom 31.7.-10.8. in Köln
Genua und Göteborg zwei Jahre später: GlobalisierungsgegnerInnen im Visier europäischer Kriminal- und Justizbehörden
kassiber gibt es u.a. im gut sortierten Infoladen oder beim VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen, Fax: 0421-75682, eMail: kassiber@brainlift.de
Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
Im Internet: www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_home.htm
bremer kassiber Stadtzeitung für politik, kultur & revolution
# 53 (Juli 2003)

analyse+kritik
ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis · www.akweb.de
In der neuen Ausgabe 477:
Kommunismus (nicht) nur ein Wort? +++ Neue Ansätze von Antifa-Politik +++ Ländersolidarität oder Globalisierungskritik +++ Antisemitismusstreit in Attac +++ Faschismus und Totalitarismus +++ Schwedens Nein zum Euro +++ Argentinien: Perspektiven sozialer Kämpfe
Probeabo bestellen:
3 x ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.
ak – analyse + kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175 · redaktion@akweb.de

## ALTERNATIVE ÖKONOMIE

### NIEDERKAUFUNGEN

Geburtstagskongress
20 Jahre Grundsatzpapier der Kommune Niederkaufungen
Die Kommune Niederkaufungen feiert diesen Herbst »20 Jahre Grundsatzpapier«. Aus diesem Anlass wollen sie vom 28. bis 30. November ein Wochenende lang reden und feiern usw. Für den Samstag laden sie Leute ein aus Gruppen, die ähnliche Grundsätze haben wie die Kommune, um von den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zu erzählen.
Für Samstag, den 29.11.2003 sind folgende Programmblöcke geplant:
**9.30-11.00 Uhr**
**»Eigentum ist Diebstahl«**
1. Podium, zum Thema Gemeinsame Ökonomie
**ReferentInnen:**
Elisabeth Voß (Gemeinschaftsexpertin, CONTRASTE)
Karl-Ludwig Schibel (Utopiagia, Klimabündnis, angefragt)
Simone Buckel (gemeinsame Ökonomiegruppe, Kassel)
**11.30-13.00 Uhr**
**»Endlosdiskussion auf hohem Niveau«**
2. Podium, zum Thema Konsensentscheid
**ReferentInnen:**
Uwe Kurzbein (Kommune Olgashof)
Friedrich Erbacher (x-tausend-mal quer)
Monika Flörchinger (Gewaltfreie Kommunikation in der Gruppe)
**14.30-16.00 Uhr**
**»Ohne ChefIn ist alles anders«**
3. Podium, zum Thema Kollektives Arbeiten
**ReferentInnen:**
Eva Hack (Frauenhaus Kassel)
Alois Wilhelm (Wagner und Co, Marburg)
Willi Schwarz (ASH Oberursel, angefragt)
**16.30-18.00 Uhr**
Themenforen zu den Podiumsdiskussionen
**parallel dazu:**
Multimediavortrag zur Geschichte der Kommunebewegung, H. Cropp

**Wir können auch anders!**
**Leben in der Kommune**
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
**Termin:** 19.-21.12.2003

### WALTERSHAUSEN

Die Kommune Waltershausen, veranstaltet vom **21. bis 23. November** ein Schnupperwochende zum Kennenlernen. Wir suchen MitstreiterInnen aller Altersgruppen mit Interesse an gemeinsam Bauen, Leben und Wirtschaften.
**Anmeldung unter**
www.kommune-kowa.de oder KOWA e.V.
☎(0 36 22) 20 94 92

### SOZIALE UNTERNEHMEN

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und die Berliner Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST veranstaltet, mit Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin und den Deutschen Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg folgende Fachtagung:
**Sozialen Unternehmen eine Zukunft geben: »Social Enterprise Strategies«**
in Europa und Berlin, am **Donnerstag, den 27. November 2003** in der Zeit von 10.00 bis 17.00 Uhr im Großen Saal des Berliner Rathauses, Rathausstraße 15, 10173 Berlin. Es werden Erfahrungen und Beispiele aus Berlin und anderen europäischen Ländern präsentiert. Was wir daraus lernen können, wollen wir mit Ihnen diskutieren.
Die Teilnahme ist kostenfrei.
**Anmeldung und Programm bei:**
Technologie-Netzwerk Berlin e.V., Wiesenstraße 29, D-13557 Berlin
☎(0 30) 46 98 82 27, Fax.: 461 24 18
E-Mail: Best@technet-berlin.de
Web: www.soziale-oekonomie.de

### DIRECT ACTION

Direct Action ist eine offene Sammlung von Aktionsformen und -ideen mit dem gemeinsamen Ziel, durch sehr vielfältige Methoden die eigenen Handlungsmöglichkeiten ständig und auch in kniffligeren Situation (Polizeikontakt, Sabotage usw.) zu erweitern und durch Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit (»Erregungskorridore«) zu eröffnen, die Diskussionen über Kritik und Utopien ermöglichen. Auf dem Direct-Action-Seminar und -Vernetzungstreffen soll es um das Trainieren von konkreten Methoden sowie über den Aufbau einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Direct-Action-Gruppen vor allem in der Region Halle-Leipzig-Magdeburg- ...bis Berlin u.ä.? gehen.
Statt eines durchorganisierten Programms, das immer in Checker und KonsumentInnen trennt, wollen wir wie beim Open Space einen offenen und spontanen Verlauf ermöglichen. Schon im Vorfeld, dann aber auch auf dem Treffen können alle Wünsche genannt werden. Zudem können Menschen von sich aus anbieten, zu einem Thema erzählen oder zeigen zu können. So kommen dann ständig Workshops zusammen – auch Aktionen in und um Halle können so entstehen.
Bisher sind als »Wünsche« genannt worden: Schlösser öffnen, Piratensender bauen und betreiben, direkte Intervention im Alltag (mit Üben!), verstecktes Theater (auch Üben!), Klettern und Abseilen, Wanzen und Überwachung aufspüren, Werkzeugsammlung für alle Gelegenheiten, Blockadetechniken, Rundfunk/Polizeifunk, Autoknacken.
Was schon zugesagt wurde, was Menschen »anbieten« können: Fakes (Fälschungen), verstecktes Theater, direkte Intervention, Tipps und Tricks.
Wäre nett, wenn viele nach Halle kommen – auch in der Hoffnung, dass neben dem Lernen, Üben und Anwenden auch eine Vernetzung von Menschen und Gruppen entsteht, die es möglich macht, in Städten und Regionen künftig auch gemeinsam aktiv zu werden und die herrschaftliche Landschaft zu verunsichern, Alternativen zu benennen usw.
Hinweis: Das Direct-Action-Seminar läuft auf dem Bundes-Ökologie-Treffen. Es gibt keine Trennungen, d.h. alle TeilnehmerInnen des einen können auch bei den Workshops des anderen mitmachen und umgekehrt. Schlafräume, Essen usw. sind gemeinsam. Da das BÖT ein offener Treffpunkt von »Ökos« mit herrschaftskritischem Anspruch ist, dürfte das eine sehr spannende Kooperation werden. Auf dem BÖT werden neben den Direct-Action-Workshops u.a. folgende AKs angeboten:
Klima-Energie und Ökostrom Halle, Anti-Atom, Mobilität neu entdeckt: MoA 2004, Semtix an Hochschulen, Verkehrskonzepte in Halle mit Öwa zu Fahrradverkehr Nord-Süd-Achse Halle, TRIPS + GATS: Das Patentkonzept + sog. geistiges Eigentum, Alternativer Handel + Kritik an Welthandel/Transfair, Gentec
**Termin:** 21.-23.11.2003
**Info:**
Projektwerkstatt Saasen
Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
☎(0 64 01) 90 32 8-3, Fax -5
Web: www.direct-action.de.vu
BÖT (auch zu Ort, Unterkunft ...):
www.stura.uni-halle.de/stura/ak/umwelt

## KOMMUNIKATION

**Gewaltfreie Kommunikation und Yoga**
In angespannten Kommunikationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie vermittelt sprachliche und kommunikative Fähigkeiten und Haltungen, dies zu ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen, ohne Abwehr und Feindseligkeiten;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

Eine der Voraussetzungen dafür ist innere Klarheit und ein guter Kontakt zu den eigenen Gefühlen und Bedürfnissen. Darin kann Yoga eine gute Unterstützung sein.
Der lebendige Wechsel zwischen dem Kennenlernen der Gewaltfreien Kommunikation und Yogaübungen wird dieses Wochenende bestimmen und zu einer Ergänzung und gegenseitigen Befruchtung dieser beiden Ansätze führen.
**Termin:** 19.-21.12.2003
**Information & Anmeldung:**
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

## LINUX

**Politisches Arbeiten mit Linux**
Auch und gerade in der politischen Arbeit von Bürgerinitiativen, Arbeitsgruppen, Organisationen, kleineren und größeren Kampagnen etc. sind Computer heute unerlässlich. Soziale Bewegungen brauchen die Kompetenz, ihr politisches Ziel auch im Internet und den neuen Medien darzustellen. Aber auch Pressemitteilungen und Flugblätter müssen so aufgemacht sein, dass sie die Leserin und den Leser begeistern. E-Mails und Mailinglisten sind sowohl für überregionale Arbeit, als auch für Ortsgruppen, ein hilfreiches Medium um den Organisationsaufwand gering zu halten und sich ganz auf die politische Arbeit zu konzentrieren.
Dieses Seminar ist dabei gerade für den unerfahrenen Computer-User gedacht und soll den Einstieg mit Linux und die politische Arbeit am PC vereinfachen.
Zu den Seminarunterlagen gehört auch eine bootfähige Linux-CD mit der sämtliche Programme des Seminars zu Hause genutzt werden können.
**Termin:** 5.-7.12.2003
**Anmeldeschluss:** 31.11.2003
**Information & Anmeldung:**
Die Bewegungsakademie e.V., Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 95, Fax 95 74 00
E-Mail: info@bewegungsakademie.de

## GEBURTSTAGE

**A-Laden-Geburtstagsparty**
**Samstag, den 22. November 2003,** im Slaughterhouse (Kulturfabrik) Lehrter Str. 35, ab 20 h feiert der A(narchistische) Laden 15jähriges Bestehen.
Es wirken mit:
Dr. Seltsam (Kabarettist)
Andreas Hansen (Herausgeber vom »Gegner«)
Bert Papenfuß (Schriftsteller, DDR-Oppositioneller)
Der singende Tresen (Sperrstundenmusik)
Geigerzähler (Anti-Liedermacher)
Pat (Working Class und Wobbly-Hymnen)
Ralf Landmesser (Publizist; Hrsg. des Schwarz-roten KalendAs)
Klaus Hugler (Egidy-Experte)
Stefan Körbel (Lieder aus der 1848er Revolution) -angefragt
DJs Fight da Power & C. Rack (klassischer Politrock + Klassiker des politischen Liedes)
**Außerdem:**
Ausstellung über die Geschichte des A-Ladens
Anarchistischer Büchertisch
**Veranstaltet vom:**
A(narchistischen)-Laden Berlin, Rathenower Str. 22, D-10559 Berlin
☎/Fax (0 30) 394 61 67
Web: www.a-laden.org
E-Mail: a-laden@free.de
**Programm:**
Der singende Tresen spielt Sperrstundenmusik, eine Mischung aus Rock, Blues, Jazz und Folk (Klezmer).
Geigerzähler geigte früher für die Punkband Köterkacke und wandert nun auf Solopfaden.. Er spielt Geigenpunk mit sozial-revolutionären, kritischen Texten.
Ralf Landmesser (Schwarz-roter Kalenda) liest sozialrevoluzzerische Gedichte und Texte aus eigener Produktion.
Dr. Seltsam, der einzig Gebildete unter den Marxisten, liest die lustigsten Polemiken von Marx-Engels-Lenin-Stalin und Mao gegen den Anarchismus sowie die Schrift Erich Mühsams »Die Vereinigung des Proletariats im Bolschewismus«.
Pat (Sabotabby; Grave Concern), langjähriger Musiker und Mitglied in der unionistischen Gewerkschaft Industrial Workers of the world (IWW), spielt und singt alte Wobbly-Hymen und Working Class-Hits.
Klaus Hugler, Biograph von Egidy, stellt in einer szenischen Lesung – »Ein Edelanarchist in Moabit« – den Anarchisten Moritz von Egidy vor.
Andreas Hansen (Hrsg. vom »Gegner«) und Bert Papenfuß (DDR Oppositioneller, Schriftsteller ) tragen »Die Geschichte des »Gegner« von 1919 bis 1933« vor.
DJ Fuck da System und DJ C. Rack legen tanzbaren Politrock und Klassiker des internationalern politischen Liedes auf.

**Das Institut für Theologie und Politik wird 10 Jahre alt,** und das wollen wir feiern:
Wir laden zu folgenden Veranstaltungen ein:
**Freitag, 21.11.2003 Diskussion – Links von Nord und Süd**
17:00 Begrüßung
17:30 Grußworte von G. Collet und B. Imholz
18:00 Podiumsdiskussion mit JosÝ Zamora (Spanien), Mauro Basaure (Costa Rica), Sandra Lassak (Münster)
**Freitag, 21.11.2003 Geburtstagsfiesta – Rito y Rebeldia**
21:00 Live-Konzert »La Papa verde« (CumbiaRaggamuffinSka aus Kölle)
22:00 Live-Konzert »Uwaga Orchestra« (Funk'n reggaeJazz aus Münster)
**Samstag, 22.11.2003 – Literarisches Frühstück**
10:00 Lesung mit Omar Saavedra Santis (Chile/BRD) aus seinem neuen Roman »Magna diva – Die Oper der Mörder«
Live Musik: Marcel Barros & Band
Alle Veranstaltungen finden im Instiut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster statt.
**Weitere Infos unter:**
☎(02 51) 52 47 38
E-Mail: itpol@muenster.de
Web: www.itpol.de

## SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

## ANTISEMITISMUS

**Antisemitismus – eine Herausforderung für die Pädagogik**
**Fortbildungsangebot für LehrerInnen und pädagogische Fachkräfte**
Antisemitismus wurde sowohl im öffentlichen Bewusstsein, als auch in der Bildungsarbeit lange Zeit nur im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus oder aber als ein Teilaspekt rechtsextremer Orientierungen wahrgenommen. Tatsächlich war Antisemitismus nie ausschließlich ein Thema der extremen Rechten.
Antisemitismus umfasst wesentlich mehr als Vorurteile gegen Juden und wird, als Teilaspekt des Rassismus betrachtet, nur unzulänglich verstanden. Antisemitismus dient als umfassende Welterklärung, in der unverstandene gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Umbrüche vor allem durch Verschwörungstheorien oder mit Hilfe tradierter Feindbilder gedeutet und die Schuld für die eigene gesellschaftliche Ohnmacht auf die Juden bzw. Israel projiziert werden.
Angesichts der Welle antisemitischer Gewalt, die seit 2002 in Europa tobt, entsteht für engagierte LehrerInnen und PädagogInnen die Notwendigkeit, sich mit der Aktualität des Themas auseinander zusetzen.
Die Fortbildung »Antisemitismus – eine Herausforderung für die Pädagogik" vermittelt, methodisch aufbereitet, Hintergrundwissen zu Entstehung und Funktionsweise des modernen Antisemitismus und seiner aktuellen Virulenz.
**Termin:** 22.-23.11.2003
**Veranstaltungsort:**
Strausberg / bei Berlin

**Kein Bammel! Antisemitismus selbstBEWUSST entgegentreten**
**Fortbildung für jugendliche MultiplikatorInnen**
Antisemitismus umfasst wesentlich mehr als Vorurteile gegen Juden und geht über Rassismus hinaus. Er dient als umfassende Welterklärung, in der unverstandene gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Umbrüche vor allem durch Verschwörungstheorien oder mit Hilfe tradierter Feindbilder gedeutet und die Verantwortung für Probleme den Juden bzw. Israel angelastet wird.
Diese und andere Definitionen von Antisemitismus und Judenhass, woher er kommt, wie er zu erkennen – und beispielsweise von einer Kritik an israelischer Regierungspolitik zu unterscheiden ist, wollen wir mit Euch erarbeiten.
Willst du etwas darüber erfahren, wie du Facetten des Antisemitismus erkennen und Möglichkeiten erarbeiten, wie du mit Antisemitismus umgehen kannst, etwas Neues über dich selbst und deine Rolle in der Gesellschaft erfahren und dich mit anderen jungen politisch interessierten Leuten austauschen? Möchtest du dich in Situationen, in denen du dir unsicher bist, ob und wenn ja was daran jetzt antisemitisch ist, sicherer fühlen? Willst du mehr zu jüdischer Geschichte und Kultur erfahren? Dann freuen wir uns darauf, dich bei unserer Fortbildung begrüßen zu können.Wir arbeiten mit Inszenierungen, Medien, Biografien und Diskussionen und natürlich deinem Engagement.
Die Fortbildung richtet sich an interessierte Jugendliche und junge Erwachsene, d.h. sowohl Einzelpersonen als auch politische, kulturelle oder soziale Jugendgruppen.
**Termin:** 06./07.12.2003
**Veranstaltungsort:** Strausberg bei Berlin
**Informationen:** Kirsten Döhring, Projekt »Bausteine gegen Antisemitismus«
☎(0 30) 69 51 68 15
E-Mail: bausteine@tacheles-reden.de
**Anmeldung:** August-Bebel-Institut
☎(0 30) 46 92-123, Fax 030 / 46 92-124
E-Mail: info@august-bebel-institut.de

## GENTECHNIK

**»Wahlfreiheit und Koexistenz – Was bringt die Grüne Gentechnik für LandwirtInnen und VerbraucherInnen?«**
Gentechnologie – unverzichtbare Chancen oder unkalkulierbare Risiken? In der Öffentlichkeit bleibt die Grüne Gentechnik wie in der Politik ein umstrittenes Thema. Fakt ist, sie ist da und sie wird in Zukunft unser Leben bestimmen – so oder so.
Solange es Menschen gibt, die als VerbraucherInnen, LandwirtInnen und VerarbeiterInnen den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln ablehnen, ist deren Wunsch nach Wahlfreiheit zu respektieren.
Kann das Nebeneinander von Produktionssystemen mit und ohne Einsatz der Gentechnik aber funktionieren? Und wenn ja, wie? Was ist von den Vorschlägen der EU-Kommission zur Koexistenz und zu den Leitlinien zur Gen-Kontamination zu halten? Wie müssen betriebliche Vorsorgemaßnahmen gegen drohende Verunreinigungen vom Nachbarfeld aussehen? Und: Sind die gesetzlichen Regelungen etwa der Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel ausreichend, um eine Ernährung ohne Gentechnik auch in Zukunft zu sichern?
Denkbar wäre als ein Resultat eine verbandsübergreifende Initiative zur Schaffung gentechnikfreier Zonen – z.B. im Rahmen von Selbstverpflichtungen – in der Region.
**Termin:** 20.11.2003, 9.30 bis 16.30 Uhr, Weimar, Reithaus im Park an der Ilm
**Info:** thueringen@grueneliga.de


CONTRASTE

**JETZT ABONNIEREN:** Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

**Zahlungsweise** (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

**Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.**

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

**Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.**